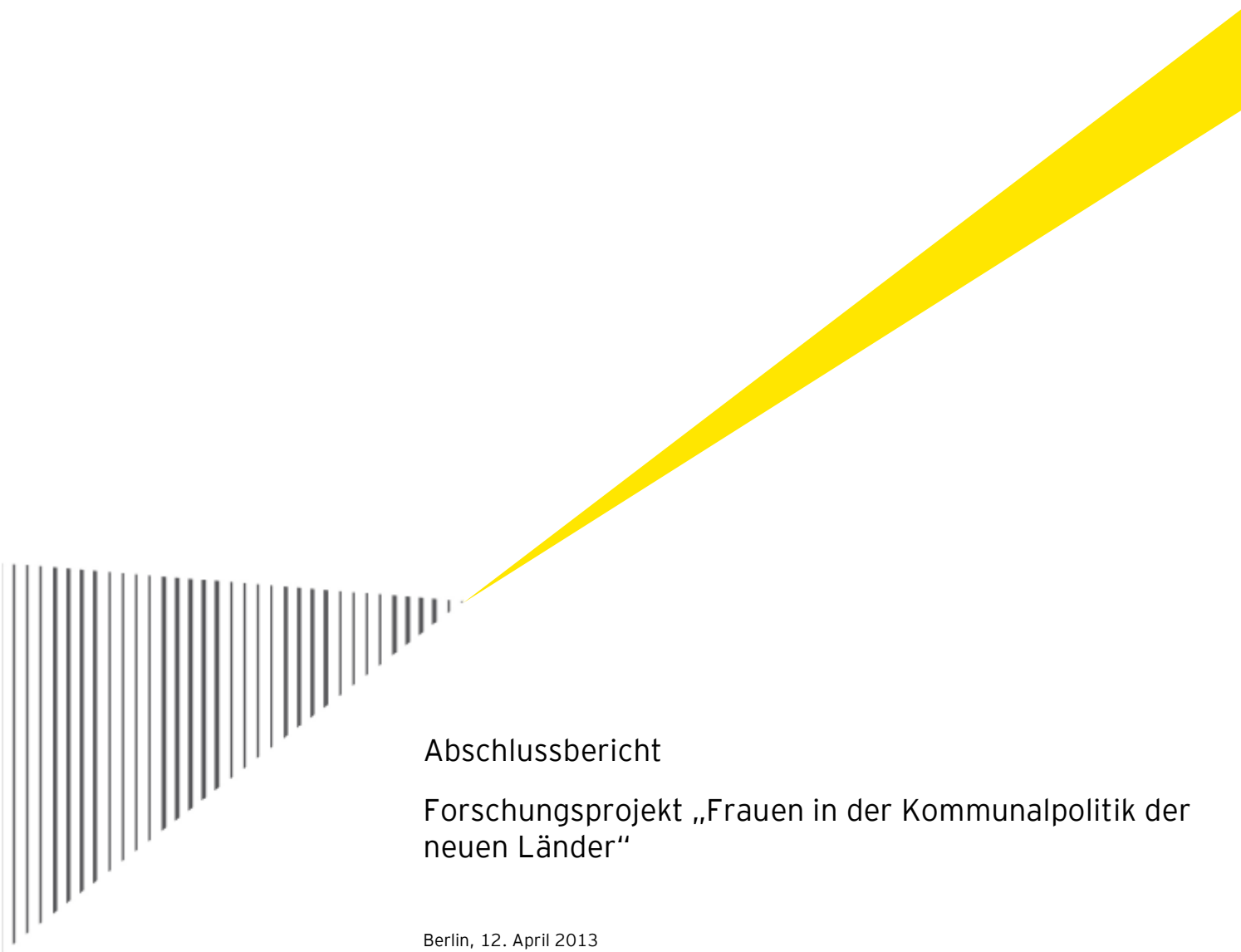


A decorative graphic on the left side of the page. It consists of a series of vertical lines of varying heights that form a triangular shape pointing to the right. From the tip of this triangle, a solid yellow triangle extends diagonally upwards and to the right, filling the upper right portion of the page.

Abschlussbericht

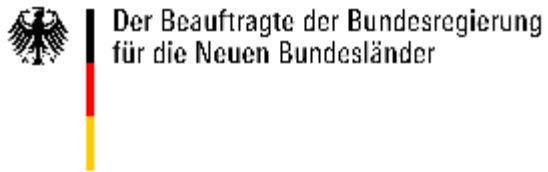
Forschungsprojekt „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“

Berlin, 12. April 2013

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

 **ERNST & YOUNG**

Im Auftrag des



Autoren:

Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Sven Pirsig

Dr. Matthias Kirbach

Cornelia Gottbehüt

Virginia Moukoulis

Julia Tzanakakis

Jana Schultz

Business and Professional Women (BPW) Germany e.V.

Henrike von Platen

Dagmar Schwarz

Inhaltsverzeichnis

1. Ausgangslage und Auftrag.....	1
1.1. Ausgangslage.....	1
1.2. Auftrag.....	3
2. Das Forschungskonzept.....	4
2.1. Forschungsdesign.....	4
2.2. Kommunale Strukturen in den neuen Ländern	5
2.2.1. Entwicklung.....	5
2.2.2. Kommunalpolitische Reformen.....	7
2.2.3. Kommunale Ebenen	10
2.3. Überblick - Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder	17
2.3.1. Ergebnisse der Studien.....	17
2.3.2. Zusammenfassung.....	21
2.4. Entwicklung einer Indikatorik	22
2.4.1. Indikatoren zur kommunalpolitischen Repräsentanz.....	22
2.4.2. Indikator Parteizugehörigkeit.....	24
2.4.3. Indikator Alter und Sozialisation.....	25
2.4.4. Indikator berufliche Qualifikation.....	25
2.4.5. Bestimmung der Grundgesamtheit	26
2.4.6. Bestimmung der Vergleichsgruppe	27
2.4.7. Vorgehen bei der Gesamterhebung	27
2.5. Qualitative Interviews und Reflexionsworkshop	30
2.5.1. Vorgehen.....	30
2.5.2. Auswahl der Interviewpartnerinnen	31
2.5.3. Auswertung der Interviews	31
2.5.4. Reflexionsworkshop	32
3. Ergebnisse der Gesamterhebung von Frauen in den Bundesländern.....	33
3.1. Brandenburg	34
3.1.1. Ebene der Landkreise.....	34

3.1.2. Ebene der Verwaltungsverbände.....	35
3.1.3. Ebene der Gemeinden	36
3.1.4. Spitzenpositionen	38
3.1.5. Zusammenfassung zu Brandenburg.....	39
3.2. Mecklenburg-Vorpommern	41
3.2.1. Ebene der Landkreise.....	41
3.2.2. Ebene der Verwaltungsverbände.....	42
3.2.3. Ebene der Gemeinden	43
3.2.4. Spitzenpositionen	45
3.2.5. Zusammenfassung für Mecklenburg-Vorpommern	46
3.3. Sachsen.....	48
3.3.1. Ebene der Landkreise.....	48
3.3.2. Ebene der Verwaltungsverbände.....	49
3.3.3. Ebene der Gemeinden	50
3.3.4. Spitzenpositionen	52
3.3.5. Zusammenfassung für den Freistaat Sachsen.....	53
3.4. Sachsen-Anhalt	55
3.4.1. Ebene der Landkreise.....	55
3.4.2. Ebene der Verwaltungsverbände.....	56
3.4.3. Ebene der Gemeinden	57
3.4.4. Spitzenpositionen	59
3.4.5. Zusammenfassung für Sachsen-Anhalt	60
3.5. Thüringen	62
3.5.1. Ebene der Landkreise.....	62
3.5.2. Ebene der Verwaltungsverbände.....	63
3.5.3. Ebene der Gemeinden	64
3.5.4. Spitzenpositionen	65
3.5.5. Zusammenfassung für Thüringen	66
3.6. Vergleichsgruppen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein.....	68
3.6.1. Rheinland-Pfalz	68
3.6.2. Schleswig-Holstein.....	73

3.6.3. Zusammenfassung der Vergleichsgruppe	77
3.7. Zusammenfassende Betrachtung.....	78
3.7.1. Ebene der Landkreise.....	79
3.7.2. Ebene der Ämter/Verwaltungsgemeinschaften/Verwaltungsverbände.....	80
3.7.3. Ebene der Gemeinden	81
3.7.4. Spitzenpositionen	83
3.7.5. Einordnung der Ergebnisse aus der Gesamterhebung	84
3.7.6. Zusammenfassung.....	85
4. Ergebnisse der qualitativen Interviews und des Workshops	88
4.1. Erhebung der Indikatoren und Themenkomplexe	88
4.1.1. Biografien und soziodemografische Merkmale	88
4.1.2. Einflussfaktoren für kommunalpolitisches Engagement	92
4.1.3. Regionale Rahmenbedingungen	100
4.1.4. Haltefaktor Kommunalpolitik	100
4.1.5. Identifizierte Handlungsfelder	102
4.2. Zuordnung und Bewertung der Ergebnisse zu den Thesen	105
4.2.1. Herkunft und biografische Entwicklung der Kommunalpolitikerinnen	105
4.2.2. Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben.....	106
4.2.3. Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei	107
4.2.4. Organisationskulturen in kommunalpolitischen Strukturen	108
4.2.5. Zivilgesellschaftliches Engagement	109
4.2.6. Regionale Rahmenbedingungen	110
4.3. Zusammenfassung.....	112
5. Einordnung und Handlungsansätze.....	114

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Brandenburg - Ebene der Kreise.....	35
Abbildung 2:	Brandenburg - Ebene der Verbandsverwaltungen	36
Abbildung 3:	Brandenburg - Gemeindeebene.....	37
Abbildung 4:	Mecklenburg-Vorpommern - Ebene der Kreise.....	42
Abbildung 5:	Mecklenburg-Vorpommern - Amtsebene	43
Abbildung 6:	Mecklenburg-Vorpommern - Ebene der Gemeinden.....	44
Abbildung 7:	Sachsen - Ebene der Kreise	49
Abbildung 8:	Sachsen - Ebene der Verwaltungsverbände.....	50
Abbildung 9:	Sachsen - Gemeindeebene.....	51
Abbildung 10:	Sachsen-Anhalt - Ebene der Kreise.....	56
Abbildung 11:	Sachsen-Anhalt - Ebene der Verbandsverwaltungen	57
Abbildung 12:	Sachsen-Anhalt - Gemeindeebene	59
Abbildung 13:	Thüringen - Ebene der Kreise	63
Abbildung 14:	Thüringen - Ebene der Verwaltungsverbände.....	64
Abbildung 15:	Thüringen - Gemeindeebene.....	65
Abbildung 16:	Rheinland-Pfalz, Mainz-Bingen - Ebene der Kreise	69
Abbildung 17:	Rheinland-Pfalz, Mainz-Bingen - Ebene der Verwaltungsverbände.....	70
Abbildung 18:	Rheinland-Pfalz, Mainz-Bingen - Gemeindeebene.....	71
Abbildung 19:	Schleswig-Holstein, Steinburg - Ebene der Kreise	73
Abbildung 20:	Schleswig-Holstein, Steinburg - Ebene der Verwaltungsverbände	74
Abbildung 21:	Schleswig-Holstein, Steinburg - Gemeindeebene	75
Abbildung 22:	Neue Bundesländer - Ebene der Kreise	80
Abbildung 23:	Neue Bundesländer - Ebene der Verbandsverwaltungen.....	81
Abbildung 24:	Neue Bundesländer - Gemeindeebene	82
Abbildung 25:	Handlungsfelder aus Sicht der interviewten Kommunalpolitikerinnen	102

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Überblick der kommunalpolitischen Reformen	9
Tabelle 2:	Kommunale Struktur in Mecklenburg-Vorpommern	12
Tabelle 3:	Kommunale Struktur in Sachsen.....	13
Tabelle 4:	Kommunale Struktur in Sachsen-Anhalt	14
Tabelle 5:	Kommunale Struktur in Thüringen.....	15
Tabelle 6:	Kommunale Strukturen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein	16
Tabelle 7:	Grundgesamtheit	27
Tabelle 8:	Recherchierte Ebenen nach Bundesländern.....	29
Tabelle 9:	Recherchierte Ebenen und Daten in Brandenburg	34
Tabelle 10:	Spitzenpositionen in Brandenburg	38
Tabelle 11:	Repräsentanz von Frauen in Brandenburg - aggregiert.....	39
Tabelle 12:	Recherchierte Ebenen und Daten in Mecklenburg-Vorpommern	41
Tabelle 13:	Spitzenpositionen in Mecklenburg-Vorpommern	45
Tabelle 14:	Repräsentanz von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern - aggregiert.....	46
Tabelle 15:	Recherchierte Ebenen und Daten in Sachsen	48
Tabelle 16:	Spitzenpositionen in Sachsen.....	52
Tabelle 17:	Repräsentanz von Frauen in Sachsen - aggregiert	53
Tabelle 18:	Recherchierte Ebenen und Daten in Sachsen-Anhalt	55
Tabelle 19:	Spitzenpositionen in Sachsen-Anhalt	59
Tabelle 20:	Repräsentanz von Frauen in Sachsen-Anhalt - aggregiert.....	60
Tabelle 21:	Recherchierte Ebenen und Daten in Thüringen	62
Tabelle 22:	Spitzenpositionen in Thüringen	66
Tabelle 23:	Repräsentanz von Frauen in Thüringen - aggregiert.....	66
Tabelle 24:	Recherchierte Ebenen und Daten in Rheinland-Pfalz	68
Tabelle 25:	Spitzenpositionen in Rheinland-Pfalz	72
Tabelle 26:	Recherchierte Ebenen und Daten in Schleswig-Holstein	73
Tabelle 27:	Spitzenpositionen in Schleswig-Holstein.....	76
Tabelle 28:	Recherchierte Ebenen und Daten für die neuen Bundesländer.....	78
Tabelle 29:	Kommunale Strukturen in den neuen Bundesländern	78
Tabelle 30:	Merkmal Alter von Frauen der Gemeindeebene.....	82
Tabelle 31:	Spitzenpositionen in den neuen Bundesländern	84

Abkürzungsverzeichnis

BMFSFJ	Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
Abs.	Absatz
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Ca.	Circa
DDR	Deutsche Demokratische Republik
f.	Folgende
ff.	Fortfolgende
GG	Grundgesetz
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	In der Regel
Mio.	Millionen
NSM	Neues Steuerungsmodell
Rd.	rund
S.	Seite
s.	Siehe
o. g.	Oben genannten
u. a.	Unter anderem
Vgl.	Vergleiche
z. B.	Zum Beispiel
z. T.	Zum Teil
rd.	Rund
Lt.	laut

1. Ausgangslage und Auftrag

1.1. Ausgangslage

Gegenstand des Forschungsprojekts „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ waren Erhebungen und Analysen zum kommunalpolitischen Engagement von Frauen in ländlichen Regionen der neuen Länder. Ausgangslage und Ansatzpunkt des Forschungsvorhabens bilden die Rahmenbedingungen, insbesondere die Abwanderung von Frauen aus den neuen Bundesländern, die Analyse der kommunalpolitischen Strukturen in den neuen Ländern sowie die aktuelle wissenschaftliche Literatur zum kommunalpolitischen Engagement von Frauen.

Abwanderung von Frauen

Die ländlichen Regionen der neuen Länder sind in ihrer demografischen Entwicklung besonders von Bevölkerungsrückgang und Alterung betroffen. Auffallend ist hierbei die überproportionale Abwanderung junger Frauen. Diese führt bereits heute zu einer signifikanten Geschlechterdisproportion in den ländlichen Räumen und kleineren Gemeinden der neuen Länder. Die Abwanderung vor allem gut ausgebildeter junger Frauen, die vermehrt ihre ostdeutschen Heimatgemeinden verlassen, hat auch negative soziale und politische Effekte für die Gesellschaft.¹

Die Gruppe der 18-30-Jährigen stellt rd. 40 % aller Abwanderer in Richtung Westen dar. Rund 55 % aller seit 1990 abgewandelter Personen sind Frauen.² Die Gründe für dieses Ost-West-Mobilitätsgefälle sind u. a. in den bestehenden Arbeitsmarktproblemen sowie den ungünstigen Berufs- und Verdienstmöglichkeiten im Osten Deutschlands zu sehen.³ In der Folge hat sich in den neuen Bundesländern ein Frauendefizit bei jungen Erwachsenen herausgebildet, das "so großflächig in der Europäischen Union sonst nicht vorkommt".

Durch Wanderungsverluste haben die ostdeutschen Bundesländer im Zeitraum von 1991 bis 2009 rund 1,1 Mio. Bürger verloren. In der Summe demografischer Veränderungen ergeben sich noch höhere Schrumpfungsraten für die ostdeutschen Bundesländer. Bei den Wanderungsverlusten sind Frauen deutlich überproportional beteiligt. Ferner konzentriert sich die Abwanderung insbesondere auf ländliche Regionen.⁴

Die überdurchschnittlich hohe Abwanderung qualifizierter junger Menschen, insbesondere junger Frauen, wird nicht nur den künftig auftretenden Fachkräftemangel ostdeutscher Betriebe verschärfen. Darüber hinaus kommt es in der - regional unterschiedlich betroffenen - ostdeutschen Gesellschaft zu negativen sozialen und politischen Effekten. Die nachteiligen Auswirkungen des Männerüberschusses auf Partnersuche und Familiengründung, Kriminalität und Wahlverhalten sind jetzt schon dokumentiert.⁵

¹ Vgl. Martens, 2010, S. 24.

² Vgl. Kühntopf, Stedtfeld, 2012, S. 19ff.

³ Vgl. Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer, 2013.

⁴ Vgl. Kühntopf, Stedtfeld, 2012, S. 19ff.

⁵ Vgl. Bertelsmann-Stiftung, 2006 und Berlin-Institut, 2007.

Vor dem Hintergrund der Abwanderung von Frauen aus den neuen Bundesländern wird untersucht, ob kommunalpolitisches Engagement einen Haltefaktor für Frauen darstellt bzw. zu einem Bleibefaktor entwickelt werden kann.

Kommunalpolitische Strukturen

Seit der Wende haben sich in den fünf neuen Bundesländern⁶ unterschiedliche kommunale Strukturen entwickelt. Teils wurde auf Erfahrungen der alten Bundesländer oder noch früherer Verwaltungssysteme zurückgegriffen, teils wurden neue Wege beschritten.

Die Entwicklung der Kommunalstrukturen ist im Zusammenhang mit der sozioökonomischen und raumstrukturellen Situation in den einzelnen Bundesländern zu sehen. Dabei sind die kommunalen Gebietsreformen und Organisationsmodelle (Ämter, Großgemeinden, Großlandkreise) relevant, weil sie als Reaktion auf die strukturellen Probleme in den neuen Ländern verstanden werden können.

Um die kommunalpolitische Repräsentanz der Frauen in den neuen Bundesländern zu untersuchen, sind die unterschiedlichen kommunalen Strukturen in den neuen Bundesländern zu betrachten, zu analysieren und systematisch zu erfassen.

Kommunalpolitisches Engagement von Frauen

Die Repräsentanz von Frauen im politischen Alltag hat sich in den vergangenen 20 bis 30 Jahren erheblich verändert. In den Zeiten Ende der 1980er- und frühen 1990er-Jahre und mit Einführung von Quotenregelungen erreichte der Anteil von Frauen erstmals die 10 %-Hürde in den bundesdeutschen Parlamenten. Bis zum Jahr 2000 stieg der Anteil von Frauen in den Parlamenten kontinuierlich auf ca. 30 % an.⁷ Aktuell liegt er in Bund und Ländern auf diesem Niveau von etwa 33,9 bzw. 32,3 %.⁸

Auf Ebene der Kommunalparlamente ist der Frauenanteil hingegen geringer. Untersuchungen aus dem Jahr 2006 geben den Frauenanteil mit durchschnittlich 25%.⁹ Aktuell liegt der Anteil bei 26,1 %.¹⁰ Es ist festzustellen, dass die Anteilswerte kontinuierlich abnehmen, je kleiner die Stadt oder Gemeinde wird und je ländlicher die Region ist. Weitere verlässliche und umfassende Informationen hierzu sind jedoch nicht verfügbar.

Gegenstand des Forschungsprojekts „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ waren Fragestellungen

- ▶ nach der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern,
- ▶ den hemmenden bzw. motivierenden Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement und
- ▶ inwieweit kommunalpolitisches Engagement von Frauen einen Bleibe- bzw. Haltefaktor in ländlichen Regionen darstellt.

⁶ In dieser Studie wird Berlin nicht betrachtet.

⁷ Vgl. Hoecker, 2008, S. 36.

⁸ Vgl. BMFSFJ, 2012, S. 8ff.

⁹ Vgl. Bertelsmanns-Stiftung, 2006, S. 43f.

¹⁰ Vgl. BMFSFJ, 2012, S. 8ff.

Vor diesem Hintergrund wird im Rahmen dieses Forschungsvorhabens untersucht, wie sich die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen in den neuen Bundesländern darstellt. Die Studie fokussiert auf ländliche Regionen und Gemeinden in den neuen Ländern unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern.

1.2. Auftrag

Das Bundesministerium des Innern (BMI) hat im Rahmen eines öffentlichen Verfahrens die Vergabe des Forschungsprojekts „Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder“ für den Zeitraum vom 16. Juli 2012 bis zum 30. April 2013 ausgeschrieben. Mit der Umsetzung des Forschungsvorhabens wurde die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. beauftragt.

Das Forschungsvorhaben soll vor dem Hintergrund der Abwanderungsproblematik die Frage untersuchen, ob beobachtetes kommunalpolitisches Engagement in der Region zu einem Bleibefaktor entwickelt werden kann. Die Durchführung des Forschungsprojekts umfasst folgende Bestandteile:

- ▶ Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in Ostdeutschland,
- ▶ Durchführung von 30 leitfadengestützten Interviews,
- ▶ Durchführung eines Reflexionsworkshops zur Verifizierung der Untersuchungsergebnisse hinsichtlich Hemmnisse und Motivatoren,
- ▶ Bedarfsbezogene Formulierung von Rahmenbedingungen, wie ein kommunalpolitisches Engagement von Frauen befördert und unterstützt werden kann,
- ▶ Kooperation und Zusammenarbeit im Vorfeld der Kongressreihe „Frauen machen neue Länder“ sowie die aktive Teilnahme am Kongress,
- ▶ Sicherung des Ergebnistransfers in Form von Veröffentlichungen der Ergebnisse auf der Internetseite des BMI sowie Publikationen und
- ▶ Berichterstattung an den Auftraggeber.

Dieser Abschlussbericht gibt einen Überblick über das Untersuchungsdesign, die Ergebnisse der Gesamterhebung zur kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern sowie die Ergebnisse der qualitativen Interviews und des Reflexionsworkshops.

2. Das Forschungskonzept

2.1. Forschungsdesign

Unser Forschungsdesign umfasst einen Mix an qualitativen und quantitativen, interaktiv angewendeten Methoden und Instrumenten. Dies bewirkt eine Mehrfachabsicherung der Ergebnisse und hebt den Charakter des Forschungsprojekts hervor. Unser Vorgehen haben wir an den leitenden Forschungsfragen der Studie ausgerichtet.

Ausgangspunkt und Grundlage unseres Vorgehens bildete das *Arbeitspaket 1*. Es umfasste eine Kick-off-Veranstaltung zum gegenseitigen Kennenlernen und diente der Konkretisierung des Forschungsvorhabens im Sinne einer Feinjustierung, Abgrenzung und Bestimmung von Forschungsschwerpunkten und Meilensteinen sowie der Unterstützungsbedarfe durch das BMI bei der Ansprache Dritter.

Ferner umfasste dieses Arbeitspaket eine Bestandsaufnahme relevanter und einschlägiger Studien und Forschungsergebnisse. Die Auswertung diente der Einordnung der Ergebnisse in die Arbeitspakete zwei, drei und vier.

Gegenstand von *Arbeitspaket 2* war die Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in Ostdeutschland. Es erfolgte eine Erhebung in allen Gemeinden und Kommunen unter 50.000 Einwohnern mittels Internet- und Datenrecherche. Hierbei wurden Sekundärstatistiken und öffentlich zugängliche Angaben zu Gremien im Internet analysiert und ausgewertet. Ergänzend wurden Vergleiche mit ausgewählten Landkreisen aus Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz durchgeführt.

Das *Arbeitspaket 3* ist durch Befragungen der Zielgruppe von Kommunalpolitikerinnen charakterisiert. Zur vertiefenden Betrachtung wurden Interviews und ein Reflexionsworkshop durchgeführt, in denen herausgearbeitet wurde, wie kommunalpolitisches Engagement von Frauen gefördert werden kann. In *Arbeitspaket 4* wurden Handlungsempfehlungen gegeben und die Ergebnisse des Forschungsprojekts dokumentiert, für Veröffentlichungen und Veranstaltungen aufbereitet und somit der Ergebnistransfer sichergestellt.

Im vorliegenden Abschlussbericht werden das Forschungsdesign und die Ergebnisse unserer Arbeiten und Analysen vorgestellt und beschrieben.

2.2. Kommunale Strukturen in den neuen Ländern

Um die Frage nach der Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder zu beantworten, ist die Entwicklung der kommunalen Strukturen in den neuen Ländern zu analysieren. Um die Strukturen dieser kommunalen Selbstverwaltung analysieren zu können, wird zunächst kurz auf die historische Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland eingegangen. Dadurch wird es möglich, die Partizipation der Bürger im Staat und die Aufgaben und Rolle der Kommunen in einem Aufriss aufzuzeigen. Ebenso wird die kommunale Verwaltung in der DDR kurz beschrieben, um nachzuvollziehen, welche Transformationsprozesse nach 1990 in den neuen Ländern in Bezug auf die kommunalen Strukturen erfolgten. Die Darstellung dieser Prozesse der kommunalpolitischen Reformen in den neuen Ländern verdeutlicht, wie sich die kommunalen Strukturen entwickelt haben. Hieran werden die Folgen erläutert, die diese für die Ebenen, Positionen und Aufgaben in der kommunalen Selbstverwaltung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben.

2.2.1. Entwicklung

Historische Entwicklung der kommunalen Verwaltung

Die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland lässt sich in ihrem Wesenskern auf die preußische Städteordnung von 1808 zurückführen. Ziele dieser Reform waren die Erweckung und Förderung des dezentralen bürgerschaftlichen Engagements zur Entlastung und Unterstützung des Zentralstaates. Die darin angelegte Grundstruktur des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinden blieb in der Folgezeit bis heute bestehen. Sie ist durch die unmittelbare Einbindung in staatliche Aufgabenerfüllung und selbstverantwortete Aufgabenbereiche gekennzeichnet.¹¹

Erstmalig wurden in der Weimarer Republik einheitliche verfassungsrechtliche Regelungen normiert, auf deren Grundlage schließlich der einschlägige Art. 28 Abs. 2 GG formuliert wurde. Danach wird das Recht der kommunalen Gebietskörperschaften „alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln“ fixiert.¹² Die Umsetzung dieses Anspruches setzt dabei sowohl das „Können“ als auch das „Wollen“ voraus. Erstens kann die Selbstverwaltung nur dann Wirkung entfalten, wenn die Gebietskörperschaften finanziell und strukturell in der Lage sind, die Regelung eigener Angelegenheiten wahrzunehmen. Zweitens ist die kommunale Selbstverwaltung darauf angewiesen, dass vor Ort die Bereitschaft zur Wahrnehmung dieser Verantwortung vorhanden ist. Als Teil der Landesverwaltung sind sie ausführendes Organ exekutiver Aufgabenwahrnehmung. Die Wahrung der Leistungsfähigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften ist damit zum Teil ureigenstes Interesse der Länder. Gleichzeitig entspringt sie aber auch der Verpflichtung aus Art. 28 Abs. 2 GG.¹³

¹¹ Vgl. Eichhorn, 2002, S. 567f.

¹² Vgl. Eichhorn, 2002, S. 568f.

¹³ Vgl. Tessmann, 2009, S. 27f.

Kommunale Verwaltung in der DDR

In der sowjetischen Besatzungszone wurde 1946 die „Demokratische Gemeindeordnung“ erlassen. Diese Gemeindeordnung war im Hinblick auf das Selbstverwaltungsrecht vergleichbar mit den Gemeindeordnungen in den westlichen Besatzungszonen. In der Folge wurde das demokratische Selbstverwaltungsrecht mit dem Aufbau der DDR wieder abgeschafft. Die formale Bestätigung des Verlusts kommunaler Autonomie erfolgte mit dem „Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht“ von 1957. Die Gemeinden wurden zu unteren staatlichen Verwaltungsbehörden ohne eigenen Wirkungskreis und ohne Rechtsfähigkeit verstanden.¹⁴

Entsprechend des 1973 in Kraft getretenen „Gesetzes über die örtlichen Volksvertretungen und ihre Organe in der Deutschen Demokratischen Republik“ bestanden mit Bezirk, Kreis und Gemeinde drei dezentrale Verwaltungsebenen. Auf diesen Ebenen wurden jeweils eine gewählte Volksvertretung und ein Rat als verfügend-vollziehendes Organ gebildet. Die jeweiligen Aufgaben folgten den zentralen Planvorgaben und waren nicht zuletzt durch die Verantwortung auch für ökonomische Entwicklungen vergleichsweise umfangreich.¹⁵

In der Praxis führten die vorhandenen Spielräume sowie das Fehlen rechtlich normierter Verfahrensabläufe zu einer besonderen Bedeutung nicht formalisierter Absprachen. Gleichzeitig war damit die Einbindung verschiedenster Institutionen und Organisationen verbunden. Diese zeichneten aus, dass sie für die Planerfüllung relevant waren und teilweise über eigene Vertretungsgremien verfügten. Aus diesem Grund war die Anzahl derjenigen Bürger, die mittelbar oder unmittelbar als Akteur mit der Verwaltungsarbeit in Berührung kamen, verhältnismäßig groß.

Nach der Öffnung der Mauer und den ersten freien Wahlen zur Volkskammer wurde noch vor der Neubildung der ostdeutschen Länder mit dem Gesetz vom 17. Mai 1990 eine neue Kommunalverfassung der DDR eingeführt.¹⁶ Diese Kommunalverfassung definierte die Gemeinde als eine Bürgergemeinschaft, die "in bürgerschaftlicher Selbstverantwortung das Wohl und das gesellschaftliche Zusammenleben ihrer Einwohner" fördern sollte. Die kommunale Selbstverwaltung wurde insbesondere durch die eigene Verantwortung über die Finanzen, die Satzungshoheit sowie durch einen umfassenden Katalog von Selbstverwaltungsaufgaben gesichert. Letzterer wurde durch die Möglichkeit ergänzt, öffentliche Aufgaben per Gesetz an die Kommunen zu übertragen.

Als Selbstverwaltungsorgane der Gemeinde fungierten die Gemeindevertretung und der Bürgermeister. Ausführlich ausgestaltet waren die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürger am Gemeindeleben, bis hin zu den volksunmittelbaren Instrumenten von Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Bis zur Verabschiedung eigener Kommunalverfassungen bzw. Gemeindeordnungen in den neuen Bundesländern blieb die Kommunalverfassung von 1990 auch nach der Wiedervereinigung weitgehend in Kraft.¹⁷

¹⁴ Vgl. König, 1993, S. 28.

¹⁵ Vgl. Berg/Möller, 1993, S. 17f.

¹⁶ Vgl. Bretzinger, 1994, S. 18f.

¹⁷ Vgl. Kluth, 2010, S. 1f.

2.2.2. Kommunalpolitische Reformen

Um die zu untersuchenden Ebenen und Positionen in der Kommunalpolitik zu definieren, wird auf die kommunalpolitischen Reformen in den neuen Ländern seit 1990 eingegangen. Die daraus resultierenden Entwicklungen der kommunalen Strukturen bilden die Grundlage der Betrachtung von Kreisen, Gemeinden und Kommunen. Sie dient ferner der Entwicklung einer Indikatorik zur Bestimmung der kommunalpolitischen Repräsentanz.

Die Neubildung der Gemeinden und Kreise knüpfte an historische Strukturen in den einzelnen Bundesländern an. Bestimmend für die kommunale Selbstverwaltung waren jeweils die Struktur- und Funktionalreformen in den neuen Bundesländern seit 1990.

- ▶ Bei einer Strukturreform werden die horizontalen oder vertikalen Verwaltungsstrukturen durch Auflösung, Zusammenlegung oder Abänderung der Größe verändert.
- ▶ Bei einer Funktionalreform ist die Veränderung der Aufgaben- und Kompetenzverteilung zwischen den Verwaltungsebenen beschrieben.

Diese Reformen waren notwendig, da von rund 7.500 Gemeinden in den neuen Ländern im Jahr 1990 viel weniger als 500 Einwohner zählten und somit nicht über eine ausreichende Verwaltungskraft verfügten. Im Zuge von Verwaltungs- und Gemeindegebietsreformen wurde durch die Schaffung von Einheitsgemeinden (mit in der Regel mindestens 10.000 Einwohnern) oder Verbands- bzw. Verbundsgemeinden die Zahl der Gemeinden reduziert. Zudem wurde durch die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten kleinerer Gemeinden zu Ämtern bzw. Verwaltungsgemeinschaften eine Zwischenlösung gefunden.

Die Landkreise wurden ähnlichen Reformschritten unterzogen. Im Ergebnis wurde in den meisten neuen Bundesländern in den vergangenen Jahren eine Funktional- und Gebietsreform durchgeführt oder diese ist noch im Gange.¹⁸ Hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs werden bis zum heutigen Zeitpunkt drei Phasen der kommunalpolitischen Reformen in den neuen Bundesländern unterschieden:

- ▶ Transfer und Verstetigung,
- ▶ Reorganisation und
- ▶ Transformation.¹⁹

Transfer und Verstetigung

Die erste Phase begann mit dem In-Kraft-Treten der DDR-Kommunalverfassung und wurde maßgeblich geprägt durch den Institutionen- und Rechtstransfer infolge der Wiedervereinigung. Hierbei spielte die Verwaltungshilfe zwischen den Verwaltungsebenen der alten Bundesländer und den Verwaltungsebenen der neuen Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Rolle.

¹⁸ Diese Entwicklungen, die auch Widerspruch auslösten, spiegeln sich auch in der Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte wider. Vgl. dazu Kluth, 2010, S. 2f.

¹⁹ Das In-Kraft-Treten eines Gesetzes bildet den Schlusspunkt eines mitunter Jahre andauernden Gesetzgebungsprozesses (Vgl. Gornas, 1993, S. 11ff.). Infolge dessen unterliegen die Zeitangaben einer Unschärfe.

In deren Folge orientieren sich die Akteure in den neuen Bundesländern stark an den Strukturen der Partnergebietskörperschaften in den alten Bundesländern. Nach dem Aufbau der Strukturen stand die Herstellung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltungseinheiten im Fokus. Parallel erfolgte die Formulierung der jeweils erforderlichen Landes- und kommunalen Rechtsgrundlagen.

In dieser Phase gingen kommunale Vertretungen und deren Akteure, als auch Teile aus der Bevölkerung, von mehr Einflussmöglichkeiten als gegeben aus. Dies resultierte zum einen aus dem vormaligen Ansatz zur Steuerung der Gesellschaft durch die Verwaltung in der ehemaligen DDR. Zum Anderen gab es den Anspruch der Bürgerrechtsbewegung, direkt und außerhalb administrativer Strukturen, Einfluss auf die Entwicklung von Strukturen nehmen zu können. Der Mobilisierungsgrad für kommunale Fragestellungen war bei der Bevölkerung Anfang der 1990er Jahre hoch.²⁰ Sowohl die Diskussionen zur Funktionalreform als auch zu den Strukturveränderungen weisen ein hohes Maß an regionalen Lösungsansätzen und damit unterschiedlichen Inhalten auf.

Reorganisation

Nachdem in der ersten Phase die rechtlichen und strukturellen Grundlagen für die Verwaltung in den neuen Bundesländern gelegt wurden, wurden die Strukturen in der zweiten Phase, im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung und Finanzierbarkeit, reorganisiert. Das zeigt sich insbesondere in einer Verschlankung der Landesverwaltungsstrukturen oder einer Reduzierung von Kreisen und der Einkreisung von Städten. Damit waren auch Veränderungen in der Binnenstruktur der Kommunalverwaltungen verbunden. Neben der Reduzierung von Kosten ging es ebenso um die Zuordnung und Wahrnehmung von Aufgaben (Funktionalreform).²¹ Weitere gesamtdeutsche Einflussfaktoren waren die Verbreitung der süddeutschen Ratsverfassung, die zu einer Verankerung der Direktwahl der Verwaltungsspitze in Landkreisen und kreisfreien Städten auch in den neuen Bundesländern führte.²²

Transformation

Die dritte Phase ist von dem Bestreben gekennzeichnet, die langfristige (finanzielle) Leistungsfähigkeit in Relation zur Bevölkerungsgröße bzw. Flächenausdehnung sicherzustellen. Ein Schwerpunktthema ist die Anhebung der Mindestgrößen für eigenständige Gemeinden und die Zusammenlegung zu Formen der Verbandsgemeinde. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass es mehrere Optionen des Zusammenschlusses gibt (Verwaltungsgemeinschaft/Amt/Verbandsgemeinde/Einheitsgemeinde). Der freiwillige Zusammenschluss von Gemeinden wird durch finanzielle Zuwendungen seitens der Länder gefördert.²³ Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Strukturen der Landesverwaltungen wird die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Land und kommunaler Ebene diskutiert. Einzelne Länder geben als Ergebnis des Transformationsprozesses Leitlinien (bspw. Konzepte zur Gestaltung von Kreisverwaltungen) vor. Weiterhin werden innovative Konzepte einer möglichen Verbandszusammenarbeit erörtert, welche Strukturveränderungen auf der kommunalen Ebene überflüssig machen könnten.²⁴

²⁰ Vgl. Röhl, 2003, S. 84ff.

²¹ Dies erfolgte auch unter dem Einfluss der laufenden Diskussion zum Neuen-Steuerungs-Modell (NSM).

²² Vgl. Hesse, 2010, S. 12ff.

²³ Vgl. Gornas, 1993, S. 17f.

²⁴ Vgl. Krüger, 2010, S. 1031ff.

Entwicklung in den neuen Ländern

Nach der Neubildung der Bundesländer Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen durch das Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 erließen diese ab 1991 eigene Kommunalgesetze. Mecklenburg-Vorpommern hat ein einheitliches Kommunalverfassungsgesetz und Thüringen hat eine einheitliche Kommunalordnung erlassen, welche sowohl die Gemeinden als auch die Landkreise erfassen. In den drei übrigen neuen Bundesländern wurden getrennte Gemeinde- und Landkreisordnungen sowie Gesetze über die kommunale Gemeinschaftsarbeit erlassen. In den Gesetzen spiegelt sich sowohl die Gesetzessystematik und Terminologie als auch in einzelnen Regelungen der Einfluss der jeweiligen Partnerländer und ihrer kommunalrechtlichen Traditionen wider. Allerdings wurden auch andere Wege beschritten. So konnte z. B. im dünn besiedelten Brandenburg nicht das nordrhein-westfälische Modell großer Einheitsgemeinden umgesetzt werden. Hier wurde auf die Tradition, viele kleine Gemeinden zu einer Verwaltungseinheit zu bündeln, zurückgegriffen.

Insgesamt sind die Gesetzeswerke ein Zeichen für die Konvergenz der Kommunalgesetzgebung. Die Tendenz zur Gleichgestaltung kommt darin zum Ausdruck, dass heute Bürgermeister und Landräte direkt von den Bürgern und nicht von den Vertretungskörperschaften gewählt werden. Auch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind inzwischen in alle Kommunalgesetze aufgenommen worden²⁵.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick zu kommunalen Strukturreformen und Funktionalreformen in den neuen Ländern:

Tabelle 1: Überblick der kommunalpolitischen Reformen

Bundesland	Phase 1 Transfer und Verstetigung	Phase 2 Reorganisation	Phase 3 Transformation
Brandenburg	Ämterverfassung (1991) Kommunalverfassung (1993) Erstes Funktionalreformgesetz (1993)	Kreisgebietsreform (1992)	Gemeindestrukturreform (2002) Reform der Kommunalverfassung (2008)
Mecklenburg-Vorpommern	Ämterverfassung (1992) Kommunalverfassung (1994)	Kreisgebietsreform (1994) Funktionalreform (1994)	Zweite Kreisgebietsreform (2011)
Sachsen	Landesverfassung (1992) Sächsische Gemeindeordnung und Sächsische Landkreisordnung (1993)	Kreisgebietsreform (1996) Gemeindegebietsreform (1998)	Zweite Kreisgebietsreform (2008) Funktionalreform (2008)
Sachsen-Anhalt	Kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform (1991) Kommunalverfassung (1994)	Gemeindegebietsreform (1994) Kreisgebietsreform (2005)	Zweite Kreisgebietsreform (2007)
Thüringen	Thüringer Kommunalordnung (1993)	Gemeindeneugliederungsgesetz (1996)	Seit September 2012: Debatte um Gebiets- und Funktionalreform

Quelle: Eigene Darstellung

²⁵ Vgl. Kluth, 2010, S. 2 f.

2.2.3. Kommunale Ebenen

Die kommunalen Strukturen der neuen Länder bildeten den Ausgangspunkt für die Definition und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes. Zur Bestimmung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Bundesländern werden Positionen in den einzelnen kommunalen Ebenen gewählt. Um die Positionen innerhalb der kommunalen Strukturen zu erheben und einzuordnen, wurden der Aufbau der Kommunalverfassungen und die Entwicklungen der kommunalen Strukturen innerhalb der einzelnen Bundesländer erfasst.

Aus der Analyse der kommunalen Strukturen können vier kommunale Ebenen unterschieden und nachfolgend für jedes Bundesland betrachtet werden.

▶ **Ebene 1: Kreise**

Ein Landkreis oder Kreis ist nach deutschem Kommunalrecht ein Gemeindeverband und eine Gebietskörperschaft. Er verwaltet sein Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

▶ **Ebene 2: Verbundverwaltungen**

Zusammenschlüsse von Gemeinden unterhalb der Kreisebene werden als Verbundverwaltungen bezeichnet. Soweit nicht alle Gemeinden über eine eigene Verwaltung („Einheitsgemeinde“) verfügen, arbeiten diese in Verwaltungskooperationen zusammen. Diese haben je nach Bundesland unterschiedliche Bezeichnungen, Eigenschaften und Kompetenzen.

▶ **Ebene 3: Gemeinden**

Alle Landkreise bzw. Kreise in der BRD untergliedern sich in mehrere (kreisangehörige) Gemeinden. Die Anzahl der Gemeinden je Kreis und deren Verwaltungsstruktur ist heterogen. Einige kreisangehörige Städte besitzen in verschiedenen Bundesländern auf Grund ihrer Einwohnerstärke einen verwaltungsrechtlichen Sonderstatus, der mit der Übertragung weiterer Aufgaben verbunden ist. Das geschieht von Land zu Land unterschiedlich auf Antrag oder von Amts wegen, sobald die vorgeschriebene Einwohnerzahl erreicht ist. Die Schwelle ist ebenfalls in den Bundesländern unterschiedlich festgelegt.

▶ **Ebene 4: Ortschaften/Ortsteile**

Städte, Gemeinden und auch einzelne Orte können sich, teils mehrstufig, aufgliedern. Bei Ortsteilen kann es sich um vormals eigenständige Gemeinden und/oder Vororte handeln, die durch eine Eingemeindung im Zuge einer Gebietsreform ihre Selbstständigkeit aufgeben mussten und zu Teilen einer benachbarten oder neu geschaffenen Kommune zugeteilt wurden.

a) Kommunalstruktur in Brandenburg

Basierend auf der Ämterverfassung aus dem Jahre 1991 wurden in Brandenburg „Ämter“ gebildet, die einen Zusammenschluss von mehreren Gemeinden in der Ebene der Verbundverwaltungen beinhalten. Nach der Ämterbildung behalten die einem Amt angehörenden Gemeinden ihre Entscheidungsbefugnis über Selbstverwaltungsangelegenheiten, übertragen alle anderen kommunalen Zuständigkeiten einer Verwaltungseinheit: dem Amt. Im Jahr 1992 wurde mit der Kreisgebietsreform in Brandenburg die Neugliederung der Kreise und kreisfreien Städte vollzogen. Die Kreise wurde von 38 auf 14 reduziert, die Anzahl der kreisfreien Städte von sechs auf vier.

Die brandenburgische Kommunalverfassung²⁶ von 1993 regelt die Strukturen, Aufgaben und Pflichten der kommunalen Selbstverwaltung. Im selben Jahr tritt ein Funktionalreformgesetz in Kraft, mit dem Ziel des orts- und bürgernahen Vollzugs der Verwaltung bei größtmöglicher Aufgabenbündelung vor Ort. Geregelt ist die Neuverteilung der Zuständigkeiten sowohl von der Landes- auf die Kreisebene, als auch von Kreis- auf die Gemeinde- und Ämterebene.

Die Gemeindestrukturreform von 2002 fördert Zusammenschlüsse von Gemeinden. In 2008 wurde eine neue Kommunalverfassung erlassen, u.a. mit dem Ziel der Zusammenführung von Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnungen sowie mehr Eigenverantwortlichkeit für Kommunen. Im Ergebnis der Entwicklungen der kommunalen Struktur in Brandenburg ergeben sich für die Gesamterhebung folgende Indikatoren auf den vier Ebenen:

Tabelle 1: Kommunale Struktur in Brandenburg

Brandenburg
1. KREISEBENE
1.1 Landräte
1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder
1.3 Kreistagsvorsitzende
1.4 Ausschussvorsitzende
1.5 Fraktionsvorsitzende
2. AMTSEBENE
2.1 Mitglieder Amtsausschuss
2.2 Amtsdirektor
3. GEMEINDEEBENE
3.1 Ehrenamtliche/Hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister
3.2 Mitglieder der Gemeindevertretung oder der Stadtverordnetenversammlung
3.3 Vorsitzende der Gemeindevertretung oder der Stadtverordnetenversammlung
3.4 Ausschussvorsitzende
3.5 Fraktionsvorsitzende
4. ORTSTEILEBENE
4.1 Ortsvorsteher
4.2 Mitglieder der Ortsbeiräte
4.3 Vorsitzende der Ortsbeiräte

Quelle: Eigene Darstellung

²⁶ Besteht aus der Gemeindeordnung, Kreisordnung und Amtsordnung.

b) Kommunalstruktur in Mecklenburg-Vorpommern

Im Jahre 1992 wurde eine „Ämterverfassung“ nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein verabschiedet. In dieser Ämterverfassung wird der Zusammenschluss von mehreren Gemeinden in der Ebene der Verbundverwaltung geregelt. Zunächst wurden kleinere Gemeinden – weitgehend auf freiwilliger Basis – flächendeckend zu Ämtern zusammengeschlossen. Zentrales Koordinierungsgremium ist der Amtsausschuss. Ihm gehören kraft Amtes die Bürgermeister an. Verwaltungsleitendes Organ ist der aus der Mitte des Amtsausschusses gewählte ehrenamtliche Amtsvorsteher.

Bei der Kreisgebietsreform von 1994 wurde die Anzahl der Landkreise von 31 auf 12 reduziert. Die Anzahl der kreisfreien Städte bleibt unverändert. Mit einer Funktionalreform fand die formative Phase der Verwaltungsmodernisierung 1994 ihren Abschluss.

Im selben Jahr wurde die erste eigene Kommunalverfassung des Landes nach 1990 verabschiedet. Sie besteht aus der Gemeinde-, der Landkreis- und der Amtsordnung und enthält im vierten Teil Vorschriften über die verschiedenen Formen der kommunalen Zusammenarbeit.

2011 erfolgte die zweite Kreisgebietsreform. Es wurden sowohl die Anzahl der Landkreise von 12 auf sechs als auch die Anzahl der kreisfreien Städte von sechs auf zwei reduziert.

Im Ergebnis der Entwicklungen der kommunalen Struktur in Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich für die Gesamterhebung folgende Indikatoren auf den vier Ebenen:

Tabelle 2: Kommunale Struktur in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern
1. KREISEBENE
1.1 Landräte
1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder
1.3 Kreistagspräsident
1.4 Ausschussvorsitzende
1.5 Fraktionsvorsitzende
2. AMTSEBENE
2.1 Mitglieder Amtsausschuss
2.2 Amtsvorsteher
3. GEMEINDEEBENE
3.1 Ehrenamtliche/Hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister
3.2 Mitglieder der Gemeindevertretung oder der Stadtvertretung
3.3 Vorsitzende der Gemeindevertretung oder Vorsteher der Stadtvertretung
3.4 Ausschussvorsitzende
3.5 Fraktionsvorsitzende
4. ORTSTEILEBENE
4.1 Ortsvorsteher
4.2 Mitglieder der Ortsbeiräte
4.3 Vorsitzende der Ortsbeiräte

Quelle: Eigene Darstellung

c) Kommunalstruktur in Sachsen

Der Freistaat Sachsen erlässt den staatsrechtlichen Rahmen in der kommunalen Landesgesetzgebung im Jahre 1992. Zuerst wurden eine Landesverfassung und dazu das Wahlgesetz formuliert. Auf dieser Grundlage folgen 1993 die Sächsische Gemeindeordnung und die Sächsische Landkreisordnung. Während dieser Zeit waren Übergangsregelungen in Kraft. Bei der Etablierung des neuen Systems auf kommunaler Ebene orientierte sich Sachsen an den Erfahrungen der westlichen Bundesländer, als auch an den historischen Gegebenheiten und Traditionen des sächsischen Staatswesens.

Mit der Kreisgebietsreform in 1996 reduzierte sich die Anzahl der Landkreise von 48 auf 22. Die Zahl der kreisfreien Städte stieg von sechs auf sieben. Mit der Gemeindegebietsreform im Jahr 1998 wird die Anzahl der Gemeinden und Städten von 1.626 auf 537 reduziert. Im Jahr 2008 finden eine zweite Kreisgebietsreform und die Funktionalreform statt. In deren Ergebnis entstehen 10 Landkreise und drei kreisfreie Städte.

Die Funktionalreform beinhaltet die Kommunalisierung ehemals staatlicher Aufgaben und die Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Unternehmen. Sie bedeutet eine entscheidende Änderung der sächsischen Verwaltung seit 1990. Sie hat weitreichende Auswirkungen auf Kreise, Städte und Gemeinden. Ziel der Funktionalreform ist kostengünstigere und bürgernähere Verwaltung.

Im Ergebnis der Entwicklungen der kommunalen Struktur in Sachsen ergeben sich für die Gesamterhebung folgende Indikatoren für die vier Ebenen:

Tabelle 3: Kommunale Struktur in Sachsen

Sachsen
1. KREISEBENE
1.1 Landräte
1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder
1.3 Kreistagspräsident
1.4 Ausschussvorsitzende
1.5 Fraktionsvorsitzende
2. VERWALTUNGSVERBAND/VERWALTUNGSGEMEINDE
2.1 Mitglieder Verbandsversammlung/Gemeindeversammlung
2.2 Verbandsvorsitzende/Versammlungsvorsitzende
3. GEMEINDEEBENE
3.1 Ehrenamtliche/Hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister
3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates
3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates
3.4 Ausschussvorsitzende
3.5 Fraktionsvorsitzende
4. ORTSTEILEBENE
4.1 Ortsvorsteher
4.2 Mitglieder der Ortschaftsräte/Stadtbezirksräte
4.3 Vorsitzende der Ortsbeiräte/Stadtbezirksräte

Quelle: Eigene Darstellung

d) Kommunalstruktur in Sachsen-Anhalt

Die Tradition des Landes Sachsen-Anhalt ist vergleichsweise kurz. So bestand Sachsen-Anhalt als selbständiger deutscher Teilstaat nur von 1947 bis 1952. Sachsen-Anhalt wurde im Zuge der Neugliederung von der Sowjetischen Militäradministration als eines der fünf Länder in der sowjetischen Besatzungszone geschaffen. 1952 wurde Sachsen-Anhalt im Rahmen der Auflösung der Länder in der DDR, in die Bezirke Halle und Magdeburg aufgeteilt.

In der Legislaturperiode 1991 wurde eine kommunale Gebiets- und Verwaltungsreform verabschiedet. Zu diesem Zeitpunkt besteht das Land aus 37 Landkreisen und 1.367 Einheitsgemeinden. Mit der Gemeindegebietsreform 1994 verringert sich die Anzahl der selbständigen Gemeinden auf 1.289 (1993). Insofern blieb die kleinteilige Struktur bestehen. Mit der neuen Kommunalverfassung 1994 entstehen als zentrale Organe direkt gewählte Landräte und Kreistage und direkt gewählte Bürgermeister und Gemeinde- bzw. Stadträte. Im Zuge der ersten Kreisgebietsreform wird 2005 die Anzahl der Landkreise auf 21 verringert. Um der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken, tritt 2007 die zweite Kreisgebietsreform in Kraft, die die Anzahl der Landkreise auf 11 reduziert.

Darüber hinaus prüft Sachsen-Anhalt das Konzept der „Freiwilligkeit“ und das der „Verwaltungsgemeinden“ und plant Umstrukturierung. Ziel der Gemeindegebietsreform von 2008 ist es, Einheitsgemeinden mit jeweils 10.000 Einwohnern zu bilden. In Ausnahmefällen dürfen auch Verbandsgemeinden gegründet werden. Ziel der Reform ist die Reduktion der Gemeindeanzahl.

Im Ergebnis der Entwicklungen der kommunalen Struktur in Sachsen-Anhalt ergeben sich für die Gesamterhebung folgende Indikatoren für die vier Ebenen:

Tabelle 4: Kommunale Struktur in Sachsen-Anhalt

Sachsen-Anhalt
1. KREISEBENE
1.1 Landräte
1.2 ehrenamtliche Kreisräte
1.3 Kreistagsvorsitzende
1.4 Ausschussvorsitzende
1.5 Fraktionsvorsitzende
2. VERWALTUNGSVERBAND
2.1 Mitglieder Verbandsgemeinschaft
2.2 Leiter des Verwaltungsamtes/ehrenamtliche Bürgermeister der Trägergemeinde
3. GEMEINDEEBENE
3.1 Ehrenamtliche/Hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister
3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates
3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates
3.4 Ausschussvorsitzende
3.5 Fraktionsvorsitzende
4. ORTSCHAFTS-/ORTSTEILEBENE
4.1 Ortsvorsteher
4.2 Mitglieder der Ortschaftsräte
4.3 Vorsitzende der Ortschaftsräte/Ortsbürgermeister

Quelle: Eigene Darstellung

e) Kommunalstruktur in Thüringen

In Thüringen wurden 1993 eine Kommunalordnung und ein Kommunalwahlgesetz erlassen. In der Thüringer Kommunalordnung von 1993 sind die Direktwahl des (Ober-) Bürgermeisters und des Landrats sowie die Trennung von Bürgermeister und Rat festgelegt. Die Trennung soll sich auf die politische Unabhängigkeit des Bürgermeisters von Parteien auswirken.

Weiterhin wird eine Mindestgröße für kommunale Strukturen definiert. Gemeinden mit weniger als 3.000 Einwohnern müssen einer Verwaltungsgemeinschaft angehören. In der so genannten „erfüllenden Gemeinde“²⁷ werden die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft für die Nachbargemeinden wahrgenommen. Mit dem Gemeindeneugliederungsgesetz von 1996 wird eine Verpflichtung für alle Gemeinden zum Zusammenschluss verfügt, sofern sie sich bisher nicht zusammengeschlossen haben. In der Folge nimmt die Anzahl der Gemeinden kontinuierlich ab.

Aktuell findet eine Debatte um eine Gebiets- und Funktionalreform statt. Diskutiert werden dabei die Leistungsfähigkeit der Verwaltungsgemeinschaften und eine Verringerung der Anzahl der Mitgliedsgemeinden.

Im Ergebnis der Entwicklungen der kommunalen Struktur in Thüringen ergeben sich für die Gesamterhebung folgende Indikatoren auf den vier Ebenen:

Tabelle 5: Kommunale Struktur in Thüringen

Kommunale Struktur Thüringen	
1. KREISEBENE	
1.1	Landräte
1.2	ehrenamtliche Kreistagsmitglieder/Stadtratsmitglieder
1.3	Kreisvorsitzende/Stadtratsvorsitzende
1.4	Ausschussvorsitzende
1.5	Fraktionsvorsitzende
2. VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT	
2.1	Ehrenamtliche/Hauptamtliche Bürgermeister
2.2	Gemeinschaftsvorsitzender
3. GEMEINDEEBENE	
3.1	Ehrenamtliche/Hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister
3.2	Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates
3.3	Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates
3.4	Ausschussvorsitzende
3.5	Fraktionsvorsitzende
4. ORTSCHAFTS-/ORTSTEILEBENE	
4.1	Ortsteilbürgermeister/Ortschaftsbürgermeister
4.2	Mitglieder des Ortsteilrates/Ortschaftsrates
4.3	Vorsitzende des Ortsteilrates/Ortschaftsrates

Quelle: Eigene Darstellung

²⁷ Mindestens 3.000 Einwohner.

f) Kommunalstrukturen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

Für eine Einordnung der Ergebnisse ist ein Vergleich zu ausgewählten Landkreisen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in die Untersuchung vorgesehen (s. a. Kapitel 2.4.6 und 2.4.7). Ziel war es, die in den neuen Bundesländern existierenden Positionen innerhalb der kommunalen Strukturen zu erheben und einzuordnen. Aus den Auswertungen zur Entwicklung der kommunalen Strukturen in den neuen Ländern und aus der Literatur geht hervor, dass Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein eine ähnliche bzw. vergleichbare kommunalpolitische Struktur aufweisen.²⁸ Weiterhin hat z. B. Brandenburg die Kommunalverfassung von Schleswig-Holstein mit zum Vorbild. Überdies ist Schleswig-Holstein ein nicht dicht besiedeltes Bundesland mit einer ländlichen Struktur, das Parallelen zu Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg aufweist. Mit Rheinland-Pfalz ist ein relativ dicht besiedeltes Bundesland ausgewählt worden. Bedingt durch die Anzahl seiner Gemeinden und Verbandsgemeinschaften ist Rheinland-Pfalz für vergleichende Untersuchungen für bevölkerungsreichere neue Länder, wie Sachsen, geeignet. Ferner weist Rheinland-Pfalz, wie auch Thüringen, eine kleingliedrige Gemeindestruktur auf.

Die Ergebnisse zeigen, dass in den untersuchten Ländern Strukturen und Positionen bestehen, die im Rahmen einer Analyse erhoben werden können. Aus den kommunalen Strukturen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz ergeben sich für folgende Positionen in den vier Ebenen:

Tabelle 6: Kommunale Strukturen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein	Rheinland-Pfalz
1. KREISEBENE	1. KREISEBENE
1.1 Landräte	1.1 Landräte
1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder/Stadtratsmitglieder	1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder/Stadtratsmitglieder
1.3 Kreisvorsitzende/Stadtratsvorsitzende	1.3 Kreisvorsitzende/Stadtratsvorsitzende
1.4 Ausschussvorsitzende	1.4 Ausschussvorsitzende
1.5 Fraktionsvorsitzende	1.5 Fraktionsvorsitzende
2. AMTSEBENE	2. VERBANDSGEMEINDEN
2.1 Ehrenamtliche/Hauptamtliche Bürgermeister	2.1 Ehrenamtliche/Hauptamtliche Bürgermeister
2.2 Amtsvorsitzender	2.2 Verbandsvorsitzender
3. GEMEINDEEBENE	3. GEMEINDEEBENE
3.1 Ehren- und hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister	3.1 Ehren- und hauptamtliche Oberbürgermeister/Bürgermeister
3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates	3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates
3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates	3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates
3.4 Ausschussvorsitzende	3.4 Ausschussvorsitzende
3.5 Fraktionsvorsitzende	3.5 Fraktionsvorsitzende
4. ORTSGEMEINDEEBENE	4. ORTSGEMEINDEEBENE
4.1 Ortsbürgermeister	4.1 Ortsbürgermeister
4.2 Mitglieder des Ortsrates	4.2 Mitglieder des Ortsrates
4.3 Vorsitzende des Ortsrates	4.3 Vorsitzende des Ortsrates

Quelle: Eigene Darstellung

²⁸ Es wird darauf hingewiesen, dass kein Ländervergleich durchgeführt wurde. Es erfolge eine Einordnung anhand einer Stichprobe.

2.3. Überblick – Frauen in der Kommunalpolitik der neuen Länder

Um die Rahmenbedingungen der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern zu identifizieren und daraus Hypothesen zu generieren, wurde eine Bestandsaufnahme relevanter Studien und Forschungsergebnissen in den Themenbereichen²⁹ vorgenommen:

- I. Frauen in den neuen Ländern,
- II. Politische Partizipation von Frauen und
- III. Kommunalpolitisches Engagement von Frauen.

2.3.1. Ergebnisse der Studien

I. Frauen in den neuen Ländern

Ausgangspunkt der Analysen zur kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern waren Studien und Veröffentlichungen³⁰, die die Situation von Frauen in den neuen Ländern zum Gegenstand haben. Hier sind insbesondere die Veröffentlichungen in der Reihe „Frauen machen neue Länder“³¹ zu erwähnen, die seit 2008 einzelne Aspekte der Lebenssituationen von Frauen in den neuen Bundesländern thematisieren. Die Entwicklung der Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen in den neuen Ländern werden auch in weiteren Studien³² bearbeitet. Der „Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“³³ des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) liefert einen Überblick zur Umsetzung gleichstellungspolitischer Ziele und zur Schaffung gleichstellungsförderlicher Rahmenbedingungen in allen Bundesländern. Folgende Forschungsfragen werden in den o. g. Studien untersucht:

- ▶ Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen in den alten und neuen Bundesländern gibt es?
- ▶ Wie entwickelten sich die Lebens- und Arbeitsumstände von Frauen in den neuen Bundesländern nach der Wende?

Die Studien kommen zu dem Ergebnis, dass es Unterschiede in der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in Ost- und Westdeutschland gibt, die sich vor allem in der Erwerbssituation zeigen.

Frauen, die vor der Wende ausgebildet und sozialisiert wurden, haben unterschiedliche Biografien und unterschiedliche Lebenssituationen. Die Adaption der Wende ist in vielen Biografien noch präsent und beeinflusst den Status und die Lebensumstände der Frauen.

²⁹ Studien die sich auf die Lebenssituation der Menschen in der ehemaligen DDR vor und nach der Wende fokussieren, beziehen sich nicht direkt auf die Hypothesen der Forschungsstudie und wurden nicht berücksichtigt.

³⁰ Vgl. z.B. Cassens, 2009, Erler / Dähner, 2008, Holtmann u.a., 2010, den Gender-Datenreport, 2005, des deutschen Jugendinstitutes. Vgl. auch den „Gender-Index“ der Hans-Böckler-Stiftung, 2007.

³¹ Bauer / Dähner, 2009, 2010, 2011.

³² Vgl. Doods, 2003 und auch Erler / Dähner, 2008.

³³ Vgl. Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, 2011.

Die Entwicklung, so die Studien, geht jedoch dahin, dass sich die Lebens- und Arbeitsumstände bei jüngeren Frauen in den neuen und alten Bundesländern angleichen. Kernergebnisse der Studien kommen zu dem Schluss, dass die Unterschiede eher dahingehend zu suchen sind, ob Frauen in urbanen oder in ländlichen Räumen leben und aus welchen sozialen Schichten sie stammen. Folgende Hypothesen können daraus abgeleitet werden:

- a) Es bestehen Unterschiede zwischen den Frauen in den neuen und den alten Bundesländern in Bezug auf ihre biografische Entwicklung seit der Wende.
- b) Bei jüngeren Frauen sind eher der Lebensmittelpunkt und der soziale Status relevant. Die Adaption der Wende ist nicht mehr bestimmend für die biografische Entwicklung. Das Alter der Frauen in den neuen Ländern ist ein Indikator für die Adaption der Wende in der biografischen Entwicklung.

II. Politische Partizipation von Frauen

Gegenstand der Studien zur politischen Partizipation von Frauen sind die Repräsentanz von Frauen in der Politik im Allgemeinen³⁴ und in der Kommunalpolitik³⁵ im Besonderen.

- ▶ Wie stark sind Frauen in der Politik repräsentiert?
- ▶ Wie stark sind Frauen in der Kommunalpolitik repräsentiert?
- ▶ Was sind die Gründe für eine immer wieder festgestellte Unterrepräsentanz?
- ▶ Welche Maßnahmen sind geeignet, die Unterrepräsentanz von Frauen, insbesondere in der Kommunalpolitik, abzubauen?

Die Unterrepräsentanz von Frauen wird bereits in vielen Studien thematisiert und festgestellt³⁶. Sei es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene, Frauen sind in den untersuchten Gremien und Positionen unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentanz hat unterschiedliche Ursachen. Die Studien kommen zum Ergebnis, dass auch sozioökonomische und kulturelle Faktoren als Ursachen für die niedrigere Partizipationsrate von Frauen in der Politik anzunehmen sind:

- a) Institutionelle Faktoren, wie Wahl- und Parteiensystem, sind von Bedeutung. So wird z.B. aufgeführt, dass die personalisierte Verhältniswahl in Deutschland dazu führt, dass gerade bei den großen Parteien die Frauenunterrepräsentanz stärker ausgeprägt ist.
- b) Die traditionelle Rollenzuweisung sieht eine politische Karriere für Frauen nicht vor, so dass Frauen tendenziell ein geringeres Interesse an Politik, insbesondere in stark formalisierten Strukturen, zeigen als Männer. Hinzu kommt, dass sie ein zu geringes Selbstvertrauen haben, um politische Ämter von sich aus anzustreben (SozialisationsThese).
- c) Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Doppelbelastung verfügen viele Frauen über ein zu geringes Zeitbudget für die kontinuierliche politische Arbeit (Abkömmlichkeitsthese).

³⁴ Vgl. z.B. Hoecker (2008) und Kaiser (2008). Ein Einstieg in die politische Partizipationsforschung stellt die umfassende Studie „Politische Partizipation in Deutschland“ von Kornelius (2004) dar.

³⁵ Vgl. Holtkamp (2009) und Böttcher (2006).

³⁶ Wie z.B. bei Hoecker (2008) und Kaiser (2008), Kornelius (2004), Holtkamp (2009) und Böttcher (2006).

- d) Frauen werden von Männern in den Parteien und Fraktionen von wichtigen Ämtern und Mandaten ausgeschlossen (Old Boy Networks etc.). Parteien erschweren Frauen den Zugang durch strukturelle Hürden, wie insbesondere die Erwartung, kontinuierlich verfügbar zu sein, um in Ämter und Mandate gewählt zu werden (Diskriminierungsthese).
- e) Die klar definierte Festlegung von hohen Quoten führt zu einer stärkeren Repräsentanz von Frauen. Somit ist davon auszugehen, dass in Parlamenten und Gremien, in denen Parteien mit hohen verbindlichen Quoten sehr schwach vertreten sind, die Unterrepräsentanz stärker ausgeprägt ist. Allerdings sind formal hohe Quoten nicht immer zielführend, weil diese häufig umgangen werden können. Wichtig sind also nicht nur die Parteistatuten, sondern auch die Akzeptanz der Regelung bei den aktiven Parteimitgliedern (Quotenthese).
- f) Eine unterschiedliche Repräsentanz in den kommunalen Ebenen wird ausgemacht, die einhergeht mit der Bedeutung der Positionen und Mandate. Je höher in der Hierarchie der kommunalen Ebenen ein Mandat oder eine Position ist und je mehr Kompetenzen und Entscheidungsbefugnis so ein Mandat oder eine Position hat, desto geringer ist die Frauenrepräsentanz (Machtfaktor).³⁷

Folgende Hypothesen können daraus abgeleitet werden:

- c) Es gibt eine Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die durch institutionelle und sozioökonomische Faktoren, wie Wahl- und Parteiensystem, politische Kulturen in den Parteien und von zugeschriebenen Rollenmustern bestimmt werden.
- d) Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Mehrfachbelastung von Frauen verfügen sie über ein geringes Zeitkontingent, um auch kommunalpolitisch aktiv zu sein.
- e) Es gibt Unterschiede in der Repräsentanz in den einzelnen Ebenen der kommunalen Strukturen. Je exponierter die Position und je höher das Mandat in den kommunalen Ebenen, desto unterrepräsentierter sind Frauen in den kommunalen Ebenen.

III. Kommunalpolitisches Engagement von Frauen

In den Studien³⁸, die sich mit dem kommunalpolitischen Engagement von Frauen beschäftigen, vor allem in der Studie „Engagiert vor Ort - Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen“³⁹ werden folgende Fragestellungen untersucht:

- ▶ Was sind entscheidende Einflüsse in den Werdegängen von Kommunalpolitikerinnen?
- ▶ Was muss sich in den kommunalpolitischen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen ändern, um das Potenzial von Frauen zu mobilisieren?
- ▶ Spielt zivilgesellschaftliches Engagement in diesem Prozess eine entscheidende Rolle?
- ▶ Wie soll sich die Kommunalpolitik strukturell ändern, um das Engagement in diesem Bereich für Frauen zu stärken bzw. auszubauen?

³⁷ Vgl. zu der Auflistung Holtkamp, 2009, S. 18f.

³⁸ Vgl. z. B. Holtkamp u.a., 2009, Kletzing, 2009, Meier / Schmitt, 2008, Nassmacher, 2007.

³⁹ Vgl. Kletzing / Lukoschat / Wenzl, 2010.

Im Rahmen der Studien werden unterschiedliche Einflüsse in den Biografien von Kommunalpolitikerinnen untersucht und daraus soziodemografischen Merkmale generiert, die Einfluss auf das kommunalpolitische Engagement haben. Auch die Vereinbarkeit von familiären Aufgaben und Berufstätigkeit mit dem politischen Ehrenamt sind für die Repräsentanz auf kommunaler Ebene von wesentlicher Bedeutung. Die Studien zeigen, dass soziodemographische Ressourcen bei der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen eine besondere Rolle spielen. Zusätzlich werden auch strukturelle Faktoren als relevant eingestuft, ob bzw. wie und in welcher Stellung sich Frauen in der Kommunalpolitik engagieren. Weitere Ergebnisse sind:

- ▶ Die kommunalpolitische Repräsentanz wird u.a. vom parteipolitischen Engagement bestimmt.
- ▶ Der Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem und kommunalpolitischem Engagement wird festgestellt. Zivilgesellschaftliches Engagement wird sogar als Motor für das kommunalpolitische Engagement gesehen.⁴⁰
- ▶ Die Untersuchungen zeigen, dass sowohl die politischen Umgangsformen als auch die institutionellen Rahmenbedingungen von den in der Kommunalpolitik tätigen Frauen zum Teil kritisch gesehen werden.
- ▶ Hinsichtlich der politischen Kultur wird bemängelt, dass häufig parteipolitische Orientierungen und persönliche Eitelkeiten die Sachorientierung bei Entscheidungen überlagern.

Folgende Hypothesen können daraus abgeleitet werden:

- f) Die kommunalpolitische Repräsentanz wird auch vom parteipolitischen Engagement bestimmt.
- g) Familiäre Aufgaben und Berufstätigkeit müssen mit dem politischen Amt vereinbar sein.
- h) Zivilgesellschaftliches Engagement wird als Motor für das kommunalpolitische Engagement gesehen.
- i) Die Organisationskultur in den kommunalen und parteipolitischen Strukturen ist ein entscheidender Faktor für das kommunalpolitische Engagement von Frauen.
- j) Kommunalpolitisches Engagement als Bleibefaktor für die Frauen zu etablieren, erscheint aufgrund der geringen Repräsentanz von Frauen in den kommunalen Ebenen schwierig.

Die Gesamterhebung im Rahmen dieses Forschungsvorhabens (siehe Kapitel 3) kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede in der Repräsentanz zwischen den Regionen bestehen. In einigen Regionen sind Frauen stärker kommunalpolitisch engagiert, in anderen Regionen weniger. Eine weitere Möglichkeit ist, dass die Ursachen hierfür in den regionalen Rahmenbedingungen liegen. Unter regionalen Rahmenbedingungen können verstanden werden: Arbeitsmarkt, Infrastruktur (wie Kindergärten, Schulen, Arbeitgeber) etc. Folgende Hypothese wurde daraus abgeleitet:

- k) Die regionalen Rahmenbedingungen spielen eine Rolle für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen. Es gibt eine Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die in den neuen Bundesländern und Regionen unterschiedlich ausgeprägt ist und durch regionale Rahmenbedingungen, wie z. B. Arbeitsmarkt, Infrastruktur (z. B. Kindergärten), determiniert wird.

⁴⁰ Vgl. z. B. Thumfart, 2004, Reiser, 2006.

2.3.2. Zusammenfassung

Die Beantwortung der leitenden Frage, ob kommunalpolitisches Engagement von Frauen in den neuen Ländern einen Haltefaktor darstellt und im Hinblick auf den Verbleib von Frauen in der Region zu einem Bleibefaktor entwickelt werden kann, wurde bei der Auswahl der Studien und der Analyse der relevanten Ergebnisse berücksichtigt. Daraus wurden Arbeitshypothesen abgeleitet:

Biografische Entwicklung und soziodemografischen Merkmale

- Zu a) Es bestehen Unterschiede zwischen den Frauen in den neuen und den alten Bundesländern in Bezug auf ihre biografische Entwicklung seit der Wende.
- Zu b) Bei jüngeren Frauen sind eher der Lebensmittelpunkt und der soziale Status relevant. Die Adaption der Wende ist nicht mehr bestimmend für die biografische Entwicklung. Das Alter der Frauen in den neuen Ländern ist ein Indikator für die Adaption der Wende in der biografischen Entwicklung.
- Zu d) Aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und Mehrfachbelastung der Frauen verfügen sie über ein zu geringes Zeitkontingent, um auch noch kommunalpolitisch aktiv zu sein.
- Zu g) Familiäre Aufgaben und Berufstätigkeit müssen mit dem politischen Amt vereinbar sein.

Strukturen in der Kommunalpolitik und regionale Rahmenbedingungen

- Zu c) Es gibt eine Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die durch institutionelle und sozioökonomische Faktoren, wie Wahl- und Parteiensystem, politische Kulturen in den Parteien und zugeschriebene Rollenmuster, bestimmt werden.
- Zu e) Es gibt Unterschiede in der Repräsentanz in den einzelnen Ebenen der kommunalen Strukturen. Je exponierter die Position und je höher das Mandat in den kommunalen Ebenen, desto unterrepräsentierter sind die Frauen in den kommunalen Ebenen.
- Zu f) Die kommunalpolitische Repräsentanz wird auch vom parteipolitischen Engagement bestimmt.
- Zu h) Zivilgesellschaftliches Engagement wird als Motor für das kommunalpolitische Engagement gesehen.
- Zu i) Die Organisationskultur in den kommunalen und parteipolitischen Strukturen ist ein entscheidender Faktor für das kommunalpolitische Engagement von Frauen.
- Zu j) Kommunalpolitisches Engagement als Bleibefaktor für die Frauen zu etablieren, erscheint aufgrund der Vertretung von Frauen in den kommunalen Ebenen schwierig.
- Zu k) Die regionalen Rahmenbedingungen spielen eine Rolle für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen. Es gibt eine Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die in den neuen Bundesländern und Regionen unterschiedlich ausgeprägt ist und durch regionale Rahmenbedingungen, wie z. B. Arbeitsmarkt, Infrastruktur (z. B. Kindergärten), determiniert wird.

2.4. Entwicklung einer Indikatorik

Aufbauend auf den zuvor betrachteten kommunalen Strukturen in den neuen Ländern sowie der Auswertung von Studien zur Repräsentanz von Frauen in der Politik werden im Folgenden die Indikatoren zur Bestimmung der kommunalpolitischen Repräsentanz abgeleitet.

2.4.1. Indikatoren zur kommunalpolitischen Repräsentanz

Als Indikatoren zur Bestimmung der Repräsentanz werden Positionen und Mandate in Vertretungen gewählt, um die einzelnen Positionen und Mandate innerhalb der kommunalen Strukturen auf allen Ebenen für die relevanten Bundesländer zu erheben. Für jedes zu untersuchende Bundesland wurde die kommunale Gesetzgebung auf allen Ebenen analysiert und aufbereitet (siehe Abschnitt 2.2.3). Folgende vier Ebenen werden identifiziert und unterschieden:

- ▶ Ebene 1: Kreisebene,
- ▶ Ebene 2: Verbands- bzw. Verbundverwaltung/Amt,
- ▶ Ebene 3: Gemeinden und
- ▶ Ebene 4: Ortschaften/Ortsteile/Ortsteilvertretungen.

Für die Ebene vier der Ortschaften/Ortsteile/Ortsteilvertretungen zeigten die Sekundärstatistiken⁴¹, dass weitestgehend keine der relevanten Daten und Informationen bei den Statistischen Landesämtern erhoben werden. Die Internetrecherche zeigte ebenso, dass für diese Ebene nur im geringen Maße Informationen zu Schlüsselpositionen und Gremien verfügbar sind.

Im Zuge des Desk Researchs wurden die Funktionen, die für die Forschungsstudie relevanten kommunalpolitischen Schlüsselpositionen und Gremien, identifiziert und als Indikatoren definiert. Die unterschiedlichen Positionen in den einzelnen kommunalen Ebenen wurden auf ihre Vergleichbarkeit bzw. Überleitfähigkeit überprüft. Eine Überleitung der einzelnen Indikatoren in den drei relevanten Ebenen Kreis, Verbundverwaltung und Gemeinde für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurde vorgenommen. Auch für die in der Vergleichsgruppe vorgesehenen Bundesländer Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein wurde diese Überleitung vorgenommen.

Es zeigt sich, dass es unterschiedliche Ausprägungen der Positionen, vor allem in der Ebene der Verbundverwaltungen, gibt. Diese unterscheiden sich jedoch grundsätzlich nicht in ihrem Aufgabenbereich und ihrer Funktion. Die unterschiedlichen Bezeichnungen ergeben sich aus der in Abschnitt 2.2 dargestellten Entwicklung der kommunalen Strukturen in den neuen Ländern.

⁴¹ Bei allen Statistischen Landesämtern und Kreiswahlämtern wurde angefragt, ob entsprechende Informationen zur Verfügung stehen und gestellt werden können. Es gibt keine Informationen auf dieser Ebene.

Für die Bestimmung der kommunalpolitischen Repräsentanz werden folgende Schlüsselpositionen als Indikatoren verwendet:

Kreisebene

- ▶ Kreisvorsitz (hauptamtliche Landräte)
- ▶ Kreistagsmitglieder (Vorsitze und Beigeordnete)
- ▶ Ausschussvorsitz⁴²
- ▶ Fraktionsvorsitz

Ebene der Verbundverwaltung

- ▶ Hauptamtliche BürgermeisterIn der Verbundverwaltung, („AmtsdirektorIn“, „AmtsvorsteherIn“, „Verbandsvorsitz“, „Vorsitz Verwaltungsgemeinschaft“, „Gemeinschaftsvorsitzender“)
- ▶ Ehrenamtliche BürgermeisterIn der kleinen amtsangehörigen Gemeinden oder Ortsvorsteher („Verbandsversammlung“, „Amtsausschuss“, „Gemeinschaftsausschuss“, „VerbandsgemeinderatIn“, „Gemeinschaftsvorsitz“)

Gemeindeebene

- ▶ BürgermeisterIn
- ▶ Mitglieder der Gemeindevertretung oder sonstige durch die Gemeindevertretung benannte Bürger
- ▶ Gremien („Gemeindevertretung“ bzw. „Stadtverordnetenversammlung“, „Gemeinderat“ bzw. „Stadtrat“)
- ▶ Gemeindevertretungsvorsitz („Vorsitz der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordneter“, „Vorsitz Gemeinderat“ bzw. „Vorsitz Stadtrat“)
- ▶ Ausschussvorsitz⁴³ und
- ▶ Fraktionsvorsitz.

Einen weiteren Indikator bildet die Aggregation von Spitzenpositionen differenziert nach den Ebenen Kreis, Verbundverwaltung und Gemeinde. Es werden die Funktionen LandrätInnen, LeiterInnen der Verbundverwaltungen und Bürgermeister sowie die jeweiligen Vorsitzenden (Vorsitz des Kreises/der Gemeinde/des Ausschuss/der Fraktion) zusammengefasst und den jeweiligen Grundgesamtheiten der erhobenen drei Ebenen gegenübergestellt.

Diese Indikatoren wurden in den einzelnen Bundesländern für die drei Ebenen identifiziert und überprüft. Die vollständige Indikatorenmatrix für die Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern ist in Anhang 1 aufgeführt.

⁴² Im Folgenden wird auf die Position Vorsitz des Hauptausschusses abgestellt.

⁴³ Im Folgenden wird auf die Position Vorsitz des Hauptausschusses abgestellt.

2.4.2. Indikator Parteizugehörigkeit

Der Indikator „Parteizugehörigkeit“ in den neuen Ländern ist relevant, weil in der Literatur einerseits ein Zusammenhang zwischen Parteizugehörigkeit und Repräsentanz von Frauen in der Politik generell⁴⁴, aber im Besonderen in der Kommunalpolitik, nachgewiesen wird. Andererseits ist die besondere Situation der Parteien in der kommunalen Ebene, vor allem in den neuen Bundesländern zu betrachten. In der Kommunalpolitik spielen kleine und nicht-etablierte Parteien eine Rolle im Parteiensystem⁴⁵.

Untersucht wird ebenfalls, ob Frauen auf kommunaler Ebene eher in kleinen, nicht-etablierten Parteien aktiv sind und dort das öffentliche Leben mit gestalten. Im Folgenden werden die Indikatoren etablierte und nicht-etablierte Parteien definiert:

Etablierte Parteien

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland dominierten lange Zeit die Volksparteien CDU/CSU und SPD sowie die FDP das politische Geschehen. In den 1980er Jahren wurde das Parteiensystem durch die Grünen (jetzt: Bündnis 90/Die Grünen), in den 1990er Jahren durch die PDS (jetzt: Die Linke) ergänzt. Auf kommunaler Ebene sind etablierte und nicht-etablierte Parteien aktiv.

Unter etablierten Parteien werden gemäß der Bedeutung des Wortes „etabliert“ eine Partei verstanden, die innerhalb eines Parteiensystems auf Dauer einen sicheren, d. h. festen Platz, einnehmen. Die etablierten Parteien verfügen über eine große Mitgliederzahl auf allen Ebenen der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik und haben durch die erzielten Wahlergebnisse einen großen politischen Einfluss.⁴⁶

Kleinparteien und nicht-etablierte Parteien

In Deutschland gibt es eine Vielzahl kleiner oder nicht-etablierter Parteien. Einige sind nur auf kommunaler Ebene tätig, andere versuchen, auf die Landes- oder Bundespolitik Einfluss zu nehmen. In der Politikwissenschaft werden unter "Kleinparteien" diejenigen Parteien verstanden, die in Wahlstatistiken oft unter "Sonstige Parteien" zusammengefasst werden, Parteien mit geringer Mitgliederzahl, niedrigen Wahlergebnissen und entsprechend geringem politischen Einfluss. Unter den Begriff "Kleinparteien" lassen sich alle Parteien fassen, die einerseits nur über eine kleine Zahl aktiver Mitglieder und entsprechend über geringe Mitgliedsbeiträge verfügen. Sie erhalten andererseits, aufgrund geringer Wahlerfolge, auch keine oder kaum staatliche Parteienfinanzierungsmittel.

Wenn keine längerfristigen größeren Wahlerfolge verbucht werden können, die ihnen dauerhaft Mandate sichern und die Parteien von anderen politischen Akteuren nicht als Verhandlungs- oder mögliche Koalitionspartner akzeptiert werden, bezeichnet man diese Kleinparteien auch als nicht-etablierte Parteien.⁴⁷

⁴⁴ Vgl. Hoecker (2008).

⁴⁵ Vgl. Dietsche (2004) und Van den Boom (1999).

⁴⁶ Vgl. Rowold / Immerfall (1997).

⁴⁷ Vgl. Dietsche (2004).

Nicht-etablierte Parteien unterscheiden sich von den größeren, etablierten Parteien wie folgt:

- ▶ Häufig konzentrieren sie sich auf eng gefasste Zielgruppen und von den anderen Parteien vernachlässigte Themenfelder, entwickeln andererseits aber kein umfassendes Rahmenprogramm.
- ▶ Einige nicht-etablierte Parteien beschränken sich auf regionale Schwerpunkte. Als "Rathausparteien" werden dabei Parteien bezeichnet, die etwa aufgrund der lokalen Bekanntheit ihrer Kandidaten oder ihrer lokalpolitischen Zielsetzungen auf kommunaler Ebene von Bedeutung sind.
- ▶ Teils handelt es sich um ideologisch motivierte Parteien, deren Mitglieder ihre politischen Vorstellungen nicht mit denen der großen Parteien vereinbaren können.
- ▶ Teils entstehen sie als Protestparteien in - meist vorübergehenden - Situationen, in denen die größeren Parteien die Wähler nicht mehr an sich binden können.

Bei der Gesamterhebung werden der Anteil von Frauen in etablierten und nicht-etablierten Parteien als Kennzahlen zum Indikator „Parteizugehörigkeit“ ausgewiesen.

2.4.3. Indikator Alter und Sozialisation

Der Indikator „Alter“ ist bei kommunalpolitisch engagierten Frauen relevant, da es nach wie vor Unterschiede bei Frauen in den neuen und den alten Bundesländern in Bezug auf ihre biografische Entwicklung seit der Wende gibt.⁴⁸ Bei Frauen, die in der ehemaligen DDR sozialisiert wurden, spielen diese Unterschiede immer noch eine große Rolle.

Studien zeigen, dass sich die Lebens- und Arbeitsumstände bei jüngeren Frauen in den neuen und alten Bundesländern eher angleichen.⁴⁹ Die Unterschiede sind dahingehend zu suchen, ob Frauen in urbanen oder in ländlichen Räumen leben bzw. woher sie stammen. Das Alter der Frauen in den neuen Ländern wird daher als ein Indikator für die Adaption der Wende in der biografischen Entwicklung betrachtet.

Für die Untersuchung der Repräsentanz der Frauen in der Kommunalpolitik in den neuen Ländern ist es erforderlich zu wissen, wer diese Frauen sind und ob die Sozialisation in den neuen Ländern ihr kommunalpolitisches Engagement beeinflusst. Der Indikator „Alter“ ist relevant für die Untersuchung. Bei der Gesamterhebung werden das arithmetische Mittel und der Median als Kennzahlen zum Indikator „Alter“ ausgewiesen.

2.4.4. Indikator berufliche Qualifikation

Der Indikator „berufliche Qualifikation“ ist relevant, da verschiedene Forschungsstudien zeigen, dass die berufliche Qualifikation von Kommunalpolitikerinnen Einfluss auf das kommunalpolitische Engagement haben.⁵⁰ So sind viele kommunalpolitisch engagierte Frauen berufstätig. In einigen Studien wird ein Zusammenhang zwischen einer beruflichen Tätigkeit der Frauen in Verwaltungen der Landkreise und Gemeinden und kommunalpolitischem Engagement hergestellt.

⁴⁸ Vgl. Hoecker (2008).

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Vgl. z. B. Holtkamp u.a. (2009), Kletzing (2009) und Kletzing / Lukoschat/ Wenzl (2010).

Die Vereinbarkeit von Beruf, kommunalpolitischem Engagement und Privatleben spielt auch eine Rolle für die Repräsentanz der Frauen in den unterschiedlichen kommunalen Ebenen. Hier wird in den vorliegenden Studien festgestellt, dass es Unterschiede zwischen ehrenamtlich und hauptamtlich kommunalpolitisch engagierten Frauen gibt.

Diese Zusammenhänge werden in der Gesamterhebung durch die Erfassung der beruflichen Qualifikation der Frauen in der Kommunalpolitik erhoben. Bei der Gesamterhebung werden fünf Qualifikationsstufen ausgewiesen: keine Ausbildung, Berufsausbildung, Fachhochschule/Meister/Bachelor und Universitätsabschluss.

2.4.5. Bestimmung der Grundgesamtheit

Ein Ziel der Studie ist die Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern. Gemäß Auftrag sollen Städte, Kommunen und Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern vollständig erfasst werden. Aufgrund der Ausrichtung des Forschungsprojekts wurde der Untersuchungsgegenstand wie folgt eingegrenzt:

- ▶ Erhebung in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Das Bundesland Berlin wurde aufgrund der Einwohnerzahl und der damit verbundenen spezifischen Rahmenbedingungen nicht berücksichtigt.
- ▶ Alle Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern wurden nicht berücksichtigt.⁵¹
- ▶ Kreisfreie Städte bleiben, aufgrund der Ausrichtung des Projekts auf kleinere Kommunen und Gemeinden sowie deren spezifischen Rahmenbedingungen, unberücksichtigt.⁵²

Für die Bestimmung der Grundgesamtheit wurden einander ergänzende Quellen verwendet: Daten des Statistischen Bundesamtes sowie der Statistischen Landesämter der neuen Bundesländer (siehe folgende Tabelle). Ziel war es, Informationen über die Einwohnerzahl, Zahl der Landkreise und Gemeinden zu ermitteln. Die Sekundärdaten wurden ausgewertet und miteinander abgeglichen.

Für die neuen Bundesländer bilden 58 Landkreise sowie 2.779 Gemeinden die zu erhebende Grundgesamtheit. Die folgende Tabelle 7 gibt einen Überblick über die Grundgesamtheit.

⁵¹ Ausgeschlossen wurden für

- Brandenburg: Potsdam, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt(Oder);
- Mecklenburg-Vorpommern: Greifswald, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Stralsund;
- Sachsen: Dresden, Leipzig und Chemnitz sowie die Städte Görlitz und Plauen;
- Sachsen-Anhalt: Magdeburg, Halle(Saale) und Dessau-Roßlau;
- Thüringen: Erfurt, Gera, Jena, Suhl, Eisenach und Weimar.

⁵² Ferner liegen für eine vergleichende Darstellung kreisfreier Städte nur sehr wenige Fallzahlen vor.

Tabelle 7: Grundgesamtheit

Bundesland	Anzahl an Landkreisen	Gemeinden							
		Davon... mit...bis unter...Einwohner							
		insgesamt	unter 500	500-1.000	1.000-2.000	2.000-3.000	3.000-5.000	5.000-10.000	10.000-50.000
Brandenburg	14	415	16	130	76	30	42	56	65
Mecklenburg-Vorpommern	6	788	274	270	112	37	37	30	18
Sachsen	10	453	1	8	86	91	106	97	64
Sachsen-Anhalt	11	216	0	16	63	20	15	44	58
Thüringen	17	907	373	215	114	71	68	39	27
Insgesamt	58	2.779	664	639	451	249	268	265	232
Quellen: Statistisches Bundesamt, Stand: 30.06.2012; Statistisches Landesamt Berlin Brandenburg, Stand: 31.12.2011, Statistisches Landesamt Mecklenburg Vorpommern, Stand: 31.12.2011; Statistisches Landesamt Sachsen, Stand: 31.12.2011; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Stand: 31.12.2011; Statistisches Landesamt Thüringen, Stand: 31.12.2011									

2.4.6. Bestimmung der Vergleichsgruppe

Für eine Einordnung der Ergebnisse für die neuen Bundesländer und zum Vergleich erfolgte eine Internetrecherche zu ausgewählten Städten/Gemeinden und Landkreisen westdeutscher Länder. Gemäß Auftrag ist der Vergleich nicht repräsentativ vorzunehmen. Aus den Recherchen geht hervor, dass Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz eine ähnliche kommunalpolitische Struktur aufweisen, wie die für den Forschungsgegenstand relevanten Bundesländer.

Es wurde jeweils ein ausgewählter Landkreis in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ausgewählt. Auswahlkriterien waren die kommunalen Strukturen sowie die Bevölkerungszahl. Damit wurde sichergestellt, dass vergleichbare Städte, Gemeinden und Landkreise verwendet werden. Infolgedessen wurden der schleswig-holsteinische Landkreis Steinburg und der rheinland-pfälzische Landkreis Mainz-Bingen als Vergleichsgruppe herangezogen.

2.4.7. Vorgehen bei der Gesamterhebung

Die Grundgesamtheit der zu erhebenden Ebenen beträgt 3.188 Einheiten: 58 Landkreise und 2.779 Gemeinden sowie 351 Verbände, Ämter, Verwaltungsgemeinschaften. Bei der Gesamterhebung waren als Herausforderung für die Erhebung folgende Faktoren zu berücksichtigen:

- ▶ Drei zu erfassende Ebenen,
- ▶ Große Anzahl an Kreisen, Gemeinden und Kommunen,
- ▶ Unterschiedliche kommunale Strukturen zwischen den Bundesländern,
- ▶ Unterschiedliche Qualität und Umfang an vorhandenen Daten bzw. an zu erhebenden Daten,

- ▶ Unterschiedlicher Umfang der Informationen, insbesondere zu Qualifikation, Familienstand und Alter und⁵³
- ▶ Unterschiedliche Aktualität der Sekundärstatistiken. Zum Teil lagen nur Informationen aus den Jahren vor, in denen Kommunalwahlen stattfanden. Des Weiteren wurden die neuen Gebietsstände, z. B. für Mecklenburg-Vorpommern, aktualisiert.

Die Erhebung erfolgte mittels Daten der Statistischen Landesämter (siehe Tabelle 7), in einem zweiten Schritt mittels Internetrecherche. Sofern Daten der Statistischen Landesämter für die jeweiligen Ebenen vorlagen, wurden diese mit denen per Internetrecherche erhobenen Informationen abgeglichen. Um die Aktualität der Erhebung sicher zu stellen, wurden aktuellere Daten per Internetrecherche angepasst.

In einem weiteren Schritt wurden Daten des Statistischen Bundesamtes, der amtlichen Statistiken der Bundesländer, der Statistischen Landesämter und der Landeswahlämter als Sekundärstatistiken herangezogen und analysiert. Die Erhebung begann mit einer Anfrage aller für die Gesamterhebung definierten Daten bei den Statistischen Landesämtern und bei den Wahlleitern der jeweiligen Bundesländer (siehe Anlage 1). Die Anfrage umfasste die Verfügbarkeit der Indikatoren für die relevanten Ebenen und Positionen. Die Qualität der zur Verfügung gestellten Daten war im Vergleich der Bundesländer und Ebenen sehr verschieden. Insgesamt sind die zur Verfügung gestellten Informationen nach Ebene und Position sehr lückenhaft (Ausnahme Sachsen-Anhalt) und somit nur bedingt oder nicht vergleichbar. Im Rahmen der Ergebnisdarstellung zur Gesamterhebung (siehe Kapitel 3) werden diese Lücken mit „keine Angaben/unbesetzte Positionen“ gekennzeichnet. D. h. zu entsprechenden Positionen und Merkmalen waren keine Angaben und Informationen, weder über die Statistischen Landesämter noch mittels Internetrecherche, verfügbar.

Um dem zu begegnen, wurden Informationen zu den Ebenen, Indikatoren und soziodemografischen Merkmalen erhoben. Es erfolgte eine Erhebung für die verschiedenen Ebenen, bei denen Indikatoren und soziodemografische Merkmale, soweit diese öffentlich zur Verfügung standen, erhoben wurden. Die Erhebungen fokussierten vorrangig auf die Daten, die auf den jeweiligen Homepages von Landkreisen, Verbänden bzw. Ämtern und Gemeinden der einzelnen Bundesländer zur Verfügung standen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick, wie viele Landkreise, Ämter/Verbände bzw. Verbundverwaltungen und Gemeinden mittels Daten der Statistischen Landesämter bzw. Internetrecherche erhoben werden konnten.⁵⁴

⁵³ Für Sachsen-Anhalt liegen entsprechende und vergleichbare Informationen vor. Für Sachsen liegen für die Ebene der Gemeinden und der BürgermeisterInnen entsprechende Informationen vor.

⁵⁴ Für Thüringen wurden Daten und Informationen für 901 Gemeinden zu einem Stichtag identifiziert und erhoben. Die neuen Länder sind durch Gebietsänderungen in den vergangenen Jahren geprägt. Unterschiede zwischen den Grundgesamtheiten (siehe Tabelle 7) und den identifizierten Daten (siehe Tabelle 8) im Rahmen dieser Erhebung sind in den Gebietsänderungen begründet.

Tabelle 8: Recherchierte Ebenen nach Bundesländern

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden*	Anzahl Ortsteile (schätzungsweise)**	Anzahl*** Gesamt
Brandenburg	14	53	415	1.696	482
Mecklenburg-Vorpommern	6	77	788	1.079	871
Sachsen	10	89	453	1.626	552
Sachsen-Anhalt	11	18	216	1.300	245
Thüringen	17	114	901	1.707	1.032
Insgesamt	58	351	2.773	7.408	3.182
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten ** Daten wurden nicht erhoben *** Summe Spalte 2 bis 4					Quelle: Eigene Erhebung

Folgende Aussagen zur Gesamterhebung können gemacht werden:

- ▶ Auf der Kreisebene sind alle Informationen über die Mitglieder, deren Geschlecht, Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit und Ausschussvorsitz verfügbar. Die Inhalte der Homepages werden in vielen Fällen regelmäßig aktualisiert, sind jedoch nicht bei allen Gemeinden auf dem aktuellen Stand.
- ▶ Auf Ebene der Verbundverwaltungen/Ämter und Gemeinden sind vergleichbare Informationen zu Geschlecht und Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit verfügbar.
- ▶ Soziodemografische Daten sind - abgesehen von der Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit - im Internet kaum und dann nicht repräsentativ verfügbar. Je niedriger die Ebene, desto weniger Daten stehen bereit. In der Regel sind auch keine Mitglieder der Gremien zu ermitteln.
- ▶ Alle Mitglieder der ausgewählten Gremien und Inhaber aller oben genannten Positionen auf Gemeinde-, Verbands- bzw. Amts- und Kreisebene der neuen Bundesländer wurden anhand der festgelegten Indikatoren (siehe Punkt 2) erhoben. Die entsprechenden Positionen werden als Anteil der Männer und Frauen (absolut und relativ) an der Gesamtzahl erhoben.

2.5. Qualitative Interviews und Reflexionsworkshop

Durch die Analyse relevanter Studien und die Gesamterhebung werden die für das Forschungsprojekt wichtigen Ergebnisse analysiert und zusammengetragen. Um die Ergebnisse der Gesamterhebung weiter zu vertiefen sowie noch offene Fragestellungen bzgl. der Arbeitshypothesen zu weiteren Themenkomplexen zu bearbeiten, werden 30 qualitative Interviews durchgeführt.

Auf diese Weise werden die Arbeitshypothesen untersucht und abschließend qualitativ herausgearbeitet, wie kommunalpolitisches Engagement von Frauen gefördert werden kann und ob kommunalpolitisches Engagement einen Haltefaktor darstellt. Auf Basis dieser Ergebnisse wurde herausgearbeitet, wie die Partizipation von Frauen auf kommunaler Ebene verstärkt werden kann, um das kommunalpolitische Engagement von Frauen nachhaltig zu stärken.

2.5.1. Vorgehen

Die aus dem Desk Research und der Gesamterhebung abgeleiteten Arbeitshypothesen wurden in folgende Themenblöcke eingeordnet:

- ▶ Biografische Entwicklung und soziodemografische Merkmale,
- ▶ Einflussfaktoren auf das kommunalpolitische Engagement und
- ▶ Regionale Rahmenbedingungen.

Die nachfolgenden Themenblöcke und hieraus abgeleiteten 14 Themenkomplexe im Interviewleitfaden wurden, aufgrund der Analysen im Desk Research und den Ergebnissen der Gesamterhebung, identifiziert. Die Themenblöcke bilden in Verbindung mit den Arbeitsthese die Grundlage für die Fragestellungen im Leitfaden:

- ▶ Biografie und soziodemografische Merkmale
 - Alter, Familienstand, Kinder und Ausbildungsabschluss
 - Erwerbsbiografie
 - Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben
 - Herkunft (aus den neuen Ländern)
- ▶ Einflussfaktoren auf das kommunalpolitische Engagement
 - Kommunalpolitische Position
 - Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei
 - Bedeutung des kommunalpolitischen Engagements und Motivation
 - Hindernisse für kommunalpolitisches Engagement und Motivation
 - Zukunftsperspektive für kommunalpolitisches Engagement
 - Relevanz des zivilgesellschaftlichen Engagements
- ▶ Regionale Rahmenbedingungen
 - Relevanz der Arbeitsmarktchancen in der Region
 - Relevanz der Angebote der Infrastruktur der Region
 - Relevanz der Lebensqualität der Region

Der Leitfaden wurde mit der direkten Frage, ob kommunalpolitisches Engagement als eigenständiger Haltefaktor für den Verbleib in der Region gesehen werden kann, abgeschlossen.

2.5.2. Auswahl der Interviewpartnerinnen

Im Rahmen der qualitativen Erhebung wurden 30 Kommunalpolitikerinnen anhand des Leitfadens interviewt. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Desk Researchs und der Ergebnisse der Gesamterhebung sollten folgende Kriterien bei der Auswahl der Interviewpartnerinnen idealerweise repräsentiert sein:⁵⁵

- ▶ die fünf neuen Bundesländer sowie die drei kommunalen Ebenen,
- ▶ definierte Positionen und Mandate (inklusive ehren- oder hauptamtlicher Funktion) und
- ▶ Frauen verschiedener Altersstufen.

Die Interviews erfolgten telefonisch oder vor Ort bei den Kommunalpolitikerinnen, je nach Absprache, Präferenz und Verfügbarkeit der Interviewpartnerin. Während des Interviews wurden die Antworten zu den geschlossenen und skalierten Fragen als auch die Antworten zu den offenen Fragen erfasst, im jeweiligen Interviewbogen dokumentiert und zusammengefasst. Die jeweiligen Antworten wurden anschließend in einer übergreifenden Auswertungsmatrix systematisch erfasst. Diese Art der Erfassung und Zusammenfassung der verschiedenen Interviewergebnisse ermöglichte eine Vergleichbarkeit und nachvollziehbare Bewertung der Antworten und Argumente, wie im Folgenden vertiefend erläutert wird.

2.5.3. Auswertung der Interviews

Festzuhalten ist, dass für die Auswertung von Antworten bei offenen Fragen und bei Vorliegen einer größeren Anzahl von auszuwertenden Interviews eine systematische Vorgehensweise notwendig ist. Um diesem Rechnung zu tragen, wurde die Methode der „Indexierung“ sowie der Einteilung der Antworten bzw. Antwortmuster in Cluster und Typen angewandt.⁵⁶ Mit Hilfe dessen können die Aussagen der Interviewpartnerinnen einzelnen Thesen der Studie zugewiesen, eingeordnet und bewertet werden.⁵⁷

Die Auswertung der Interviews erfolgte mittels Auswertungsmatrix. Die Auswertungsmatrix beinhaltete die jeweiligen Antworten aller Interviewpartnerinnen. Für die Auswertung wurden die Daten anonymisiert.

Nachdem alle 30 Interviews durch die Erfassung in der Auswertungsmatrix dokumentiert wurden, wurden die Antworten auf die geschlossenen und skalierten Fragen aggregiert und so die Ergebnisse generiert. Die ermittelten Ergebnisse wurden aufbereitet und zusammengefasst.

Die jeweiligen Antworten auf die offenen Fragen wurden hierbei indexiert. Das bedeutet, dass ähnliche Argumente und/oder Antworten zu einer offenen Frage unter Schlagworten erfasst wurden.

⁵⁵ Die Auswahl stellt selbst keine repräsentative Stichprobe dar. Die Auswahl ist auch geprägt durch die Bereitschaft von Kommunalpolitikerinnen am Interview teilzunehmen.

⁵⁶ Zur Auswertung von qualitativen Interviews vgl. Lamnek, S., 2005, und Mayer, H. O., 2006.

⁵⁷ Eine Clusterung und Typisierung ermöglicht die systematische Auswertung von Antworten zu offenen Fragen. Im Ergebnis steht für jeden der 14 Themenkomplexe die zugeordneten Argumenten bzw. Antworten fest.

Anschließend erfolgte eine Clusterung⁵⁸ der Schlagworte⁵⁹, um verdichtete Antworten und Argumente abzuleiten. Die Clusterung in der Studie wurde durch die Gruppierung aller Antworten zu einem der 14 Themenkomplexe gekennzeichnet. Diese Art der Kategorisierung wurde durch offene Fragestellungen und verschiedenen Qualitäten der Antworten erforderlich.

Mit den gewonnenen Erhebungsergebnissen wurden die Hypothesen beurteilt.

2.5.4. Reflexionsworkshop

Ein Reflexionsworkshop dient als qualitatives Instrument, um die Ergebnisse des Forschungsvorhabens vorzustellen und diese zu diskutieren.

Durch die Zusammenführung von ausgewählten WissenschaftlerInnen, FachkollegInnen und Frauen aus der Kommunalpolitik sowie VertreterInnen der Länder und des Bundes wurde im Rahmen eines Workshops eine Diskussion über Maßnahmen und Aktivitäten zur Förderung von kommunalpolitischem Engagement geführt. In den Diskurs flossen Erfahrungswerte aus den neuen Bundesländern und die bisher vorliegenden vorläufigen Ergebnisse des Forschungsprojekts ein. Der Reflexionsworkshop zielte darauf ab:

- ▶ die Aufgabe, die Zielstellungen sowie das gewählte Vorgehen der Studie aufzuzeigen,
- ▶ wesentliche und bis dahin vorliegende Ergebnisse der Studie zu präsentieren und einen ersten Ergebnistransfer sicherzustellen,
- ▶ ausgewählten Stakeholdern und Beteiligten die Gelegenheit zur Partizipation zu geben,
- ▶ eine Außenperspektive zur Förderung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen einzuholen und
- ▶ die Diskussion von Schlussfolgerungen für die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen zur Förderung von kommunalpolitischen Engagements zu vertiefen.

Die Ergebnisse dieses Workshops wurden als wissenschaftlicher Input genutzt, auf den sich Handlungsempfehlungen stützen können. Die Ergebnisse des Workshops wurden ergebnisorientiert in die Berichtserstellung des Forschungsvorhabens aufgenommen.

⁵⁸ Inwieweit zu jedem Themenkomplex eine Clusterung erfolgt ergibt sich aus der Auswertung der Fragestellung.

3. Ergebnisse der Gesamterhebung von Frauen in den Bundesländern

Es wurde eine Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern für die Ebenen Landkreis, Verbund-/Verwaltungsgemeinden/Ämter sowie der Gemeinden durchgeführt. Diese Gesamterhebung umfasst alle Kreise, Verbands-/Verbundgemeinden bzw. Ämter sowie Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern. Zum Vergleich und zur Einordnung wurden Daten ausgewählter Kreise, Verbände und Gemeinden in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein erhoben.

Als Indikatoren zur Bestimmung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen wurden folgende Schlüsselpositionen verwendet:

- ▶ Kreisebene:
 - Hauptamtliche LandrätIn
 - ehrenamtliche Kreistagsmitglieder
 - Kreisvorsitz
 - Ausschussvorsitz⁶⁰
 - Fraktionsvorsitz
- ▶ kleine amtsangehörige Gemeinden:
 - Hauptamtliche BürgermeisterIn der Verbundverwaltung⁶¹
 - Ehrenamtliche BürgermeisterIn der kleinen amtsangehörigen Gemeinden oder Ortsvorsteher⁶²
 - Ausschussvorsitz des Amtsausschusses
- ▶ Gemeindeebene
 - BürgermeisterIn
 - Mitglieder der Gemeindevertretung oder sonstige durch die Gemeindevertretung benannte Bürger⁶³
 - Gemeindevertretungsvorsitz⁶⁴
 - Ausschussvorsitz⁶⁵
 - Fraktionsvorsitz

Einen weiteren Indikator bildet die Aggregation von Spitzenpositionen, differenziert nach den Ebenen: Kreis, Verbundverwaltung und Gemeinde. Abweichungen in der Summe ergeben sich durch Rundungen der Einzelwerte.

Die Darstellung basiert auf der Erhebung mittels Internetrecherche.⁶⁶ Die ausgewiesenen Werte sind gerundet. Abweichungen in der Summe ergeben sich durch Rundungen der Einzelwerte.

⁶⁰ Im Folgenden wird die Position Vorsitz des Hauptausschusses dargestellt.

⁶¹ AmtsdirektorIn, AmtsvorsteherIn, Verbandsvorsitz, Vorsitz Verwaltungsgemeinschaft, VerbandsbürgermeisterIn.

⁶² Verbandsversammlung, Amtsausschuss, Gemeinschaftsausschuss, VerbandsgemeinderatIn, Gemeinschaftsvorsitz.

⁶³ Gremien („Gemeindevertretung“ bzw. „Stadtverordnetenversammlung“, „Gemeinderat“ bzw. „Stadtrat“).

⁶⁴ Gremium („Vorsitz der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordneter“, „Vorsitz Gemeinderat“ bzw. „Vorsitz Stadtrat“).

⁶⁵ Im Folgenden wird die Position Vorsitz des Hauptausschusses dargestellt.

⁶⁶ Für eine ausführliche Darstellung siehe Kapitel 2.2.

3.1. Brandenburg

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten ist Basis für die vorliegende Analyse für Brandenburg und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.4.7.)

Angaben zur Qualifikation, Alter und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Gesamterhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nicht ermitteln.⁶⁷

Tabelle 9: Recherchierte Ebenen und Daten in Brandenburg

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl, Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden*	Anzahl Gesamt *
Brandenburg	14	53	415	482
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.1.1. Ebene der Landkreise

Für das Bundesland Brandenburg wurden auf Ebene der Landkreise die Positionen Landräte, ehrenamtliche Kreistagsmitglieder, Kreistags-, Ausschuss- sowie Fraktionsvorsitzende erhoben. Einen Überblick gibt Abbildung 1.

Das Bundesland Brandenburg umfasst 14 Landkreise, die von 14 hauptamtlichen LandrätInnen regiert werden. Hierbei handelt es sich um 14 Männer. Die Frauenquote beträgt 0 %.⁶⁸

In den Kreistagen der Landkreise sitzen 744 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder. Unter den Kreistagsmitgliedern befinden sich 178 Frauen und 566 Männer. Die korrespondierenden relativen Werte betragen 23,9 % für Frauen und 76,1 % für Männer.⁶⁹

Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit für Frauen zeigt sich, dass 92,7 % der 178 Frauen etablierten Parteien angehören. 7,3 % der Frauen sind in nicht-etablierten Parteien Mitglied.

Erhoben wurde auch der Anteil von Frauen in relevanten Positionen in den jeweiligen Landkreisen:

- ▶ Die Position des Ausschussvorsitzes wird in allen Kreistagen Brandenburgs von Männern besetzt. Der Frauenanteil beträgt 0 %.
- ▶ Den Kreistagsvorsitz haben zwei Frauen und 12 Männer inne. Dies entspricht einer Frauenquote von 14,3 %.
- ▶ Ferner wurden 78 Fraktionsvorsitzende für die Kreistage in Brandenburg ermittelt. Von diesen waren 12 durch Frauen besetzt. Das entspricht einem relativen Anteil in Höhe von 15,4 %. 66 Personen bzw. 84,6 % der Fraktionsvorsitze werden von Männern geführt.

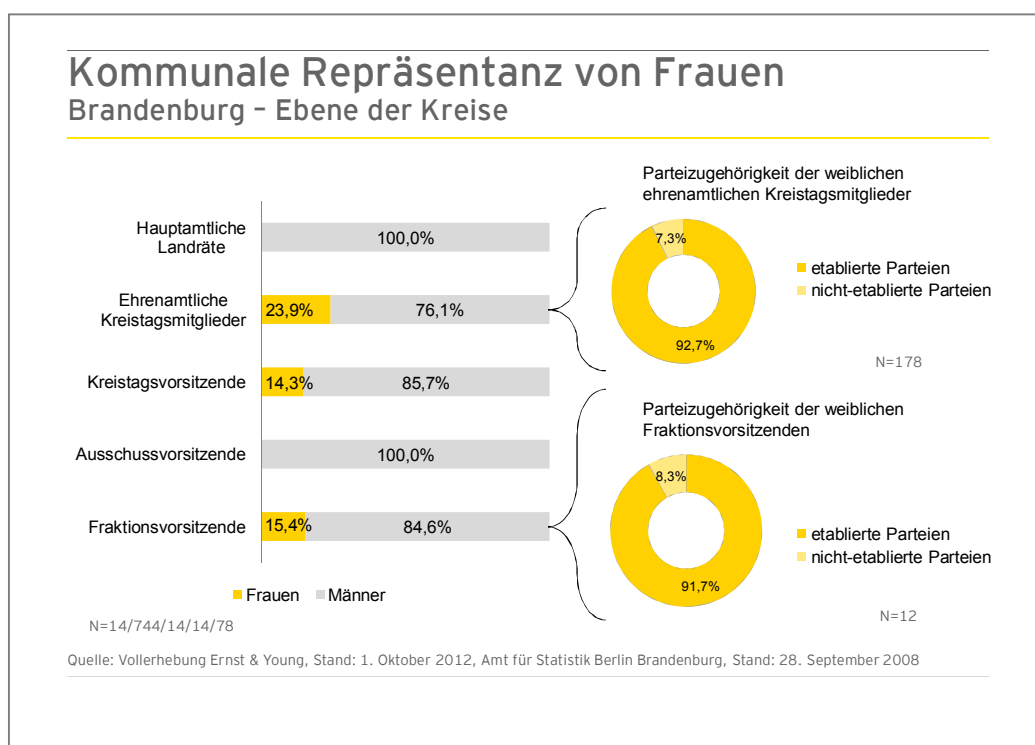
⁶⁷ Daten und Informationen des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

⁶⁸ Vergleiche der recherchierten Daten und des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg kommen zu gleichen Ergebnissen.

⁶⁹ Ebenda.

Angaben zur Parteizugehörigkeit der weiblichen Fraktionsvorsitzenden (N=78) konnten für die Fraktionsvorsitzenden erhoben werden. Es zeigt sich, dass 92,7 % (N=11) der weiblichen Fraktionsvorsitzenden etablierten Parteien angehören. Weitere 7,3 % der Frauen (N=1) sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen.

Abbildung 1: Brandenburg - Ebene der Kreise



3.1.2. Ebene der Verwaltungsverbände

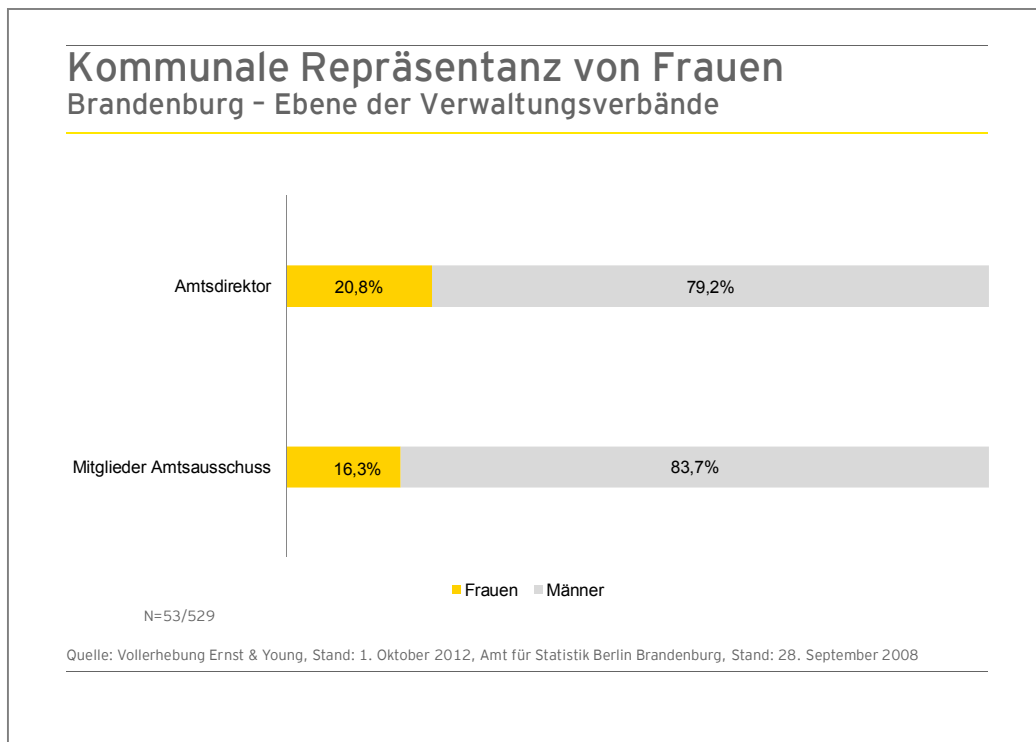
Für das Bundesland Brandenburg wurden 53 Ämter identifiziert. Es wurden die Positionen der AmtsdirektorIn und der Mitglieder in den Amtsausschüssen erhoben (Abbildung 2).

11 der 53 Ämter werden von Frauen geführt. Das entspricht einem Anteil an allen AmtsdirektorInnen von 20,8 %. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der Frauen und ihrem Alter liegen keine Angaben vor.

Als Mitglieder der Amtsausschüsse wurden insgesamt 529 Personen identifiziert. Hiervon sind 86 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 16,3 % entspricht. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der Frauen und ihrem Alter liegen zu keiner der Personen Angaben vor.⁷⁰

⁷⁰ Daten und Informationen des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

Abbildung 2: Brandenburg – Ebene der Verbandsverwaltungen



3.1.3. Ebene der Gemeinden

In Brandenburg wurden 415 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern für die Analyse berücksichtigt.⁷¹ Es wurden die Positionen BürgermeisterIn, Mitglieder der Gemeindevertretung oder der Stadtverordnetenversammlung, Vorsitzende der Gemeindevertretung oder der Stadtverordnetenversammlung sowie der Ausschuss- und der Fraktionsvorsitz erhoben (siehe Abbildung 3).

In 63 der 415 Gemeinden amtieren Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 15,2 %.⁷² Der Anteil der Männer beträgt 81,9 %. Für die restlichen 2,9 % liegen entweder keine Angaben vor bzw. sind diese Positionen nicht besetzt. Angaben zur Parteizugehörigkeit der 63 Frauen liegen nur für 8,0 % der Frauen in der Position Bürgermeisterin vor. 4,8 % der Bürgermeisterinnen sind etablierten und weitere 3,2 % nicht-etablierten Parteien angehörig.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 5.692 Mitglieder der Gemeindevertretungen oder der Stadtverordnetenversammlung ermittelt. 1.371 Personen davon waren Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 24,1 %, weitere 4.312 bzw. 75,8 % waren Männer.

Die Parteizugehörigkeit der 1.371 Frauen zeigt, dass sich 46,2 % (N=634) der Frauen in etablierten Parteien engagieren. 27,8 % (N=383) sind in nicht-etablierten Parteien tätig. Für 26,0 % (N=354) der Mandatsträgerinnen liegen keine Angaben vor.

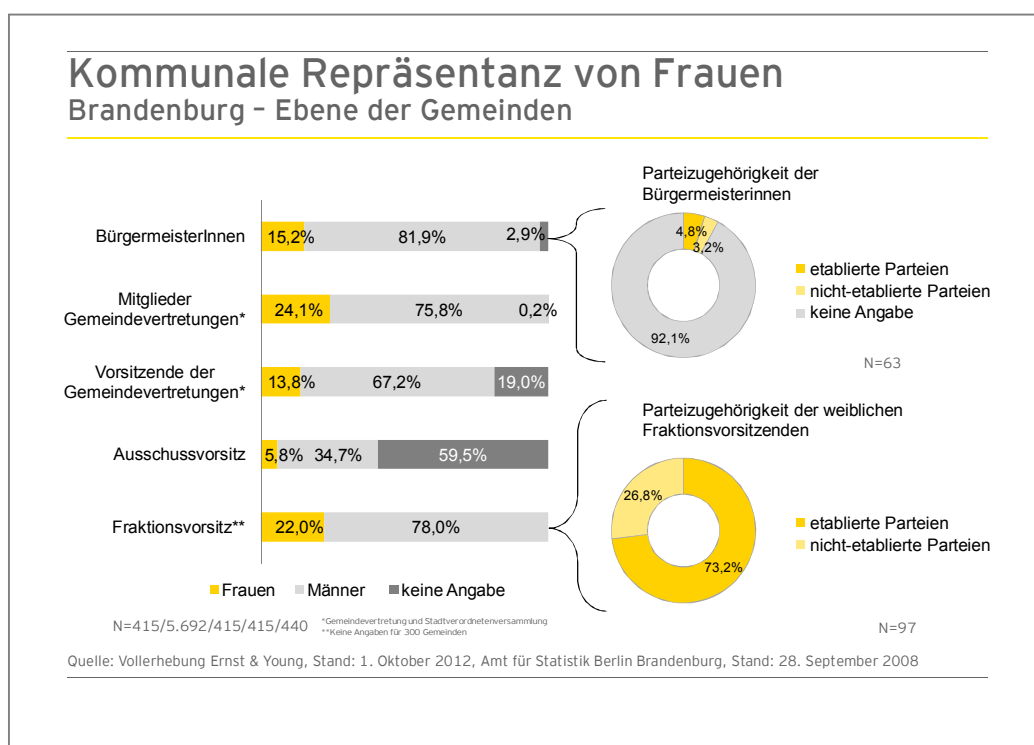
⁷² Daten und Informationen des Amtes für Statistik Berlin Brandenburg und Landeswahlleitungen liegen hierzu nicht vor.

Der Vorsitz der Gemeindevertretung oder Stadtverordnetenversammlung der 415 Gemeinden hatten 279 Männer (67,2 %) und 57 Frauen (13,8 %) inne. Für 19,0 % (N=79) waren keine Angaben ermittelbar bzw. die Position des Vorsitzes war unbesetzt. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit der 57 Frauen zeigt sich, dass 29,8 % (N=17) der weiblichen Vorsitzenden den etablierten Parteien angehören, 8,8 % (N=5) der nicht etablierten Parteien. Für 61,4 % (N=35) liegen keine Angaben vor.⁷³

Den Ausschussvorsitz in den Gemeinden nehmen zu 34,7 % der Männer wahr (N=144) und zu 5,8 % Frauen (N=24). Für 59,5 % (N=247) der Ausschussvorsitze liegen keine Angaben vor oder diese sind vakant.⁷⁴ Zur Parteizugehörigkeit liegen nur für 12,5 % (N=3) der Personen Informationen vor. 4,2 % sind in etablierten, 8,3 % in nicht-etablierten Parteien tätig.

In 114 der 415 Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen sind die Mitglieder in 440 Fraktionen organisiert.⁷⁵ In 343 Fällen leiten Männer den Fraktionsvorsitz. Das entspricht 78,0 %. Weitere 97 Personen bzw. 22,0 % sind weibliche Vorsitzende. Diese sind zu 73,2 % (N=71) in etablierten Parteien und zu 26,8 % (N=26) in nicht-etablierten Parteien tätig.

Abbildung 3: Brandenburg - Gemeindeebene



⁷³ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

⁷⁴ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

⁷⁵ Zu 300 Gemeinden konnten keine Angaben ermittelt werden.

3.1.4. Spitzenpositionen

Ergänzend werden im Folgenden die jeweiligen Repräsentanzen aggregiert. Ziel ist es, Aussagen zu treffen, hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vergleich zu Mandatsträgerinnen in Gremien. Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in allen Gremien gegenübergestellt. Es wurde abschließend die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert.

Die Tabelle 10 gibt einen Überblick.

Tabelle 10: Spitzenpositionen in Brandenburg

Gesamt Brandenburg	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	120	100,0	106	88,3	14	11,7	0	0,0
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene</i>	744	100,0	566	76,1	178	23,9	0	0,0
Spitzenpositionen <i>Verwaltungsverbände</i> ebene	53	100,0	42	79,2	11	20,8	0	0,0
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Verwaltungsverbände</i> ebene	529	100,0	443	83,7	86	16,3	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	1.685	100,0	1.106	65,6	241	14,3	338	20,1
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeinde</i> ebene	5.692	100,0	4.312	75,8	1.371	24,1	9	0,2
Spitzenpositionen	1.858	100,0	1.254	67,5	266	14,3	338	18,2
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	6.965	100,0	5.321	76,4	1.635	23,5	9	0,1

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen in den drei Verwaltungsebenen: Kreis, Verwaltungsverband und Gemeinde mit den jeweiligen Gremien zeigt, dass Frauen mit einem höheren Anteil in Gremien, wie dem Kreistag und der Gemeindevertretung, vertreten sind als in Spitzenpositionen wie Landrat, Ausschussvorsitz oder Fraktionsvorsitz. Eine Ausnahme bildet die Ebene Verwaltungsverband. Hier liegt der Anteil der Frauen mit 20,8 % in Spitzenpositionen über dem Anteil von Frauen in den Amtsausschüssen (16,3 %).

In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (14,3 %) seltener vertreten sind als in Gremien (23,5 %).

3.1.5. Zusammenfassung zu Brandenburg

Die Tabelle 11 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der vorangegangenen Betrachtungen:⁷⁶

Tabelle 11: Repräsentanz von Frauen in Brandenburg - aggregiert

Ebene Kreise	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	Etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Landrat	14	100,0	14	100,0	0	0,0	0	0	0,0	0,0	0,0
Kreistagsmitglied	744	100,0	566	76,1	178	23,9	0	0	92,7	7,3	0,0
Kreisvorsitz	14	100,0	12	85,7	2	14,3	0	0	100,0	0,0	0,0
Ausschussvorsitz	14	100,0	14	100,0	0	0,0	0	0	0,0	0,0	0,0
Fraktionsvorsitz	78	100,0	66	84,6	12	15,4	0	0	91,7	8,3	0,0
Gesamt	864	100,0	672	77,8	192	22,2	0	0	92,7	7,3	0,0

Ebene Ämter	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	Etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Amtsleiter	53	100,0	42	79,2	11	20,8	0	0,0	0,0	0,0	100,0
Ausschussmitglied	529	100,0	443	83,7	86	16,3	0	0,0	0,0	0,0	100,0
Gesamt	582	100,0	485	83,3	97	16,7	0	0,0	0,0	0,0	100,0

Ebene Gemeinden	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Bürgermeisterin	415	100,0	340	81,9	63	15,2	12	2,9	4,8	3,2	92,1
Mitglieder Gemeindevertretung	5.692	100,0	4.312	75,8	1.371	24,1	9	0,2	46,2	27,9	25,8
Gemeinderatsvorsitz	415	100,0	279	67,2	57	13,8	79	19,0	29,8	8,8	61,4
Ausschussvorsitz	415	100,0	144	34,7	24	5,8	247	59,5	4,2	8,3	87,5
Fraktionsvorsitz	440	100,0	343	78,0	97	22,0	0	0,0	73,2	26,8	0,0
Gesamt	7.377	100,0	5.418	73,5	1.612	21,9	347	4,7	45,0	25,9	29,0

⁷⁶ Für weitere Daten verweisen wir u. a. auf die Anlage Datensammlung/Datenbuch Abschnitt 2.1 bis 2.4.

Die Auswertung und Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Frauen sind im Vergleich zu Männern auf allen drei der untersuchten Ebenen der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert.
- ▶ Für die Ebene der Kreise und Gemeinden ist festzustellen, dass:
 - Frauen auf Ebene der Landrätinnen gar nicht,
 - als Bürgermeisterinnen mit einem Anteil von 15,2 % und
 - auf Ebene der Verwaltungsverbände bei Amtsdirektorinnen mit einem Frauenanteil von 20,8 % am höchstenvertreten sind.
- ▶ Als Mitglieder in den Vertretungen sind Frauen auf Kreisebene mit einem Anteil von 23,9 %, auf Ebene der Ämter mit einem Anteil von 16,3 % und in den Gemeindevertretungen mit einem Anteil von 24,1 % tätig.
- ▶ Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigen die Ergebnisse, dass Frauen, die kommunalpolitisch in den drei Ebenen aktiv sind, vorrangig den etablierten Parteien angehören. Auffällig ist, dass der Anteil von Frauen, die in nicht-etablierten Parteien sind, auf Ebene der Gemeinden mit knapp 28 % deutlich höher ist als auf Ebene der Kreise.
- ▶ Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt deutlich, dass Frauen in Spitzenpositionen (14,3 %) seltener vertreten sind als in Gremien (23,5 %). Je höher die Ebene, desto seltener sind Frauen vertreten.

3.2. Mecklenburg-Vorpommern

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten ist Basis für die vorliegende Analyse für Mecklenburg-Vorpommern und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.4.7.)

Angaben zu Alter, Qualifikation und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Gesamterhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nur teilweise ermitteln.⁷⁷

Tabelle 12: Recherchierte Ebenen und Daten in Mecklenburg-Vorpommern

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl, Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden *	Anzahl Gesamt *
Mecklenburg-Vorpommern	6	77	788	871
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.2.1. Ebene der Landkreise

Für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wurden auf Ebene der Landkreise die Positionen Landräte, ehrenamtliche Kreistagsmitglieder, Kreistagspräsidenten, Ausschuss- sowie Fraktionsvorsitz erhoben. Die Abbildung 4 gibt einen Überblick.

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern umfasst sechs Landkreise. Zwei von sechs LandrätInnen sind Frauen. Der Frauenanteil beträgt 33,3 % (N=2). Beide Frauen sind etablierten Parteien angehörig. Der Altersdurchschnitt beider Frauen liegt bei 47,5 Jahren.

In den Kreistagen der Landkreise sitzen 422 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder, darunter 95 Frauen und 327 Männer. Der relative Frauenanteil beträgt 22,5 %, für Männer 77,5 %. Erhoben wurde, welche Parteizugehörigkeit sich für Frauen zeigt. 87,4 % (N=83) der Frauen sind bei etablierten Parteien und weitere 12,6 % (N=12) der Frauen sind bei nicht-etablierten Parteien zugehörig.

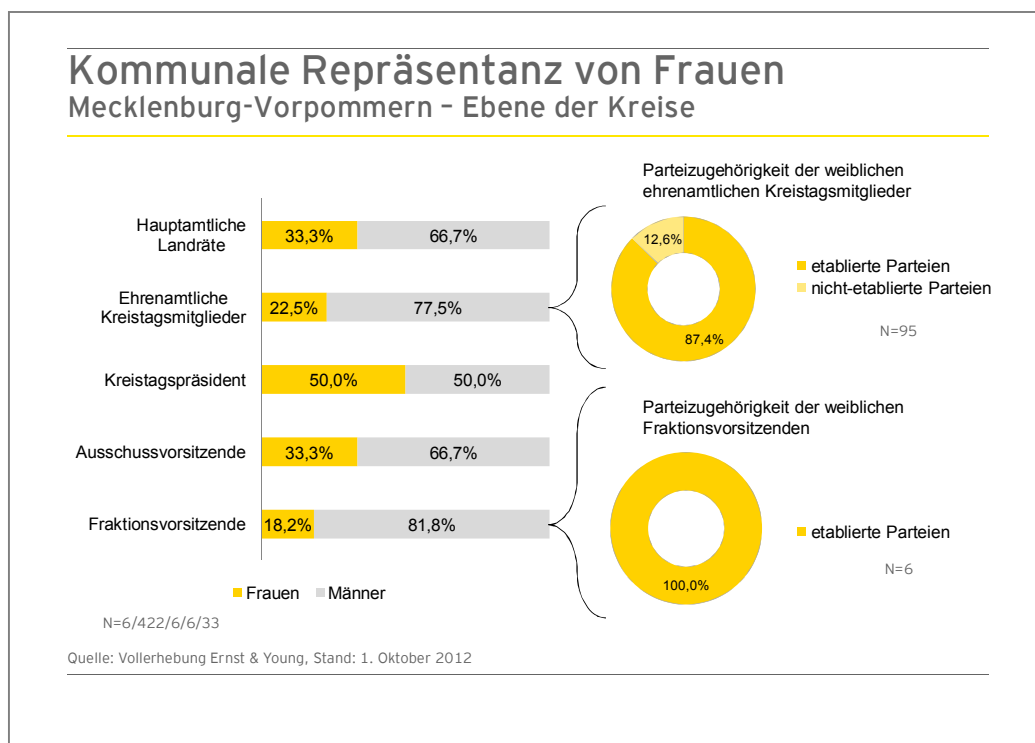
Erhoben wurden weitere Spitzenpositionen in den jeweiligen Landkreisen:

- ▶ Den Ausschussvorsitz haben zwei Frauen und vier Männer inne. Dies entspricht einer Frauenquote von 33,3 % (N=2).⁷⁸
- ▶ Die Positionen des Kreistagspräsidenten werden von jeweils drei Frauen und drei Männern besetzt. Der Frauenanteil liegt bei 50,0 %. Die Frauen sind in etablierten Parteien tätig.
- ▶ Es wurden 33 Fraktionsvorsitze für die Kreistage in Mecklenburg-Vorpommern identifiziert. Von den 33 Fraktionsvorsitzenden waren sechs Personen Frauen. Das entspricht einem relativen Anteil in Höhe von 18,2 %. 27 Personen bzw. 81,8 % waren Männer. Die Ergebnisse zeigen, dass alle weiblichen Fraktionsvorsitzenden etablierten Parteien angehören.

⁷⁷ Daten und Informationen des Amtes für Statistik und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

⁷⁸ Diese beiden Frauen sind im Durchschnitt 47,5 Jahre alt und etablierten Parteien angehörig.

Abbildung 4: Mecklenburg-Vorpommern – Ebene der Kreise



3.2.2. Ebene der Verwaltungsverbände

Für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wurden 77 Ämter identifiziert. Es wurden die Positionen der Amtsvorsteher und Mitglieder des Amtsausschusses erhoben.

Acht der 77 Ämter werden von Frauen geführt. Das entspricht einem Anteil von 10,4 %. Hinsichtlich der Parteiliche Zugehörigkeit liegen keine Angaben vor.⁷⁹ Einen Überblick gibt Abbildung 5.

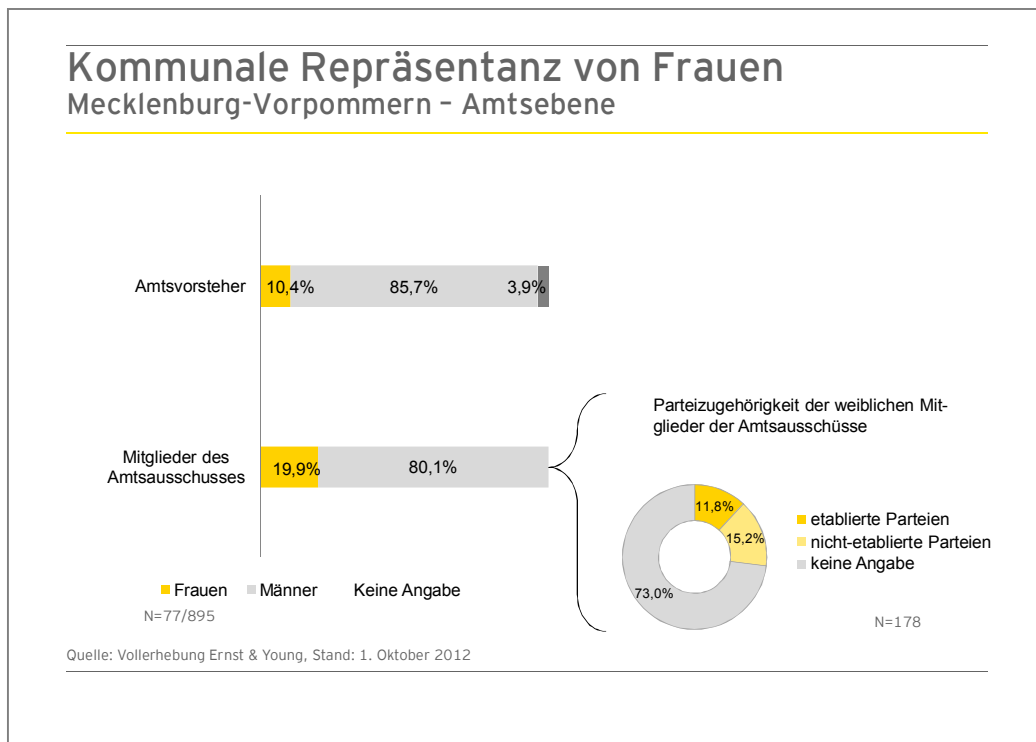
Als Mitglieder der Amtsausschüsse wurden insgesamt 895 Personen identifiziert.⁸⁰ Hiervon sind 178 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 19,9 % entspricht. Von diesen Frauen sind 11,8 % (N=21) in etablierten Parteien, weitere 15,2 % (N=27) sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen. Für 73,0 % (N=130) der Frauen lagen keine Informationen vor.⁸¹

⁷⁹ Daten und Informationen des Statistischen Amtes Mecklenburg Vorpommern liegen nicht vor.

⁸⁰ Für 15 Ämter liegen keine Informationen vor.

⁸¹ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Abbildung 5: Mecklenburg-Vorpommern – Amtsebene



3.2.3. Ebene der Gemeinden

In Mecklenburg-Vorpommern wurden 788 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern für die Analyse berücksichtigt. Es wurden die Positionen BürgermeisterIn, Mitglieder der Gemeindevertretung, Gemeindevertretungs-, Ausschuss- und Fraktionsvorsitz erhoben.

In 160 der 788 Gemeinden amtieren Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 20,3 %. Der Anteil der Männer beträgt 79,7 %. Angaben zur Parteiliche Zugehörigkeit liegen für 23,7 % (N=122) der Frauen vor. 12,5 % (N=20) der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 11,3 % (N=18) nicht-etablierten Parteien angehörig.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 5.833 Mitglieder der Gemeindevertretungen ermittelt.⁸² 1.503 Personen waren Frauen. Das entspricht einem Anteil von 25,8 % aller Mitglieder. 4.319 bzw. 74,0 % waren Männer. Die Parteiliche Zugehörigkeit der Frauen zeigt, dass 25,8 % (N=388) der Frauen etablierten Parteien angehörig sind, 22,7 % (N=341) nicht-etablierten Parteien. Für weitere 51,5 % (N=774) der Frauen liegen keine Angaben vor.⁸³

⁸² Für 116 Gemeinden liegen keine Informationen zu den Mitgliedern der Gemeindevertretung vor.

⁸³ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Der Gemeindevertretungsvorsitz der 788 Gemeinden wurde von 34 Männern (4,3 %) und vier Frauen (0,5 %) durchgeführt. Allerdings waren für 95,2 % (N=750) der Positionen keine Angaben ermittelbar bzw. war die Position des Vorsitzes unbesetzt.⁸⁴

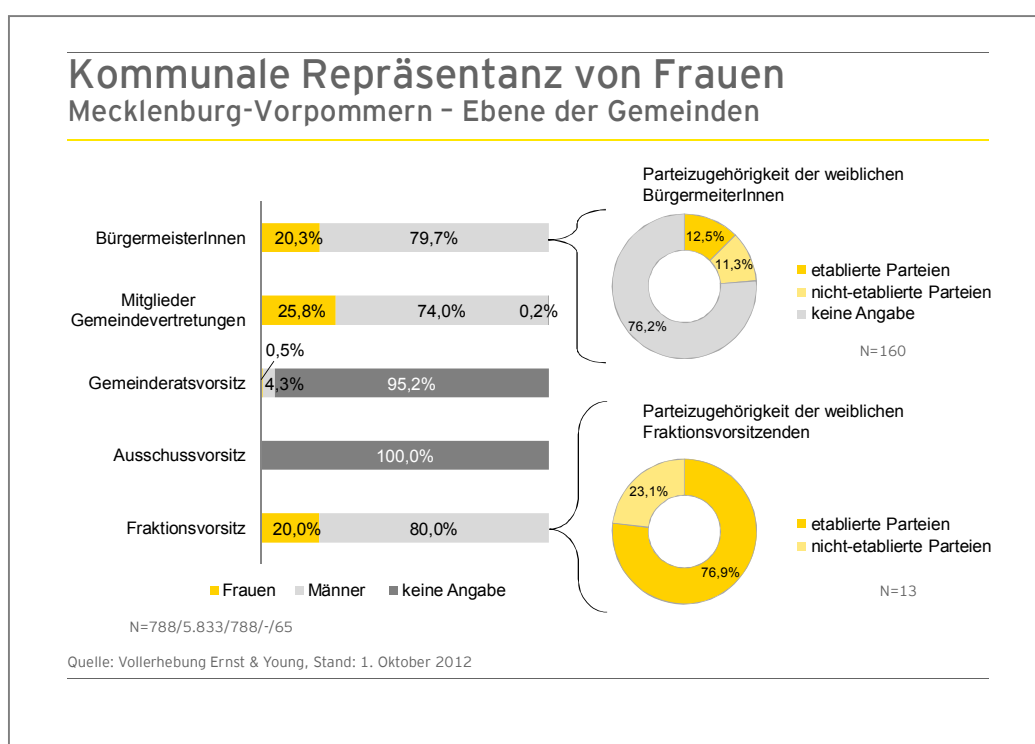
Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass zwei Frauen (50,0 %) den etablierten Parteien, eine Frau (25,0 %) nicht etablierten Parteien zuzurechnen sind. Für eine Frau (25,0 %) liegt keine Angabe vor.

Angaben zum Ausschussvorsitz in den Gemeinden liegen nicht vor.⁸⁵

In den Gemeinden wurden 65 Fraktionsvorsitze identifiziert.⁸⁶ In 52 Fällen werden diese von Männern besetzt. Das entspricht 80,0 %. Weitere 13 Personen bzw. 20,0 % sind weibliche Vorsitzende. Die Frauen sind zu 76,9 % (N=10) in etablierten Parteien tätig, weitere 23,1 % (N=3) sind in nicht-etablierten Parteien tätig.

Einen Überblick gibt Abbildung 6.

Abbildung 6: Mecklenburg-Vorpommern - Ebene der Gemeinden



⁸⁴ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

⁸⁵ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

⁸⁶ Für 17 Gemeinden liegen keine Informationen vor.

3.2.4. Spitzenpositionen

Ergänzend werden im Folgenden die jeweiligen Repräsentanzen aggregiert. Ziel ist es, Aussagen zu treffen, hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vergleich zu Vertreterinnen in Gremien.

Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in allen Gremien gegenübergestellt. Es wurde abschließend die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert.

Tabelle 13: Spitzenpositionen in Mecklenburg-Vorpommern

Gesamt Mecklenburg-Vorpommern	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	51	100,0	38	74,5	13	25,5	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene	422	100,0	327	77,5	95	22,5	0	0,0
Spitzenpositionen Amtsebene	77	100,0	66	85,7	8	10,4	3	3,9
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Amtsebene	895	100,0	717	80,1	178	19,9	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	1.641	100,0	714	43,5	177	10,8	750	45,7
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene	5.833	100,0	4.319	74,0	1.503	25,8	11	0,2
Spitzenpositionen	1.769	100,0	818	46,2	198	11,2	753	42,6
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	7.150	100,0	5.363	75,0	1.776	24,8	11	0,2

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für die Kreisebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen mit 25,5 % höher ist als im Kreistag mit 22,5 %. Ein anderes Bild zeigt sich über die anderen beiden Ebenen: Verwaltungsebene und Gemeinde. Der Anteil von Frauen in Gremien, wie dem Kreistag (19,9 %) und der Gemeindevertretung (24,8 %), ist höher als in Spitzenpositionen, wie Landrat, Ausschussvorsitz oder Fraktionsvorsitz.

In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (11,2 %) seltener vertreten sind als in Gremien (24,8 %).

3.2.5. Zusammenfassung für Mecklenburg-Vorpommern

Die Tabelle 14 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der vorangegangenen Betrachtungen:⁸⁷

Tabelle 14: Repräsentanz von Frauen in Mecklenburg-Vorpommern - aggregiert

Ebene Kreis	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)			Alter (nur Frauen)	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben	N	Ø
Landrat	6	100,0	4	66,7	2	33,3	0	0,0	100,0	0,0	0,0	2	47,5
Kreistagsmitglied	422	100,0	327	77,5	95	22,5	0	0,0	87,4	12,6	0,0	-	-
Kreisvorsitz	6	100,0	3	50,0	3	50,0	0	0,0	100,0	0,0	0,0	-	-
Ausschussvorsitz	6	100,0	4	66,7	2	33,3	0	0,0	100,0	0,0	0,0	2	47,5
Fraktionsvorsitz	33	100,0	27	81,8	6	18,2	0	0,0	100,0	0,0	0,0	-	-
Gesamt	473	100,0	365	77,2	108	22,8	0	0,0	88,9	11,1	0,0	2	47,5

Ebene Verwaltungsverbände	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Amtsleiterin	77	100,0	66	85,7	8	10,4	3	3,9	0,0	0,0	100,0
Ausschussmitglied	895	100,0	717	80,1	178	19,9	0	0,0	11,8	15,2	73,0
Gesamt	972	100,0	783	80,6	186	19,1	3	0,3	11,3	14,5	74,2

Ebene Gemeinden	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Bürgermeisterin	788	100,0	628	79,7	160	20,3	0	0,0	12,5	11,3	76,2
Mitglieder Gemeindevertretung	5.833	100,0	4.319	74,0	1.503	25,8	11	0,2	25,8	22,7	51,5
Gemeinderatsvorsitz	788	100,0	34	4,3	4	0,5	750	95,2	50,0	25,0	25,0
Fraktionsvorsitz	65	100,0	52	80,0	13	20,0	0	0,0	76,9	23,1	0,0
Gesamt	7.474	100,0	5.033	67,3	1.680	22,5	761	10,2	25,0	21,6	53,4

⁸⁷ Für weitere Daten verweisen wir u. a. auf die Anlage Datensammlung/Datenbuch, Abschnitt 2.5 bis 2.8. Es werden nur Angaben ausgewiesen, für die entsprechende Informationen vorliegen.

Die Auswertung und Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Frauen sind im Vergleich zu Männern auf allen drei der untersuchten Ebenen der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert.
- ▶ Für die Ebene der Verwaltungsverbände und Gemeinden ist festzustellen, dass:
 - Frauen als Bürgermeisterinnen mit einem Anteil von 20,3 %,
 - auf Ebene der Verwaltungsverbände bei Amtsdirektoren mit einem Anteil von 10,4 % und
 - Frauen auf Ebene der Landrätinnen mit einem Anteil von 33,3 % am höchsten vertreten sind.
- ▶ Als Vertreterinnen in den Gremien sind Frauen auf Kreisebene mit einem Anteil von 22,5 %, auf Ebene der Ämter mit einem Anteil von 19,9 % und in den Gemeindevertretungen mit einem Anteil von 25,8 % tätig.
- ▶ Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit ist festzustellen, dass Frauen, die kommunalpolitisch aktiv sind, vorrangig etablierten Parteien angehörig sind. Hervorzuheben ist, dass Frauen, die in nicht-etablierten Parteien sind, auf allen Ebenen wie Kreis-, Amts- und Gemeindeebene vertreten sind.

Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen im Vergleich zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt deutlich, dass Frauen in Spitzenpositionen (11,2 %) seltener vertreten sind als in Gremien (24,8 %). Je höher die Ebene, desto seltener sind Frauen vertreten.

3.3. Sachsen

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten ist Basis für die vorliegende Analyse für Sachsen und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.4.7.)

Angaben zur Qualifikation, Alter und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Gesamterhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nicht vollständig ermitteln.⁸⁸

Tabelle 15: Recherchierte Ebenen und Daten in Sachsen

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl, Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden *	Anzahl Gesamt *
Sachsen	10	89	453	552
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.3.1. Ebene der Landkreise

Auf Ebene der Landkreise wurden die Positionen Landräte, ehrenamtliche Kreisräte, Kreistagspräsident, Ausschussvorsitzende sowie Fraktionsvorsitzende erhoben. Abbildung 7 gibt einen Überblick.

Das Bundesland Sachsen umfasst 10 Landkreise, die von 10 hauptamtlichen LandrätInnen regiert werden. Hierbei handelt es sich um 10 Männer. Die Frauenquote beträgt 0 %.⁸⁹

In den Kreistagen der Landkreise konnten 916 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder identifiziert werden.⁹⁰ Von den 916 Personen sind 140 Frauen und 776 Personen Männer. Die korrespondierenden relativen Werte betragen 15,3 % für Frauen und 84,7 % für Männer.

Hinsichtlich des Merkmals Parteizugehörigkeit der aktiven Frauen zeigt sich, dass 87,1 % (N=122) der Frauen bei etablierten Parteien sind. Weitere 12,9 % (N=18) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zugehörig.

Die Positionen Ausschussvorsitz als auch Kreistagsvorsitz werden in allen Kreistagen Sachsens von männlichen Personen besetzt. Die Frauenquote beträgt jeweils 0 %.

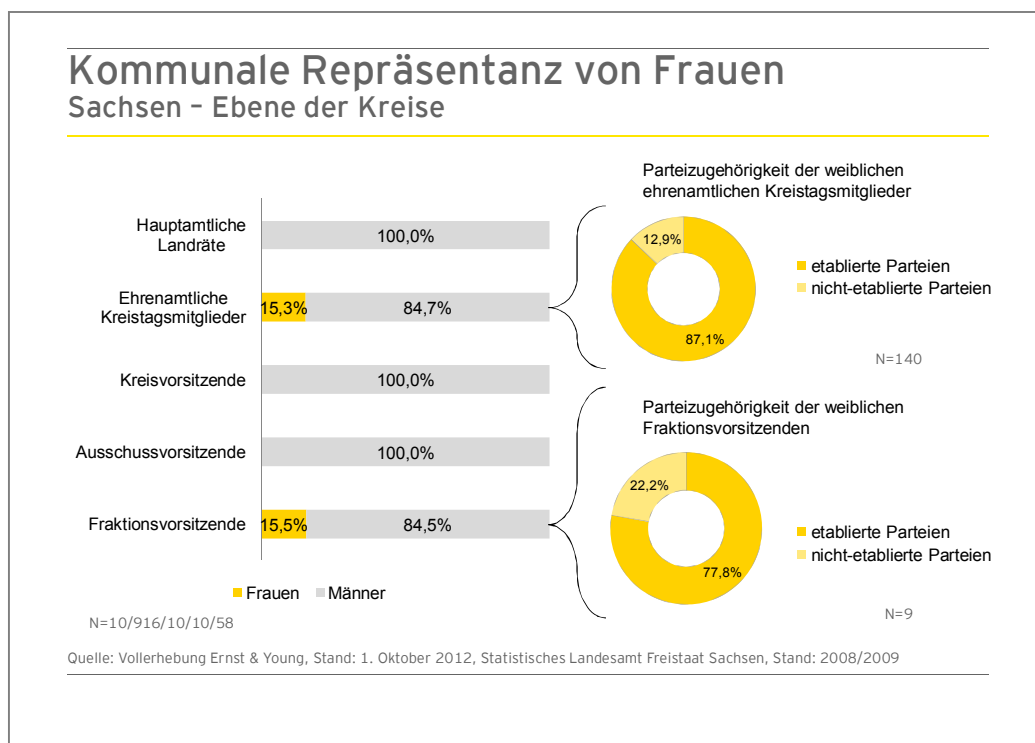
Ferner wurden 58 Fraktionsvorsitze für die Kreistage in Sachsen identifiziert. Von den 58 Fraktionsvorsitzenden waren neun Personen Frauen. Das entspricht einem relativen Anteil in Höhe von 15,5 %. 49 Personen bzw. 84,5 % waren Männer. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass 77,8 % (N=11) der weiblichen Fraktionsvorsitzenden etablierten Parteien angehören. Weitere 22,2 % (N=2) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen.

⁸⁸ Daten und Informationen des Amtes für Statistik und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

⁸⁹ Ein Vergleich der recherchierten Daten und der des Statistischen Landesamtes kommen zu gleichen Ergebnissen.

⁹⁰ Das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen gibt die Zahl der Mandatsträger in allen Kreistagen mit 920 an. Der Anteil der Frauen wird für das Jahr 2008 mit 16,7 % angegeben. Die Angaben beruhen auf älteren Daten mit Stand 8. Juni 2008, so dass eine direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben ist.

Abbildung 7: Sachsen – Ebene der Kreise



3.3.2. Ebene der Verwaltungsverbände

Das Bundesland Sachsen umfasst 89 Verwaltungsverbände und Verwaltungsgemeinden. Es wurden die Positionen Verbands-/Versammlungsvorsitzende und Mitglieder der Verbands-/Gemeindeversammlung erhoben. Abbildung 8 gibt einen Überblick.

In neun der 89 Verwaltungsverbände und Verwaltungsgemeinden werden die Spitzenpositionen von Frauen besetzt.⁹¹ Das entspricht einem Anteil von 10,2 %. Hinsichtlich der Parteilugehörigkeit von den Frauen in diesen Positionen liegen nur zu drei Personen Angaben vor. Diese gehören einer etablierten Partei an. Für 66,7 % (N=6) liegen keine Informationen vor.⁹²

Als Mitglieder der Verbands-/ Gemeindeversammlung wurden insgesamt 217 Personen identifiziert.⁹³ Hiervon sind 40 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 18,4 % entspricht. Von diesen Frauen sind 37,5 % (N=15) etablierten Parteien zuzuordnen. Für 57,5 % (N=23) der Frauen lagen keine Informationen vor.⁹⁴

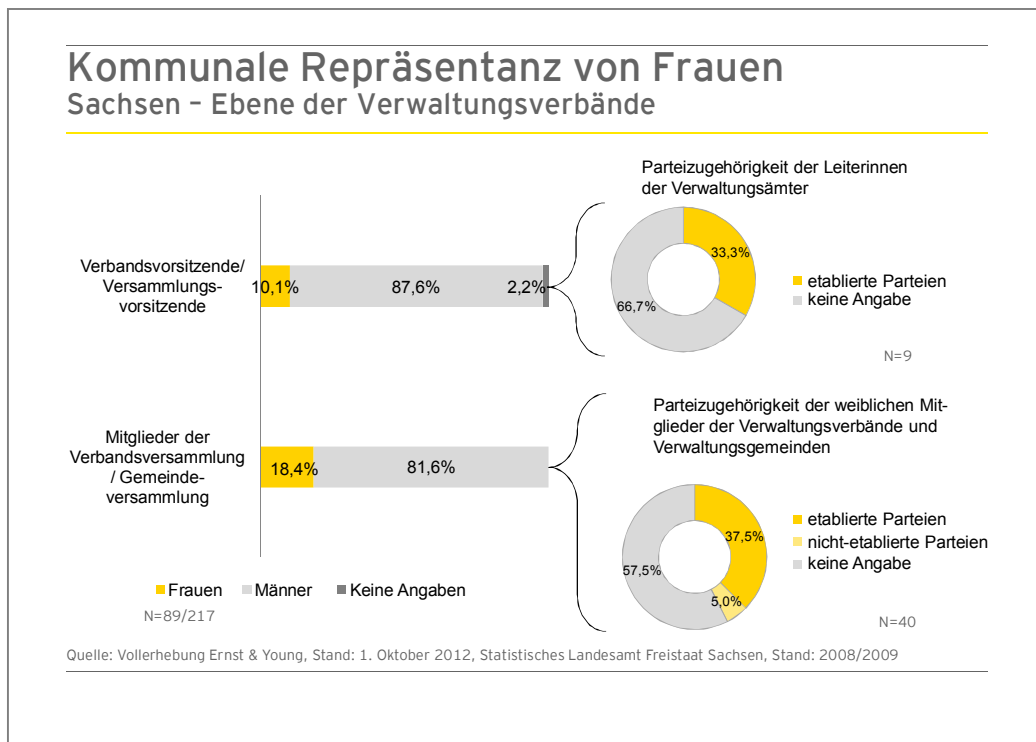
⁹¹ Für einen Verwaltungsverband liegen keine Informationen vor.

⁹² Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

⁹³ Für 58 Verwaltungsverbände liegen keine Informationen vor.

⁹⁴ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Abbildung 8: Sachsen – Ebene der Verwaltungsverbände



3.3.3. Ebene der Gemeinden

In Sachsen wurden 453 Gemeinden gemäß der Kriterien identifiziert und für die Analyse berücksichtigt.⁹⁵ Es wurden die Positionen BürgermeisterIn, Mitglieder des Gemeinderats, Gemeinderats-, Ausschuss- und Fraktionsvorsitz erhoben. Abbildung 9 gibt einen Überblick.

In 67 der 453 Gemeinden amtierten Bürgermeisterinnen.⁹⁶ Das entspricht einem Anteil von 14,8 %. Der Anteil der Männer beträgt 84,5 %. Durch die Zusammenführung der Daten mit denen des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen konnten Angaben zur Parteiliche Zugehörigkeit erhoben werden.⁹⁷ So sind 47,8 % (N=32) der BürgermeisterInnen etablierten und weitere 52,2 (N=35) nicht-etablierten Parteien angehörig.⁹⁸

⁹⁵ Auch das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen gibt die Gemeindezahl mit 453 an.

⁹⁶ Die Bürgermeisterinnen bekleiden im Freistaat Sachsen auch die Position des Gemeinderatsvorsitzenden und des Ausschussvorsitzenden.

⁹⁷ Lt. Internetrecherche liegen nur für 14,9 % der Frauen Informationen vor: 9,0 % der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 5,9 % nicht-etablierten Parteien angehörig.

⁹⁸ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand: 30. Juni 2012.

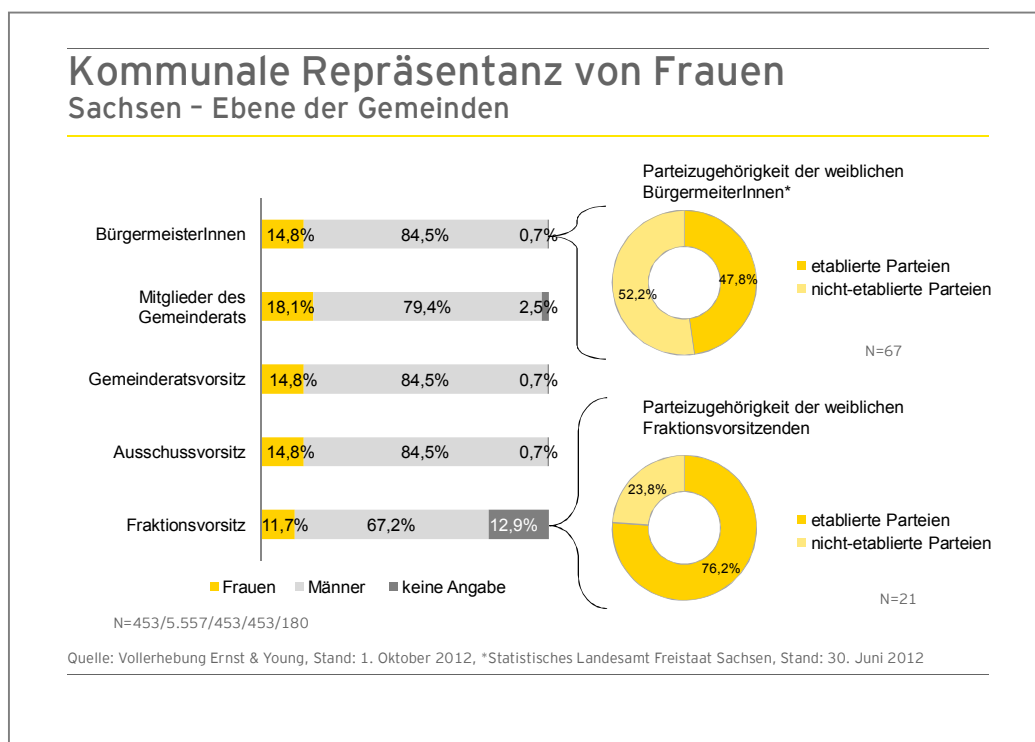
Für alle (N=67) BürgermeisterInnen liegen Angaben zum Alter vor. Das durchschnittliche Alter der Frauen beträgt 54,2 Jahre, der Median beträgt 55,0 Jahre. Im Jahr 2012 ist die jüngste Bürgermeisterin 32 Jahre, die älteste Bürgermeisterin ist 73 Jahre alt.⁹⁹

Hinsichtlich der Qualifikationen zeigt sich folgendes Bild:¹⁰⁰ 19,4% (N=13) der Frauen haben einen Universitätsabschluss, jeweils 4,5 % (jeweils N=3) haben einen Berufs- bzw. Fachhochschulabschluss. Für 71,6 % (N=48) der BürgermeisterInnen liegen keine Angaben bzw. keine eindeutig zuordenbaren Berufsabschlüsse vor.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 5.557 Mitglieder der Gemeindevertretungen ermittelt. 1.005 Personen sind Frauen. Das entspricht einem Anteil von 18,1 % aller Mitglieder. 4.411 bzw. 79,4 % sind Männer. Die Parteizugehörigkeit der Frauen zeigt, dass 56,2 % (N=565) der Frauen etablierten Parteien zugehörig sind, 31,6 % (N=322) nicht-etablierten Parteien. Für weitere 11,7 % (N=118) liegen keine Angaben vor.

In den Gemeinden wurden 180 Fraktionsvorsitze identifiziert.¹⁰¹ In 121 Fällen werden diese von Männern besetzt. Das entspricht 67,2 %. Weitere 21 Personen bzw. 11,7 % sind weibliche Vorsitzende. Von diesen Frauen sind 76,2 % (N=16) in etablierten Parteien tätig, weitere 23,8 % (N=5) in nicht-etablierten Parteien.

Abbildung 9: Sachsen - Gemeindeebene



⁹⁹ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand: 30. Juni 2012.

¹⁰⁰ Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand: 30. Juni 2012.

¹⁰¹ Informationen liegen für 38 Gemeinden vor.

3.3.4. Spitzenpositionen

Ergänzend werden im Folgenden die jeweiligen Repräsentanzen aggregiert. Ziel ist es, Aussagen zu treffen, hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vergleich zu Vertreterinnen in Gremien. Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in allen Gremien gegenübergestellt. Es wurde abschließend die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert. Die nachfolgende Tabelle 16 gibt einen Überblick.

Tabelle 16: Spitzenpositionen in Sachsen

Gesamt Sachsen	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	88	100,0	79	89,8	9	10,2	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene	916	100,0	776	84,7	140	15,3	0	0,0
Spitzenpositionen Verbandsebene	89	100,0	78	87,6	9	10,1	2	2,2
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Verbandsebene	217	100,0	177	81,6	40	18,4	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	1.539	100,0	1.270	82,5	222	14,4	47	3,1
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene	5.557	100,0	4.410	79,4	1.006	18,1	141	2,5
Spitzenpositionen	1.716	100,0	1.427	83,2	240	14,0	49	2,9
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	6.690	100,0	5.363	80,2	1.186	17,7	141	2,1

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für alle drei Ebenen: Kreis, Verband- und Gemeindeebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen niedriger ist als in den jeweiligen Vertretungen.

In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (14,0 %) seltener vertreten sind als in Gremien (17,7 %).

3.3.5. Zusammenfassung für den Freistaat Sachsen

Die Tabelle 17 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der vorangegangenen Betrachtungen¹⁰²:

Tabelle 17: Repräsentanz von Frauen in Sachsen - aggregiert

Ebene Kreis	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Landrat	10	100,0	10	100,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kreistagsmitglied	916	100,0	776	84,7	140	15,3	0	0,0	87,1	12,9	0,0
Kreisvorsitz	10	100,0	10	100,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausschussvorsitz	10	100,0	10	100,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	0,0
Fraktionsvorsitz	58	100,0	49	84,5	9	15,5	0	0,0	77,8	22,2	0,0
Gesamt	1.004	100,0	855	85,2	149	14,8	0	0,0	86,6	13,5	0,0

Ebene Verbände	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Verbandvorsitzender	89	100,0	78	87,6	9	10,1	2	2,2	33,3	0,0	66,7
Mitglied der Verbandsversammlung	217	100,0	177	81,6	40	18,4	0	0,0	37,5	5,0	57,5
Gesamt	306	100,0	255	83,3	49	16,0	2	0,7	36,7	4,1	59,2

Ebene Gemeinden	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Bürgermeisterin	453	100,0	383	84,5	67	14,8	3	0,7	9,0	6,0	85,1
Mitglieder Gemeindevertretung	5.557	100,0	4.410	79,4	1.006	18,1	141	2,5	56,2	32,0	11,7
Gemeinderatsvorsitz	453	100,0	383	84,5	67	14,8	3	0,7	9,0	6,0	85,1
Ausschussvorsitz	453	100,0	383	84,5	67	14,8	3	0,7	9,0	6,0	85,1
Fraktionsvorsitz	180	100,0	121	67,2	21	11,7	38	21,1	76,2	23,8	0,0
Gesamt	7.096	100,0	5.680	80,0	1.228	17,3	188	2,6	48,8	27,6	23,5

¹⁰² Für weitere Daten verweisen wir u. a. auf die Anlage Datensammlung/Datenbuch Abschnitt 2.9 bis 2.12.

Die Auswertung und Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Frauen sind im Vergleich zu Männern auf allen drei der untersuchten Ebenen der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert.
- ▶ Für die Ebene der Kreise, Verwaltungsverbände und Gemeinden ist festzustellen, dass:
 - Frauen als Bürgermeisterinnen mit einem Anteil von 14,8 %,
 - auf Ebene der Verwaltungsverbände bei Verbandsvorsitzenden mit einem Anteil von 10,1 % und
 - Frauen auf Ebene der Landrätinnen gar nicht vertreten sind.
- ▶ Als Vertreterinnen in den Gremien sind Frauen auf Kreisebene mit einem Anteil von 15,3 %, auf Ebene der Ämter mit einem Anteil von 18,4 % und in den Gemeindevertretungen mit einem Anteil von 17,3 % tätig.
- ▶ Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit ist festzustellen, dass Frauen, die kommunalpolitisch aktiv sind, vorrangig etablierten Parteien angehören sind.
- ▶ Die Ergebnisse zeigen ebenso, dass das durchschnittliche Alter von Frauen auf Gemeindeebene ca. 54 Jahre beträgt. Es zeigt, dass vor allem Frauen der höheren Altersgruppen in der Kommunalpolitik aktiv sind.

Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen im Vergleich zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt deutlich, dass Frauen in Spitzenpositionen (14,0 %) seltener vertreten sind als in Gremien (17,7 %). Je höher die Ebene, desto seltener sind Frauen vertreten.

3.4. Sachsen-Anhalt

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten und Basis für die vorliegende Analyse für Sachsen-Anhalt ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.4.7.)

Angaben zur Qualifikation und Alter der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Gesamterhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nur zum Teil ermitteln. Es wird kenntlich gemacht, wo entsprechende Daten ergänzt werden konnten.¹⁰³

Tabelle 18: Recherchierte Ebenen und Daten in Sachsen-Anhalt

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl, Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden *	Anzahl Gesamt *
Sachsen	11	18	216	245
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.4.1. Ebene der Landkreise

Auf Ebene der Landkreise wurden die Positionen Landräte, ehrenamtliche Kreisträte, Kreistagsvorsitzende, Ausschussvorsitzende sowie Fraktionsvorsitzende erhoben.

Das Bundesland Sachsen-Anhalt umfasst 11 Landkreise, die von 11 hauptamtlichen LandrätInnen regiert werden. Hierbei handelt es sich um 11 Männer. Die Frauenquote beträgt 0 %.¹⁰⁴ Einen Überblick gibt Abbildung 10.

In den Kreistagen der Landkreise sitzen 586 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder. Von den 586 sind 107 Frauen und 479 Personen Männer. Der korrespondierende relative Wert beträgt 18,3 % für Frauen und 81,7 % für Männer.

Hinsichtlich des Merkmals Parteizugehörigkeit für Frauen zeigt sich, dass 93,5 % (N=100) der Frauen bei etablierten Parteien sind. Weitere 6,5 % (N=4) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zugehörig.

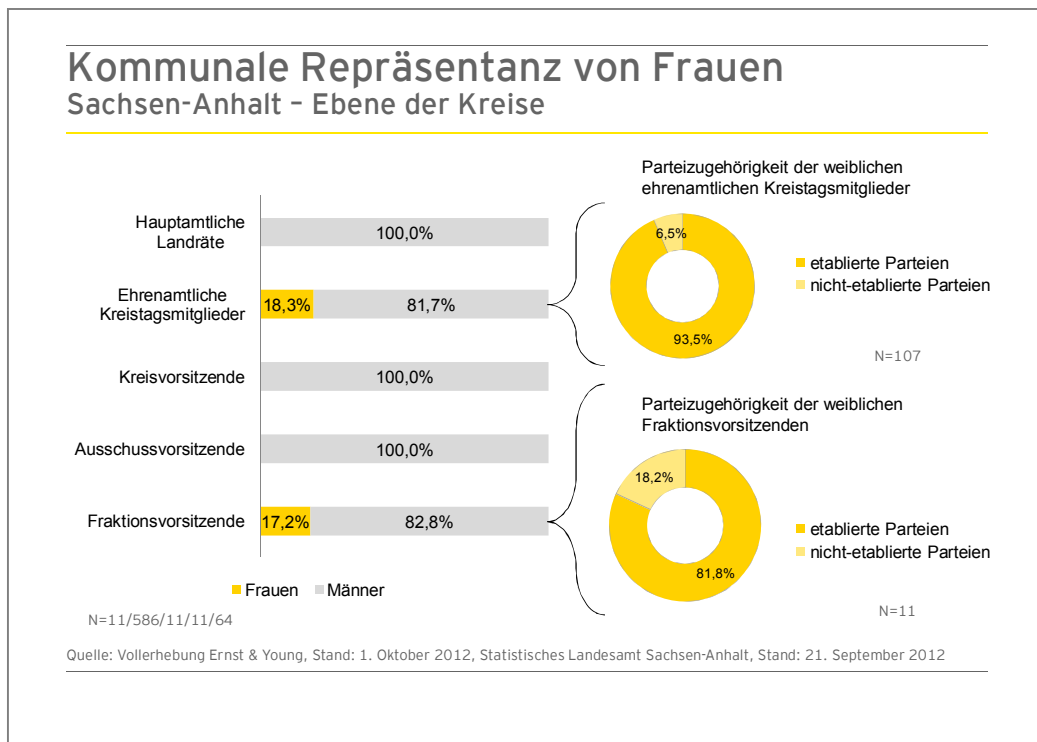
Die Positionen Ausschussvorsitz als auch Kreistagsvorsitz werden in allen Kreistagen Sachsen-Anhalts von männlichen Personen besetzt. Die Frauenquote beträgt jeweils 0 %.

Ferner wurden 64 Fraktionsvorsitze für die Kreistage in Sachsen-Anhalt identifiziert. Von den 64 Fraktionsvorsitzenden sind 11 Personen Frauen. Das entspricht einem relativen Anteil in Höhe von 17,2 %. 53 Personen bzw. 82,7 % sind Männer. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass 81,8 % (N=11) der weiblichen Fraktionsvorsitzenden etablierten Parteien angehören. Weitere 18,2 % (N=2) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen.

¹⁰³ Daten und Informationen des Amtes für Statistik Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

¹⁰⁴ Ein Vergleich der recherchierten Daten und der des Statistischen Landesamtes ergeben gleiche Ergebnisse.

Abbildung 10: Sachsen-Anhalt - Ebene der Kreise



3.4.2. Ebene der Verwaltungsverbände

Das Bundesland Sachsen-Anhalt umfasst 18 Verbandsgemeinden. Es wurden die Positionen Leitung des Verwaltungsamtes und Mitglieder der Verbandsgemeinschaft/ ehrenamtliche Bürgermeister der Trägergemeinde erhoben (siehe Abbildung 11).

In sieben der 18 Verbandsgemeinden werden die Verwaltungsämter von Frauen geführt. Das entspricht einem Anteil von 38,9 %. Hinsichtlich der Parteilugehörigkeit von Frauen in diesen Positionen liegen nur zu einer Person Angaben vor. Diese ist in einer nicht etablierten Partei. Für 85,7 % (N=6) liegen keine Informationen vor. Hingegen liegen für alle Frauen (N=7) Informationen zum Alter vor.¹⁰⁵ Das arithmetische Mittel ist 50,7 Jahre, der Median beträgt 50,0 Jahre.

Hinsichtlich der Qualifikation liegen Angaben vor. Differenziert nach den Qualifikationsklassen zeigt sich folgendes Bild:¹⁰⁶

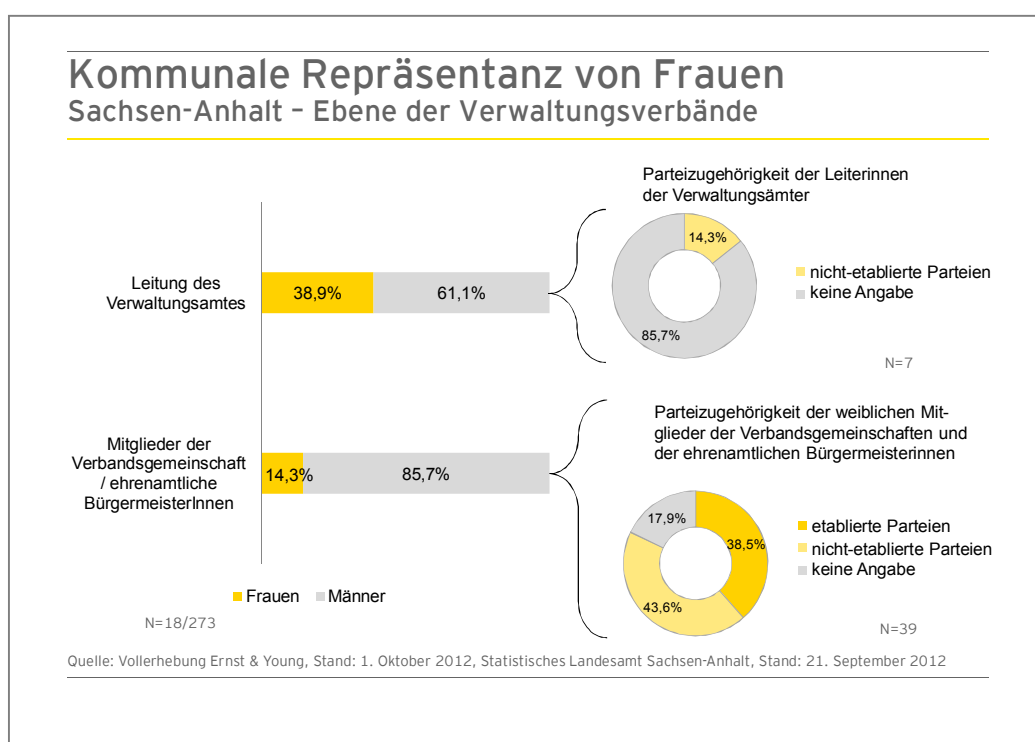
- ▶ eine Frau weist einen Fachhochschulabschluss auf,
- ▶ zwei weitere Frauen einen Hochschulabschluss,
- ▶ für vier Frauen können die Berufe bzw. Qualifikationen nicht eindeutig zugeordnet werden.

¹⁰⁵ Ein Vergleich der recherchierten Daten und der des Statistischen Landesamtes zeigt gleiche Ergebnisse. Daher konnten Daten des Statistischen Landesamtes zugespielt werden. Landesamt Sachsen-Anhalt, Stand: 21. September 2012.

¹⁰⁶ Es wurden Daten des Statistischen Landesamtes zugespielt. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Stand: 21. September 2012.

Als Mitglieder der Verbandsgemeinschaft/ehrenamtliche Bürgermeister der Trägergemeinde wurden insgesamt 273 Personen identifiziert. Hiervon sind 39 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 14,3 % entspricht. Von diesen Frauen sind 38,5 % (N=15) in etablierten Parteien, weitere 43,6 % (N=17) sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen. Für 17,9 % (N=7) der Frauen lagen keine Informationen vor.¹⁰⁷ Angaben zum Alter waren nicht ermittelbar bzw. konnten nicht vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt werden.

Abbildung 11: Sachsen-Anhalt - Ebene der Verbandsverwaltungen



3.4.3. Ebene der Gemeinden

In Sachsen-Anhalt gibt es 219 Gemeinden, von denen 216 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern für die Analyse berücksichtigt wurden.¹⁰⁸ Es wurden die Positionen BürgermeisterIn, Mitglieder der Gemeindevertretung, Gemeinderats-, Ausschuss- und Fraktionsvorsitz erhoben (siehe Abbildung 12).

¹⁰⁷ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

¹⁰⁸ 3 Gemeinden wurden aufgrund des Größenkriteriums aus der Untersuchung ausgeschlossen.

In 29 der 216 Gemeinden amtieren Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 13,4 %. Der Anteil der Männer beträgt folglich 86,6 %. Angaben zur Parteizugehörigkeit liegen für 34,5 % (N=10) der Frauen vor: 27,6 % (N=8) der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 6,9 % (N=2) nicht-etablierten Parteien angehörig.

Für alle Bürgermeisterinnen liegen Angaben zum Alter vor. Das durchschnittliche Alter der Frauen beträgt 56,1 Jahre, der Median 57,0 Jahre.¹⁰⁹

Hinsichtlich der Qualifikation zeigt sich folgendes Bild:¹¹⁰ Drei Frauen haben eine kaufmännische Ausbildung, 12 Frauen haben einen FH/ Meister bzw. Bachelor, 10 Frauen haben einen Universitäts- bzw. Hochschulabschluss. Für sechs Frauen können keine eindeutigen Zuordnungen gegeben werden.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 3.669 Mitglieder der Gemeindevertretungen ermittelt. 727 Personen sind Frauen. Das entspricht einem Anteil von 19,8 % aller Mitglieder. 2.939 bzw. 80,2 % sind Männer. Die Parteizugehörigkeit der Frauen zeigt, dass 47,3 % (N=344) der Frauen etablierten Parteien zugehörig sind, 25,7 % (N=187) nicht-etablierten Parteien. Für weitere 27,0 % (N=196) liegen keine Angaben vor.¹¹¹

Der Gemeinderatsvorsitz der 216 Gemeinden wurde von 143 Männern (66,2 %) und 17 Frauen (7,9 %) durchgeführt. Für 25,9 % (N=56) waren keine Angaben ermittelbar bzw. war die Position des Vorsitzes unbesetzt. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass 65,0 % (N=11) den etablierten Parteien zuzurechnen sind, 6,0 % (N=1) nicht etablierten Parteien. Für 29,4 % (N=5) liegen keine Angaben vor. Angaben zum Alter waren nicht ermittelbar.¹¹²

Den Ausschussvorsitz in den Gemeinden nehmen zu 41,7 % der Männer wahr (N=90) und zu 9,7 % der Frauen (N=21). Für 48,6 % (N=105) liegen keine Angaben vor.¹¹³ Zur Parteizugehörigkeit liegen nur für 34 % (N=7) der Personen Informationen vor: 23,8 % (N=5) sind in etablierten, 9,5 % (N=2) in nicht-etablierten Parteien tätig.

In den Gemeinden wurden 287 Fraktionsvorsitze identifiziert. In 243 Fällen werden diese von Männern besetzt. Das entspricht 84,7 %. Weitere 44 Personen bzw. 15,3 % sind weibliche Vorsitzende. Die Frauen sind zu 77,3 % (N=34) in etablierten Parteien tätig, weitere 22,7 % (N=10) sind in nicht-etablierten Parteien tätig. Angaben zum Alter liegen für nur 29 Frauen vor. Das durchschnittliche Alter dieser Frauen beträgt 55,8 Jahre.

¹⁰⁹ Ein Vergleich der recherchierten Daten und der des Statistischen Landesamtes zeigt gleiche Ergebnisse. Daher konnten Daten des Statistischen Landesamtes zugespielt werden. Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Stand: 21. September 2012.

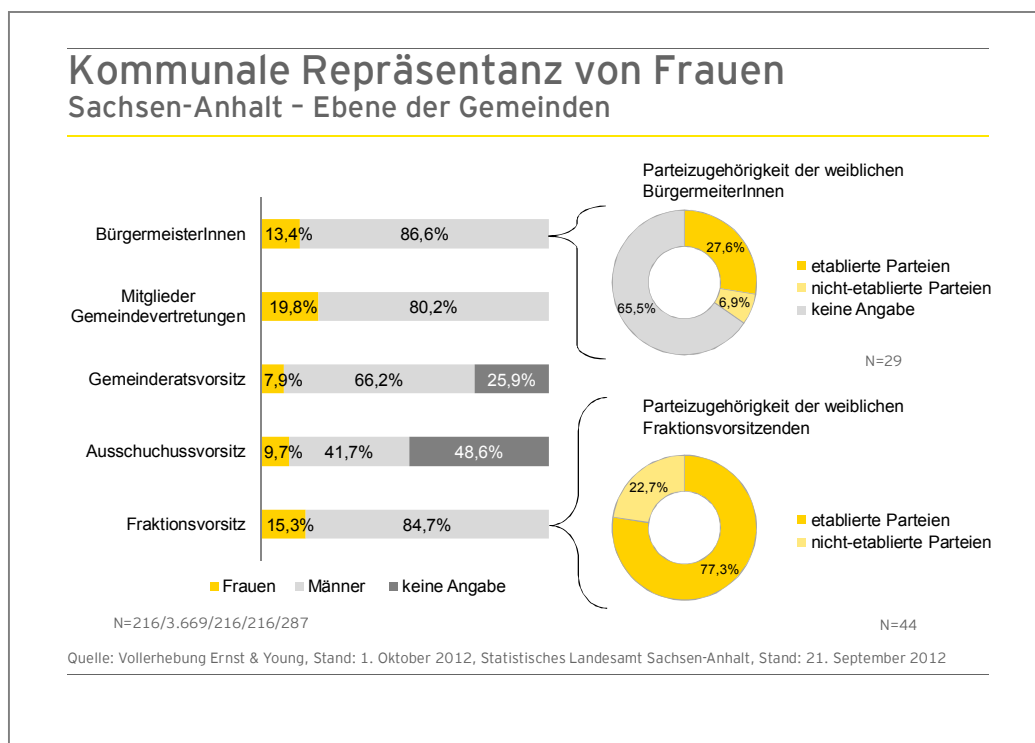
¹¹⁰ Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Stand: 21. September 2012.

¹¹¹ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

¹¹² Daten und Informationen der Statistischen Landesämter und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

¹¹³ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Abbildung 12: Sachsen-Anhalt - Gemeindeebene



3.4.4. Spitzenpositionen

Ergänzend werden die jeweiligen Repräsentanzen, für einen Vergleich von Frauen in Spitzenpositionen zu Vertreterinnen in Gremien, aggregiert. Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in den Gremien gegenübergestellt. Es wurde ebenso die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert (siehe hierzu Tabelle 19).

Tabelle 19: Spitzenpositionen in Sachsen-Anhalt

Gesamt Sachsen-Anhalt	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	97	100,0	86	88,7	11	11,3	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene	586	100,0	479	81,7	107	18,3	0	0,0
Spitzenpositionen Verbandsebene	18	100,0	11	61,1	7	38,9	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Verbandsebene	273	100,0	234	85,7	39	14,3	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	935	100,0	663	70,9	111	11,9	161	17,2
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene	3.669	100,0	2.939	80,1	727	19,8	0	0,0
Spitzenpositionen	1.050	100,0	760	72,4	129	12,3	161	15,3
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	4.528	100,0	3.652	80,7	873	19,3	0	0,0

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für alle drei Ebenen: Kreis, Verband- und Gemeindeebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen niedriger ist als in den jeweiligen Vertretungen. In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (12,3 %) seltener vertreten sind als in Gremien (19,3 %).

3.4.5. Zusammenfassung für Sachsen-Anhalt

Die Tabelle 20 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der vorangegangenen Betrachtungen:¹¹⁴

Tabelle 20: Repräsentanz von Frauen in Sachsen-Anhalt – aggregiert

Ebene Kreis	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Landrat	11	100,0	11	100,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	100,0
Kreistagsmitglied	586	100,0	479	81,7	107	18,3	0	0,0	93,5	6,5	0,0
Kreisvorsitz	11	100,0	11	100,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	100,0
Ausschussvorsitz	11	100,0	11	100,0	0	0,0	0	0,0	0,0	0,0	100,0
Fraktionsvorsitz	64	100,0	53	82,8	11	17,2	0	0,0	81,8	18,2	0,0
Gesamt	683	100,0	565	82,7	118	17,3	0	0,0	92,4	7,6	0,0

Ebene Verbandsgemeinschaft	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)			Alter (nur Frauen)	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben	N	ø
Leiter des Verwaltungsamtes	18	100,0	11	61,1	7	38,9	0	0,0	0,0	14,3	85,7	7	50,7
Mitglieder der Verbandsgemeinschaft/ ehrenamtliche Bürgermeister der Trägergemeinde	273	100,0	234	85,7	39	14,3	0	0,0	38,5	43,6	17,9	-	-
Gesamt	291	100,0	245	84,2	46	15,8	0	0,0	32,6	39,1	28,3	7	50,7

¹¹⁴ Für weitere Daten verweisen wir u. a. auf die Anlage Datensammlung/Datenbuch Abschnitt 2.13 bis 2.16.

Ebene Gemeinde	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteizugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)			Alter (nur Frauen)	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben	N	Ø
Bürgermeisterin	216	100,0	187	86,6	29	13,4	0	0,0	27,6	6,9	65,5	29	55,8
Mitglieder Gemeindevertretung	3.669	100,0	2.939	80,1	727	19,8	0	0,0	47,3	25,7	27,0	-	-
Gemeinderatsvorsitz	216	100,0	143	66,2	17	7,9	56	25,9	64,7	5,9	29,4	-	-
Ausschussvorsitz	216	100,0	90	41,7	21	9,7	105	48,6	23,8	9,5	66,7	-	-
Fraktionsvorsitz	287	100,0	243	84,7	44	15,3	0	0,0	77,3	22,7	0,0	-	-
Gesamt	4.604	100,0	3.602	78,2	838	18,2	161	3,5	48,0	24,1	27,9	-	-

Die Auswertung und Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Frauen sind im Vergleich zu Männern auf allen drei der untersuchten Ebenen der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert.
- ▶ Für die Ebene der Kreise, Verwaltungsverbände und Gemeinden ist festzustellen, dass:
 - Frauen als Bürgermeisterinnen mit einem Anteil von 13,4 %,
 - auf Ebene der Verwaltungsverbände bei Verbandsvorsitzenden mit einem Anteil von 38,9 % und
 - Frauen auf Ebene der Landrätinnen gar nicht vertreten sind.
- ▶ Als Vertreterinnen in den Gremien sind Frauen auf Kreisebene mit einem Anteil von 18,3 %, auf Ebene der Ämter mit einem Anteil von 13,3 % und in den Gemeindevertretungen mit einem Anteil von 19,8 % tätig.
- ▶ Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit ist festzustellen, dass Frauen, die kommunalpolitisch aktiv sind, vorrangig etablierten Parteien angehören sind.
- ▶ Das Alter von BürgermeisterInnen beträgt auf Ebene der Verbundverwaltungen im Median 50 Jahre, auf Gemeindeebene ca. 57 Jahre. Es zeigt sich, dass vor allem Frauen der oberen Altersgruppe in der Kommunalpolitik aktiv sind.

Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt deutlich, dass Frauen in Spitzenpositionen (12,3 %) seltener vertreten sind als in Gremien (19,3 %). Je höher die Ebene, desto seltener sind Frauen vertreten.

3.5. Thüringen

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten sind Basis für die vorliegende Analyse für Thüringen und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.4.7.)

Angaben zur Qualifikation, Alter und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Gesamterhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nicht vollständig ermitteln.¹¹⁵

Tabelle 21: Recherchierte Ebenen und Daten in Thüringen

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl, Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden*	Anzahl Gesamt *
Sachsen	11	18	216	245
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.5.1. Ebene der Landkreise

Auf Ebene der Landkreise wurden die Positionen Landräte, ehrenamtliche Kreistagsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ausschussvorsitzende sowie Fraktionsvorsitzende erhoben (siehe Abbildung 13).

Das Bundesland Thüringen umfasst 17 Landkreise, die von 17 hauptamtlichen LandrätInnen besetzt sind. Hierbei handelt es sich um sechs Frauen und 11 Männer. Die Frauenquote beträgt 35,3 %. Im Durchschnitt sind die Frauen 50,3 Jahre alt und einer etablierten Partei angehörig. Identisch zu den LandrätInnen sind die Positionen der 17 Ausschussvorsitzenden/innen verteilt.

In den Kreistagen der Landkreise sitzen 782 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder. Von den 782 sind 166 Frauen und 616 Personen Männer. Der korrespondierende relative Wert beträgt 21,2 % für Frauen und 78,8 % für Männer.

Hinsichtlich des Merkmals Parteizugehörigkeit für Frauen zeigt sich, dass 66,3 % (N=110) der Frauen in den Kreistagen bei etablierten Parteien sind. Weitere 33,7 % (N=56) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zugehörig.

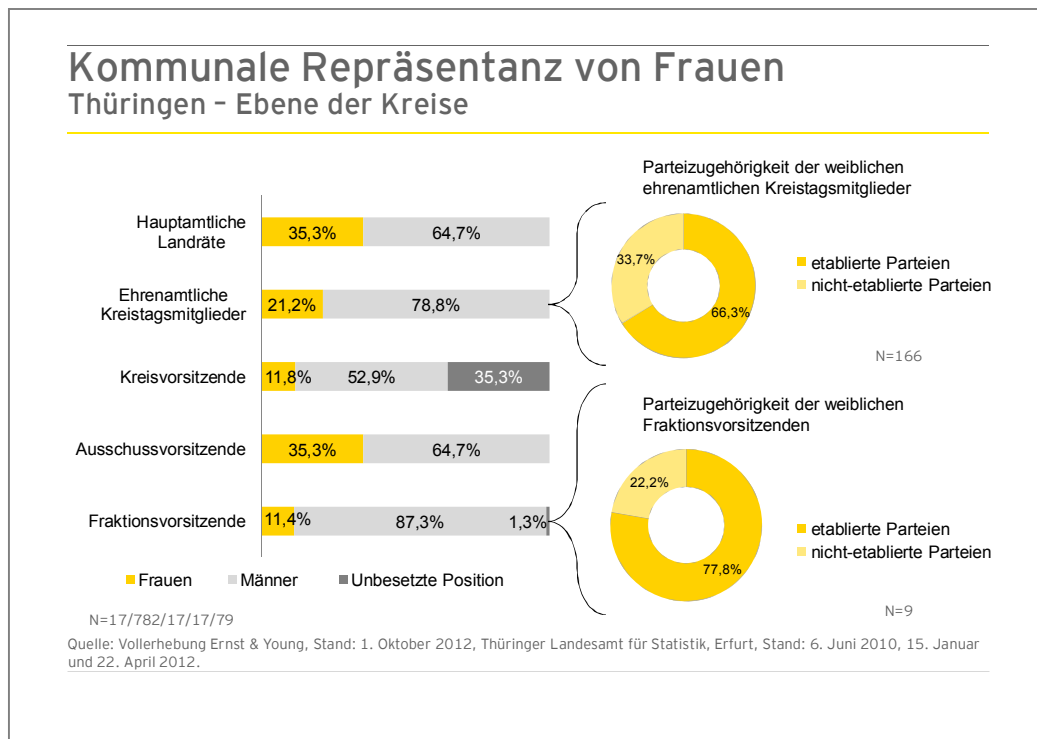
Den Kreisvorsitz haben zwei Frauen und neun Männer inne. Die Frauenquote liegt bei 11,8 %. Für sechs Kreisvorsitze konnten keine Angaben ermittelt werden.¹¹⁶

¹¹⁵ Daten und Informationen des Amtes für Statistik und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

¹¹⁶ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Von den 79 Fraktionsvorsitzenden in den Kreistagen in Thüringen sind neun Vorsitze durch Frauen besetzt. Das entspricht einem relativen Anteil in Höhe von 11,4 %. Die anderen 69 Personen bzw. 87,3 % der Fraktionsvorsitze sind von Männern geführt, 1,3 % sind laut Internetrecherche nicht besetzt. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass 77,8 % (N=7) der weiblichen Fraktionsvorsitzenden etablierten Parteien angehören. Weitere 22,2 % (N=2) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen.

Abbildung 13: Thüringen - Ebene der Kreise



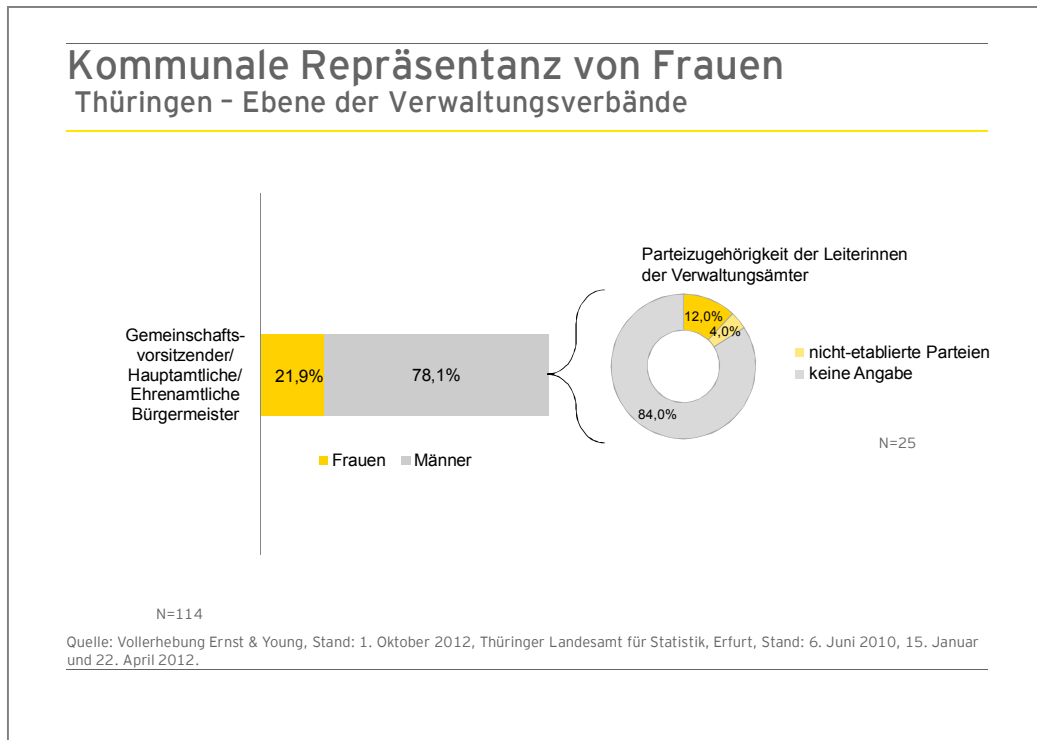
3.5.2. Ebene der Verwaltungsverbände

Das Bundesland Thüringen umfasst 114 Ämter. Es wurden die Positionen der Gemeinschaftsvorsitzenden sowie hauptamtlichen und ehrenamtlichen BürgermeisterInnen erhoben. Abbildung 14 gibt einen Überblick.

25 Ämter werden von Frauen geführt. Das entspricht einem Anteil an allen Gemeinschaftsvorsitzenden und BürgermeisterInnen von 21,9 %. Von den 25 Frauen gehören 12,0 % (N=3) einer etablierten Partei an, 4,0 % (N=1) sind einer nicht-etablierten Partei zugehörig. Über die restlichen 84,0 % (N=21) liegen keine Informationen vor.¹¹⁷

¹¹⁷ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Abbildung 14: Thüringen – Ebene der Verwaltungsverbände



3.5.3. Ebene der Gemeinden

In Thüringen wurden 901 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern für die Analyse berücksichtigt. Es wurden die Positionen der BürgermeisterIn, Mitglieder des Gemeinderats/Stadtrats und der Fraktionsvorsitz¹¹⁸ erhoben (siehe Abbildung 15).

In 156 der 901 Gemeinden amtieren Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 17,3 %. Der Anteil der Männer beträgt 82,7 %. Angaben zur Parteizugehörigkeit liegen für 98,7 % (N=154) der Frauen vor. 24,4 % (N=38) der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 74,4 % (N=116) nicht-etablierten Parteien angehörig.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 8.500 Mitglieder der Gemeinderäte oder Stadträte ermittelt. 1.680 Personen davon sind Frauen. Dies entspricht einem Anteil von 19,8 %. 6.820 bzw. 80,2 % sind Männer. Die Parteizugehörigkeit der Frauen zeigt, dass 48,1 % (N=808) der Frauen etablierten Parteien zugehörig sind, 45,1 % (N=758) nicht-etablierten Parteien. Für weitere 6,8 % liegen keine Angaben vor (N=114).¹¹⁹

In fünf der 901 Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen sind die Mitglieder in 17 Fraktionen organisiert.¹²⁰ In 14 Fällen leiten Männer den Fraktionsvorsitz. Das entspricht 82,4 %.

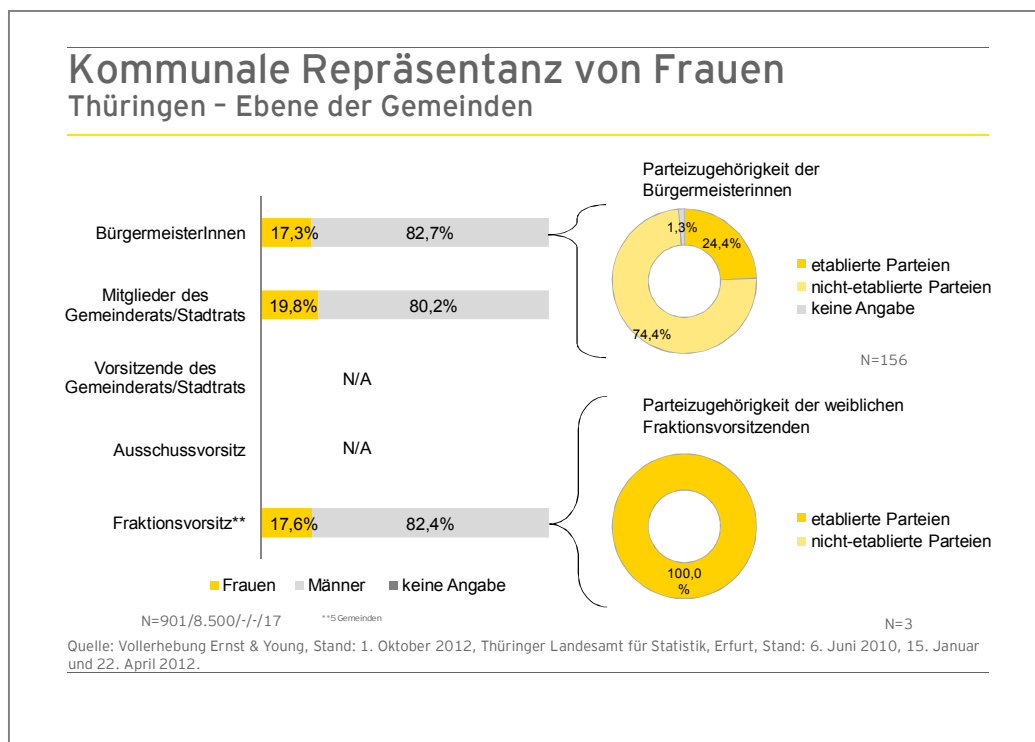
¹¹⁸ Der Fraktionsvorsitz konnte nur für fünf Gemeinden erhoben werden.

¹¹⁹ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

¹²⁰ Zu 300 Gemeinden konnten keine Angaben ermittelt werden.

Weitere drei Fraktionsvorsitzende bzw. 17,6 % sind weiblich. Diese sind zu 100,0 % in etablierten Parteien tätig.¹²¹

Abbildung 15: Thüringen – Gemeindeebene



3.5.4. Spitzenpositionen

Ergänzend werden im Folgenden die jeweiligen Repräsentanzen aggregiert. Ziel ist es, Aussagen zu treffen, hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vergleich zu Vertreterinnen in Gremien. Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in allen Gremien gegenübergestellt. Es wurde abschließend die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert. Die nachfolgende Tabelle 22 gibt einen Überblick.

¹²¹ Es wird darauf hingewiesen, dass eine Repräsentativität nicht gegeben ist.

Tabelle 22: Spitzenpositionen in Thüringen

Gesamt Thüringen	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	130	100,0	100	76,9	23	17,7	7	5,4
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene	782	100,0	616	78,8	166	21,2	0	0,0
Spitzenpositionen Verbundebene	114	100,0	89	78,1	25	21,9	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	918	100,0	759	82,7	159	17,3	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene	8.500	100,0	6.820	80,2	1.680	19,8	0	0,0
Spitzenpositionen	1.162	100,0	948	81,6	207	17,8	7	0,6
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	9.282	100,0	7.436	80,1	1.846	19,9	0	0,0

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für alle drei Ebenen: Kreis, Verband- und Gemeindeebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen niedriger ist als in den jeweiligen Vertretungen. In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (17,8 %) seltener vertreten sind als in Gremien (19,9 %).

3.5.5. Zusammenfassung für Thüringen

Die Tabelle 23 gibt einen Überblick über die Ergebnisse der vorangegangenen Betrachtungen:¹²²

Tabelle 23: Repräsentanz von Frauen in Thüringen - aggregiert

Ebene Kreis	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)			Alter (nur Frauen)	
	N	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben	N	Ø
Landrat	17	100,0	11	64,7	6	35,3	0	0,0	100,0	0,0	0,0	6	50,3
Kreistagsmitglied	782	100,0	616	78,8	166	21,2	0	0,0	66,3	33,7	0,0	-	-
Kreisvorsitz	17	100,0	9	52,9	2	11,8	6	35,3	50,0	50,0	0,0	-	-
Ausschussvorsitz	17	100,0	11	64,7	6	35,3	0	0,0	100,0	0,0	0,0	6	50,3
Fraktionsvorsitz	79	100,0	69	87,3	9	11,4	1	1,3	77,8	22,2	0,0	-	-
Gesamt	912	100,0	716	78,5	189	20,7	7	0,0	68,8	31,2	0,0	12	50,3

¹²² Für weitere Daten verweisen wir u. a. auf die Anlage Datensammlung/Datenbuch Abschnitt 2.17 bis 2.20.

Ebene Gemeinschaft	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Anga- ben/ unbe- setzte Positi- onen		Parteizugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Gemeinschafts- vorsitzende	114	100,0	89	78,1	25	21,9	0	0,0	12,0	4,0	84,0
Gesamt	114	100,0	89	78,1	25	21,9	0	0,0	12,0	4,0	84,0

Ebene Gemeinden	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Anga- ben/ unbe- setzte Positi- onen		Parteizugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	in %	in %	in %	in %	in %	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Bürgermeisterin	901	100,0	745	82,7	156	17,3	0	0,0	24,4	74,4	1,3
Mitglieder Gemein- devertretung	8.500	100,0	6.820	80,2	1.680	19,8	0	0,0	48,1	45,1	6,8
Fraktionsvorsitz	17	100,0	14	82,4	3	17,6	0	0,0	100,0	0,0	0,0
Gesamt	9.418	100,0	7.579	80,5	1.839	19,5	0	0,0	46,2	47,5	6,3

Die Auswertung und Analyse kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Frauen sind im Vergleich zu Männern auf allen drei der untersuchten Ebenen der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert.
- ▶ Für die Ebene der Kreise, Verwaltungsverbände und Gemeinden ist festzustellen, dass:
 - Frauen als Bürgermeisterinnen mit einem Anteil von 13,4 %,
 - auf Ebene der Verwaltungsverbände bei Verbandsvorsitzenden mit einem Anteil von 21,9 % und
 - Frauen auf Ebene der Landrätinnen gar mit 17,3 % vertreten sind.
- ▶ Als Vertreterinnen in den Gremien sind Frauen auf Kreisebene mit einem Anteil von 21,2 % und in den Gemeindevertretungen mit einem Anteil von 19,8 % tätig.
- ▶ Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit ist festzustellen, dass Frauen, die kommunalpolitisch auf Kreisebene aktiv sind, vorrangig etablierten Parteien angehörig sind. Auffällig ist, dass 3 von vier Frauen auf Gemeindeebene in nicht-etablierten Parteien sind. Insgesamt ist der Anteil an Frauen, die in nicht-etablierten Parteien innerhalb der Kommunalpolitik tätig sind, höher als in anderen neuen Bundesländern.
- ▶ Hinsichtlich des Alters liegen nur Angaben für die Ebene der Landrätinnen vor. Das durchschnittliche Alter beträgt ca. 50 Jahre.

Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt deutlich, dass Frauen in Spitzenpositionen (17,8 %) seltener vertreten sind als in Gremien (19,9 %). Je höher die Ebene, desto seltener sind Frauen vertreten.

3.6. Vergleichsgruppen Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein

3.6.1. Rheinland-Pfalz

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten ist Basis für die vorliegende Analyse für Rheinland-Pfalz. Angaben zur Qualifikation, Alter und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Erhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nicht ermitteln.¹²³

Tabelle 24: Recherchierte Ebenen und Daten in Rheinland-Pfalz

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl Verbandsgemeinden	Anzahl Gemeinden *	Anzahl Gesamt *
Rheinland-Pfalz	1	8	66	75
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.6.1.1. Ebene der Landkreise

Auf Ebene der Landkreise wurden die Positionen Landrat, ehrenamtliche Kreisträte sowie Fraktionsvorsitzende erhoben.¹²⁴

Der Landkreis Mainz-Bingen wird von einem Landrat regiert. Der Kreistag setzt sich aus 50 Kreistagsmitgliedern zusammen.¹²⁵ Von den 50 Mitgliedern sind 20 Frauen und 30 Männer.^{126,127} Der korrespondierende relative Wert beträgt 40,0 % für Frauen und 60,0 % für Männer.

Hinsichtlich des Merkmals Parteizugehörigkeit für Frauen zeigt sich, dass 95,0 % (N=19) der Frauen bei etablierten Parteien sind. Weitere 5,0 % (N=1) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zugehörig.

Es wurden vier Fraktionsvorsitze für den Kreistag im Landkreis Mainz-Bingen identifiziert. Von den vier Fraktionsvorsitzenden ist eine Person eine Frau. Das entspricht einem relativen Anteil in Höhe von 25,0 %. Drei Personen bzw. 75,0 % sind Männer. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass die weibliche Fraktionsvorsitzende einer etablierten Partei angehört.¹²⁸

¹²³ Daten und Informationen des Amtes für Statistik und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

¹²⁴ Informationen zu Kreis- und Ausschussvorsitzenden liegen nicht vor.

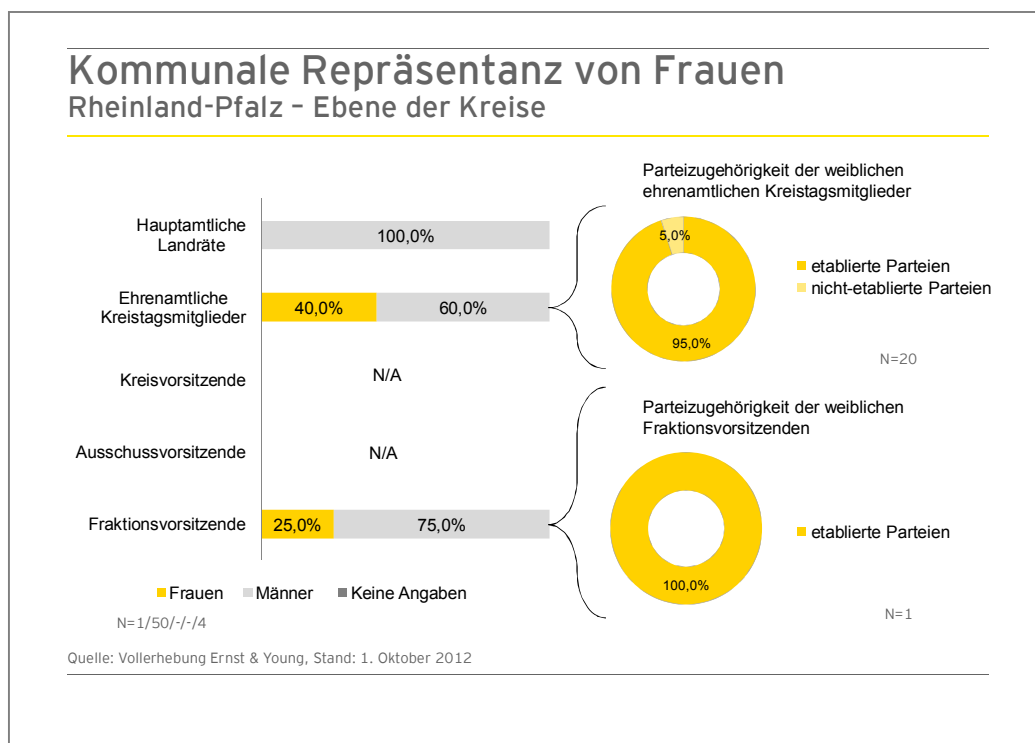
¹²⁵ Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es 24 LandrätInnen (Stand: 2009). Davon sind 2 Frauen, was einem relativem Anteil von 8,3 % entspricht.

¹²⁶ Nach Angaben des Statistischen Landesamtes sind 19 der 50 Kreistagsmitglieder Frauen. Die Angaben basieren auf älteren Daten aus dem Jahr 2009.

¹²⁷ Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es 1.064 Mandatsträger (Stand: 2009). Davon sind 245 Frauen, was einem relativem Anteil von 23,0 % entspricht.

¹²⁸ Angaben zum Kreisvorsitz bzw. Ausschussvorsitz des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) liegen nicht vor.

Abbildung 16: Rheinland-Pfalz, Mainz-Bingen - Ebene der Kreise



3.6.1.2. Ebene der Verbandsgemeinden

Der Landkreis Mainz-Bingen umfasst acht Verbandsgemeinden. Es wurden die Positionen BürgermeisterIn der Verbandsgemeinde, Mitglieder des Verbandsgemeinderats und Fraktionsvorsitzende erhoben (siehe Abbildung 17).

In allen acht Verbandsgemeinden wird die Position des Bürgermeisters von einem Mann besetzt.¹²⁹

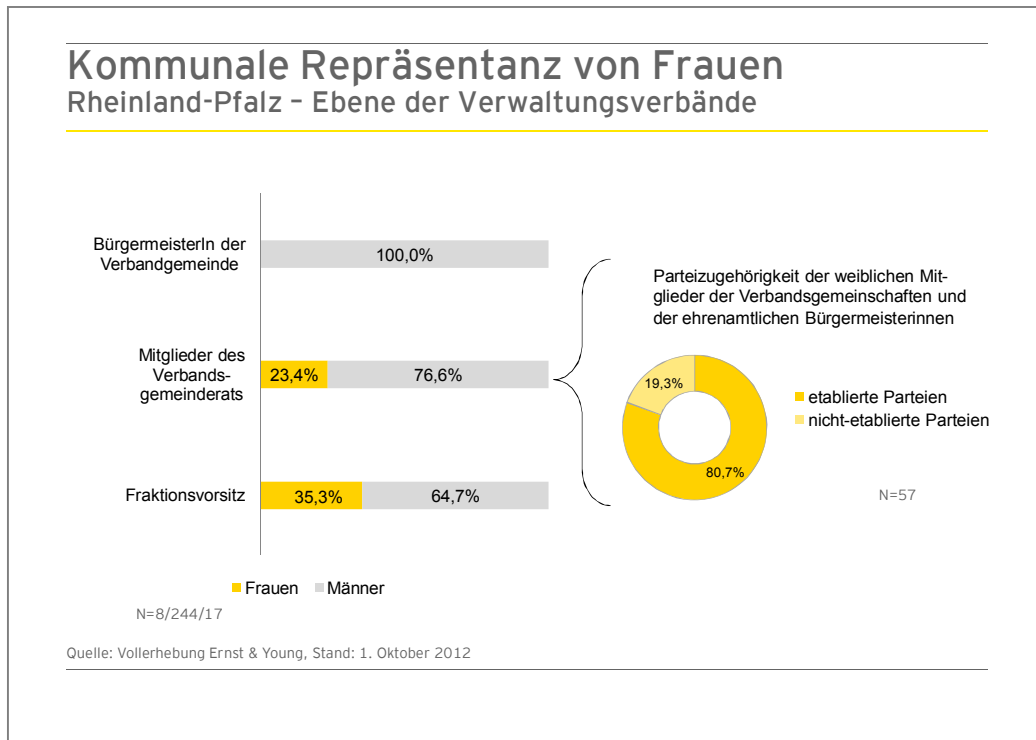
Als Mitglieder des Verbandsgemeinderats wurden insgesamt 244 Personen identifiziert. Hiervon sind 57 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 23,4 % entspricht.¹³⁰ Von diesen Frauen sind 80,7 % (N=46) in etablierten Parteien, weitere 19,3 % (N=11) sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen.

Für vier der Verbandsgemeinden wurden 17 Fraktionsvorsitzende ermittelt. Von den 17 Fraktionsvorsitzenden sind 35,3 % Frauen (N=6) und 64,7 % Männer (N=11). 33,3 % (N=2) der Frauen gehören etablierten Parteien an und 66,7 % (N=4) nicht-etablierten.

¹²⁹ Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es 161 Verbundgemeinden (Stand: 2009). Davon werden sieben Verbundgemeinden von Frauen regiert, was einem relativen Anteil von 4,3 % entspricht.

¹³⁰ Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es 4.784 Mandatsträger (Stand: 2009). Davon sind 855 Frauen, was einem relativen Anteil von 17,9 % entspricht.

Abbildung 17: Rheinland-Pfalz, Mainz-Bingen - Ebene der Verwaltungsverbände



3.6.1.3. Ebene der Gemeinden

In Mainz-Bingen gibt es 66 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern, die für die Analyse berücksichtigt wurden. Es wurden die Positionen BürgermeisterIn, Mitglieder des Gemeinderats, Gemeinderats-, Ausschuss- und Fraktionsvorsitz erhoben (siehe Abbildung 18).

In 10 der 66 Gemeinden amtieren Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 15,2 %. Der Anteil der Männer beträgt 84,8 %.¹³¹ Angaben zur Parteizugehörigkeit liegen für 80,0 % (N=8) der Frauen vor: 20,0 % (N=2) der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 60,0 % (N=6) nicht-etablierten Parteien angehörig. Für 20,0 % (N=2) der Frauen liegen keine Informationen zur Parteizugehörigkeit vor.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 993 Mitglieder des Gemeinderats ermittelt. 226 Personen sind Frauen. Das entspricht einem Anteil von 22,8 % aller Mitglieder. 767 bzw. 77,2 % sind Männer.¹³² Die Parteizugehörigkeit der Frauen zeigt, dass 56,6 % (N=128) der Frauen etablierten Parteien zugehörig sind, 23,5 % (N=53) nicht-etablierten Parteien. Für weitere 19,9 % (N=45) liegen keine Angaben vor.

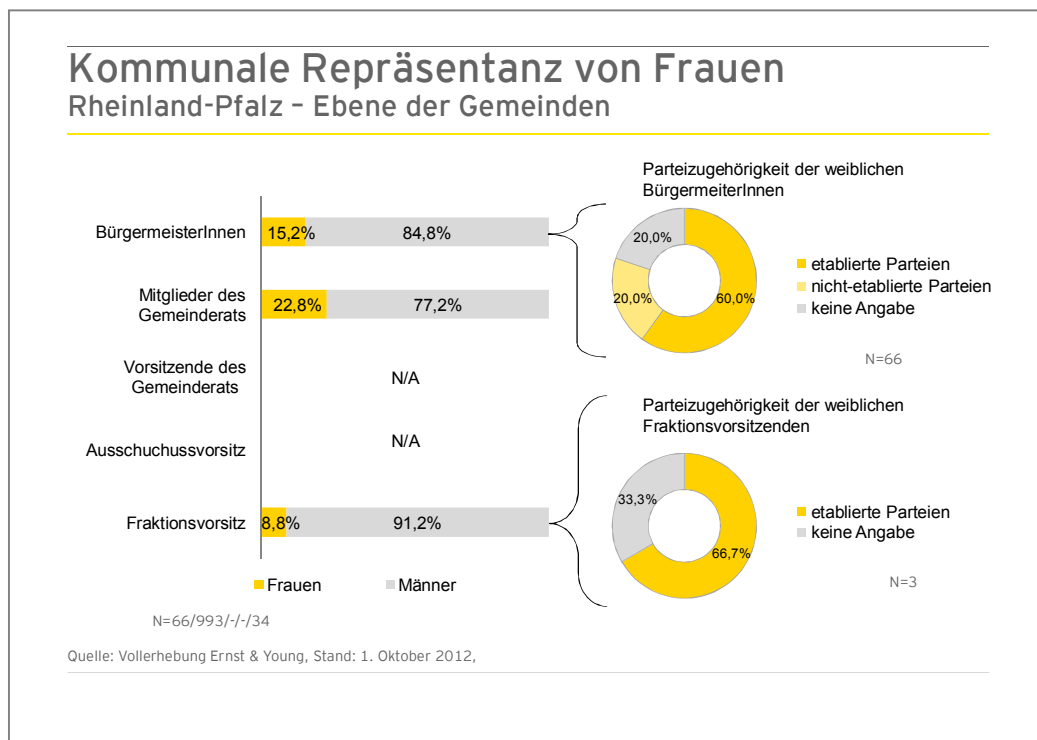
¹³¹ Auf Basis von Daten des Statistischen Landesamtes aus dem Jahr 2009 gibt es in Rheinland-Pfalz 2.258 ehrenamtliche BürgermeisterInnen (Stand: 2009). Davon sind 178 Frauen, was einem relativen Anteil von 7,9 % entspricht. Ferner gibt es 36 verbundfreie hauptamtliche BürgermeisterInnen. Der Anteil von beträgt 8,3 %.

¹³² Nach Angaben des Statistischen Landesamtes gibt es 26.594 Mandatsträger (Stand: 2009). Davon sind 4.266 Frauen, was einem relativen Anteil von 16,0 % entspricht.

Angaben zum Gemeinderatsvorsitz und dem Ausschussvorsitz in den Gemeinden liegen nicht vor.¹³³

Für acht Gemeinden wurden 34 Fraktionsvorsitze identifiziert. In 31 Fällen werden diese von Männern besetzt. Das entspricht 91,2 %. Es gibt drei weibliche Vorsitzende, von denen eine in einer etablierten Partei tätig ist und zwei in nicht-etablierten Parteien.

Abbildung 18: Rheinland-Pfalz, Mainz-Bingen – Gemeindeebene



3.6.1.4. Spitzenposition

Ergänzend werden im Folgenden die jeweiligen Repräsentanzen aggregiert. Ziel ist es, Aussagen zu treffen, hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vergleich zu Vertreterinnen in Gremien. Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in allen Gremien gegenübergestellt. Es wurde abschließend die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert.

¹³³ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Die nachfolgende Tabelle 25 gibt einen Überblick.

Tabelle 25: Spitzenpositionen in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	5	100,0	4	80,0	1	20,0	0	0,0
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene</i>	50	100,0	30	60,0	20	40,0	0	0,0
Spitzenpositionen Verbandsebene	25	100,0	19	76,0	6	24,0	0	0,0
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Verbandsebene</i>	244	100,0	187	76,6	57	23,4	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	100	100,0	87	87,0	13	13,0	0	0,0
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene</i>	993	100,0	767	77,2	226	22,8	0	0,0
Spitzenpositionen	130	100,0	110	84,6	20	15,4	0	0,0
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	1.287	100,0	984	76,5	303	23,5	0	0,0

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für alle drei Ebenen: Kreis, Verband- und Gemeindeebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen niedriger ist als in den jeweiligen Vertretungen.

In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (15,4 %) seltener vertreten sind als in Gremien (23,5 %).

Eine Zusammenfassung und Einordnung erfolgt gemeinsam mit den Daten zu Schleswig-Holstein.

3.6.2. Schleswig-Holstein

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten ist Basis für die vorliegende Analyse für Schleswig-Holstein. Angaben zur Qualifikation, Alter und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Erhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nicht ermitteln.¹³⁴

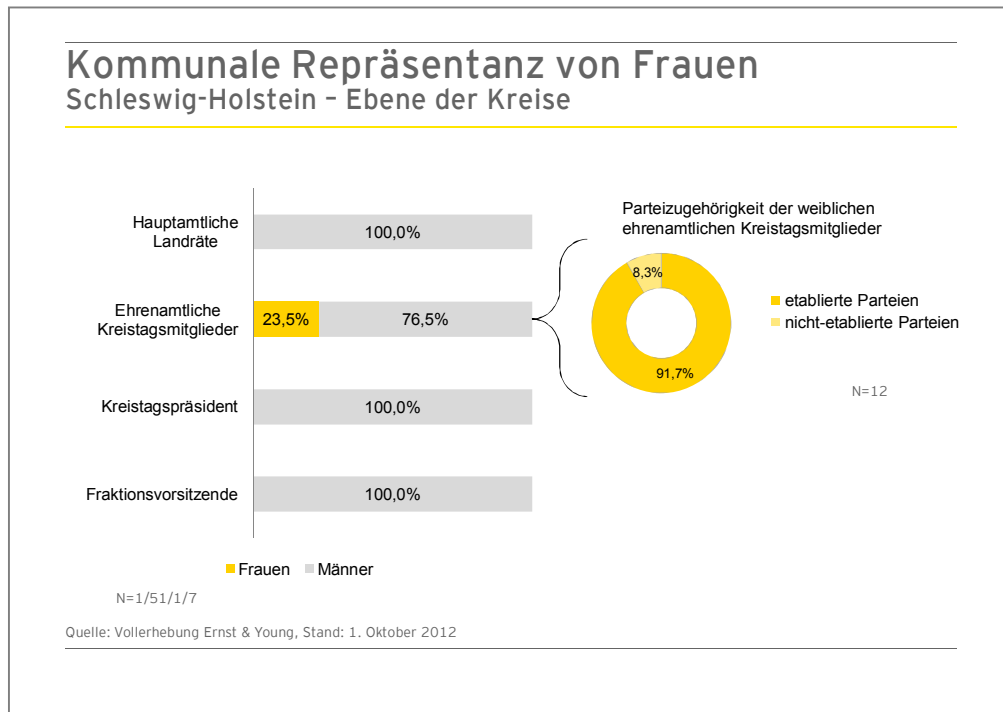
Tabelle 26: Recherchierte Ebenen und Daten in Schleswig-Holstein

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl Ämter	Anzahl Gemeinden *	Anzahl Gesamt *
Schleswig-Holstein	1	7	109	117
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

3.6.2.1. Ebene der Landkreise

Auf Ebene des Landkreises wurden die Positionen Landräte, ehrenamtliche Kreistagsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ausschussvorsitzende sowie Fraktionsvorsitzende erhoben. Die Abbildung 19 gibt einen Überblick.

Abbildung 19: Schleswig-Holstein, Steinburg - Ebene der Kreise



¹³⁴ Daten und Informationen des Amtes für Statistik und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

Die Position des Landrates im Landkreis Steinburg in Schleswig-Holstein bekleidet ein Mann.

In dem Kreistag des Landkreises sitzen 51 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder. Von den 51 Mandats-trägern sind 12 Frauen und 39 Männer. Der korrespondierende relative Wert beträgt 23,5 % (N=1) für Frauen und 76,5 % (N=11) für Männer.

Hinsichtlich des Merkmals Parteizugehörigkeit für Frauen zeigt sich, dass 91,7 % (N=11) der Frauen bei etablierten Parteien sind. Weitere 8,3 % (N=1) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zugehörig. Ferner wurden sieben Fraktionsvorsitze für den Kreistag in Steinburg identifiziert. Unter den sieben Fraktionsvorsitzenden gibt es keine Frau.

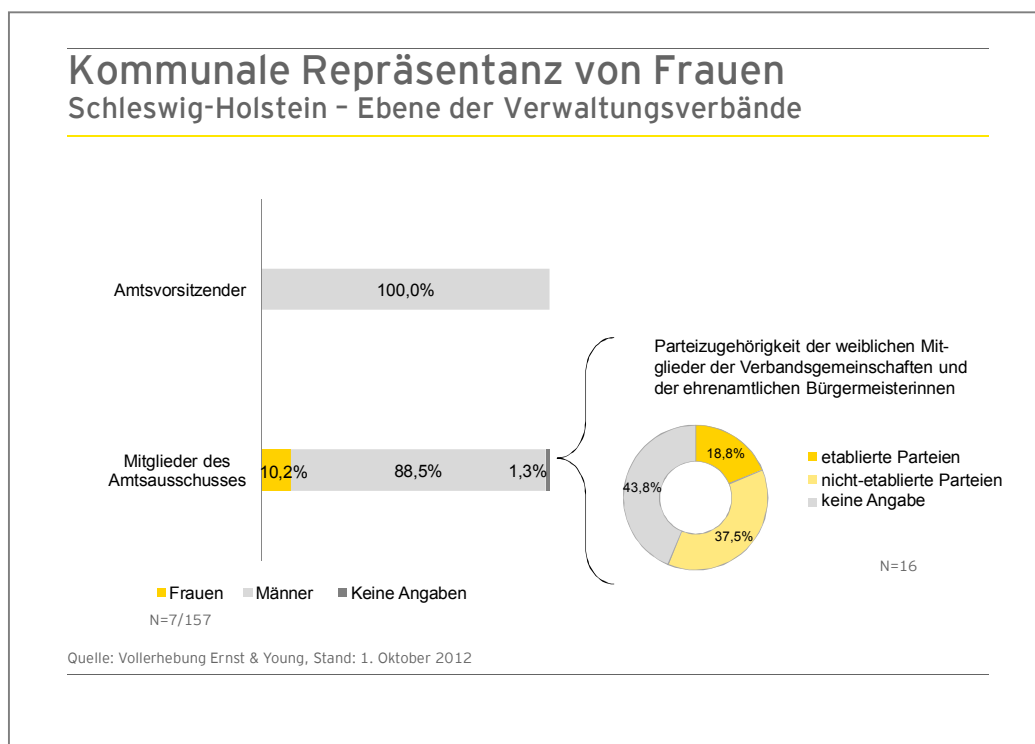
3.6.2.2. Ebene der Verwaltungsverbände

Der Landkreis Steinburg in Schleswig-Holstein umfasst sieben Ämter. Es wurden die Positionen des Amtsvorsitzenden und die Mitglieder des Amtsausschusses erhoben.

Alle sieben Ämter werden von Männern geführt.

Als Mitglieder des Amtsausschusses wurden insgesamt 157 Personen identifiziert. Hiervon sind 16 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 10,2 % entspricht. Von diesen Frauen sind 18,8 % (N=3) in etablierten Parteien, weitere 37,5 % (N=6) sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen. Für 43,8 % (N=7) der Frauen lagen keine Informationen vor. Angaben zum Alter waren nicht ermittelbar bzw. konnten nicht vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt werden (siehe auch Abbildung 20).

Abbildung 20: Schleswig-Holstein, Steinburg - Ebene der Verwaltungsverbände



3.6.2.3. Ebene der Gemeinden

Im Landkreis Steinburg in Schleswig-Holstein gibt es 109 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern, die für die Analyse berücksichtigt wurden. Es wurden die Positionen BürgermeisterIn, Mitglieder des Gemeinderats, Gemeinderats-, Ausschuss- und Fraktionsvorsitz erhoben (siehe Abbildung 21).

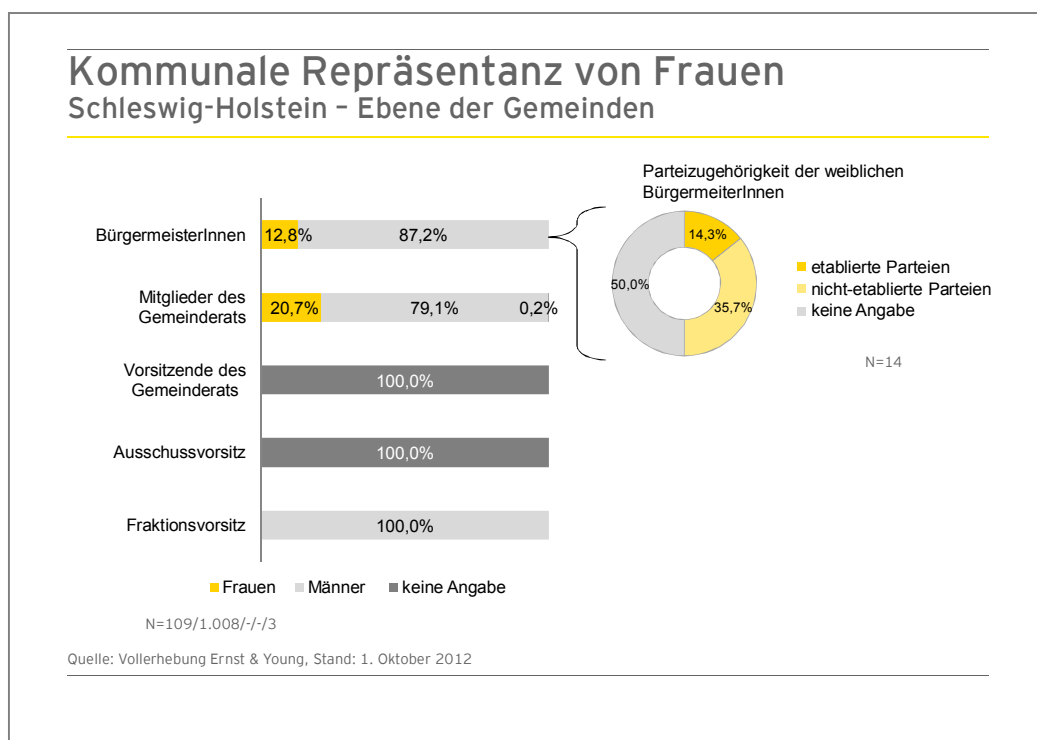
In 14 der 109 Gemeinden amtiert Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 12,8 %. Der Anteil der Männer beträgt folglich 87,2 %. Angaben zur Parteizugehörigkeit liegen für 50,0 % (N=7) der Frauen vor: 14,3 % (N=2) der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 35,7 % (N=5) nicht-etablierten Parteien angehörig.

Mittels Erhebung wurden weiterhin 1.008 Mitglieder des Gemeinderats ermittelt. 209 Personen sind Frauen. Das entspricht einem Anteil von 20,7 % aller Mitglieder. 797 bzw. 79,1 % sind Männer. Die Parteizugehörigkeit der Frauen zeigt, dass 19,6 % (N=43) der Frauen etablierten Parteien zugehörig sind, 32,5 % (N=73) nicht-etablierten Parteien. Für weitere 47,8 % (N=107) liegen keine Angaben vor.

Bezüglich des Gemeinderatsvorsitzes und des Ausschussvorsitzes liegen keine Angaben vor.¹³⁵

In den Gemeinden wurden drei Fraktionsvorsitze identifiziert. In allen drei Fällen werden diese von Männern besetzt.

Abbildung 21: Schleswig-Holstein, Steinburg - Gemeindeebene



¹³⁵ Hierzu liegen keine Angaben des statistischen Landesamtes oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

3.6.2.4. Spitzenposition

Ergänzend werden im Folgenden die jeweiligen Repräsentanzen aggregiert. Ziel ist es, Aussagen zu treffen, hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen in Spitzenpositionen im Vergleich zu Vertreterinnen in Gremien. Dies wird der Grundgesamtheit aller KommunalpolitikerInnen in allen Gremien gegenübergestellt. Es wurde abschließend die Repräsentanz von Frauen in allen Spitzenpositionen auf Landesebene aggregiert. Die nachfolgende Tabelle 27 gibt einen Überblick.

Tabelle 27: Spitzenpositionen in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	9	100,0	9	100,0	0	0,0	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene	51	100,0	39	76,5	12	23,5	0	0,0
Spitzenpositionen Amtsebene	7	100,0	7	100,0	0	0,0	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Amtsebene	157	100,0	139	88,5	16	10,2	2	1,3
Spitzenpositionen Gemeindeebene	112	100,0	98	87,5	14	12,5	0	0,0
Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene	1.008	100,0	797	79,1	209	20,7	2	0,2
Spitzenpositionen	128	100,0	114	89,1	14	10,9	0	0,0
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	1.216	100,0	975	80,2	237	19,5	4	0,3

Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für alle drei Ebenen: Kreis, Verband- und Gemeindeebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen niedriger ist als in den jeweiligen Vertretungen. In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (10,9 %) seltener vertreten sind als in Gremien (19,5 %).

3.6.3. Zusammenfassung der Vergleichsgruppe

Die Auswertung und Analyse für die Vergleichsgruppe kommt zu folgenden Ergebnissen:

- ▶ Frauen sind im Vergleich zu Männern auf allen drei der untersuchten Ebenen der Kommunalpolitik stark unterrepräsentiert.
- ▶ Für die Ebene der Kreise, Verwaltungsverbände und Gemeinden ist festzustellen, dass:
 - Frauen als Bürgermeisterinnen mit einem Anteil von 15,2 % (Rheinland-Pfalz) und 12,8 % (Schleswig-Holstein),
 - Frauen auf Ebene der Landrätinnen und der Verwaltungsverbände als Bürgermeisterinnen der Verbandsgemeinde bzw. Amtsvorsitzende gar nicht vertreten sind.
- ▶ Als Vertreterinnen in den Gremien sind Frauen auf Kreisebene mit einem Anteil von 40,0 % (Rheinland-Pfalz) bzw. von 23,5 % (Schleswig-Holstein) vertreten.
- ▶ Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit ist festzustellen, dass Frauen, die kommunalpolitisch auf Kreisebene aktiv sind, vorrangig etablierten Parteien angehörig sind.
- ▶ Hinsichtlich des Alters liegen nur Angaben für die Ebene der Landrätinnen vor. Das durchschnittliche Alter beträgt ca. 50 Jahre.

Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt deutlich, dass Frauen in Spitzenpositionen (15,4 % für Rheinland-Pfalz bzw. 10,9 % für Schleswig-Holstein) seltener vertreten sind als in Gremien (23,5 % für Rheinland-Pfalz bzw. 19,5 % für Schleswig-Holstein).

Auf Basis dieser Werte können keine signifikanten Unterschiede festgestellt werden.

3.7. Zusammenfassende Betrachtung

Die Grundgesamtheit der erhobenen Daten bildet die Basis für die vorliegende Analyse für die neuen Bundesländer und ist der folgenden Tabelle zu entnehmen (siehe hierzu auch Kapitel 2.4.7.).

Tabelle 28: Recherchierte Ebenen und Daten für die neuen Bundesländer

Bundesländer	Anzahl Landkreise*	Anzahl, Ämter/ Verbände/ Verwaltungsgemeinschaften*	Anzahl Gemeinden *	Anzahl Gesamt *
Neue Bundesländer	58	351	2.773	3.182
* Angaben, zu denen Daten und Informationen recherchiert werden konnten				Quelle: Eigene Erhebung

Angaben zur Qualifikation, Alter und Familienstand der Frauen in allen Positionen und Ebenen ließen sich im Rahmen der Gesamterhebung bzw. durch das Statistische Landesamt nicht für alle Bundesländer ermitteln.¹³⁶

Die folgende Tabelle 29 gibt eine Zusammenfassung der Ergebnisse, die im Rahmen der vollumfänglichen Erhebung ermittelt wurden.¹³⁷

Tabelle 29: Kommunale Strukturen in den neuen Bundesländern

Zusammenfassung der neuen Bundesländer - Kreisebene	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen, Anteil in %)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Landrat	58	100,0	50	86,2	8	13,8	0	0,0	100,0	0,0	0,0
Kreistagsmitglied	3.450	100,0	2.764	80,1	686	19,9	0	0,0	84,5	15,5	0,0
Kreisvorsitz	58	100,0	45	77,6	7	12,1	6	10,3	85,7	14,3	0,0
Ausschussvorsitz	58	100,0	50	86,2	8	13,8	0	0,0	100,0	0,0	0,0
Fraktionsvorsitz	312	100,0	264	84,6	47	15,1	1	0,3	85,1	14,9	0,0
Gesamt	3.936	100,0	3.173	80,6	756	19,2	7	0,2	79,6	14,2	0,0

¹³⁶ Daten und Informationen der Statistischen Landesämter und Landeswahlleitungen liegen nicht vor.

¹³⁷ Abweichungen in der Summe ergeben sich durch Rundung der Einzelergebnisse.

Tabelle 29: Kommunale Strukturen in den neuen Bundesländern

Zusammenfassung der neuen Bundesländer - Verbandsebene	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Amtsleiter	351	100,0	286	81,5	60	17,1	5	1,4	10,0	3,3	86,7
Ausschussmitglied	1.914	100,0	1.571	82,1	343	17,9	0	0,0	14,9	13,4	71,7
Gesamt	2.265	100,0	1.857	82,0	403	17,8	5	0,2	14,1	11,9	73,9

Zusammenfassung der neuen Bundesländer - Gemeindeebene	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen		Parteilzugehörigkeit (nur Frauen)		
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %	etabliert	Nicht etabliert	keine Angaben
Bürgermeisterin	2.773	100,0	2.283	82,4	475	17,1	15	0,5	21,3	36,4	42,3
Mitglieder Gemeindevertretung	29.252	100,0	22.801	77,9	6.287	21,5	164	0,6	43,6	31,7	24,7
Gemeinderatsvorsitz	1.872	100,0	839	44,8	145	7,8	888	47,4	24,8	7,6	67,6
Ausschussvorsitz	1.084	100,0	617	56,9	112	10,3	355	32,7	10,7	7,1	82,1
Fraktionsvorsitz	989	100,0	773	78,2	178	18,0	38	3,8	75,3	24,7	0,0
Gesamt	35.970	100,0	27.313	75,9	7.197	20,0	1.460	0,0	42,0	31,0	27,1

3.7.1. Ebene der Landkreise

In den betrachteten fünf neuen Ländern existieren insgesamt 58 Landkreise. Darunter werden acht Landkreise von hauptamtlichen Landrätinnen regiert. Der relative Anteil von Frauen an allen Landräten beträgt 13,8 %. Der Anteil der Männer beträgt 86,2 % bzw. 50 Landräte. Abbildung 22 gibt einen grafischen Überblick für die Ebene der Kreise.

Unter den Mandatsträgern wurden weitere Spitzenpositionen identifiziert, wie Kreistagsvorsitz, Ausschussvorsitz und Fraktionsvorsitz. Die Abbildung 22 gibt einen Überblick. Die Ergebnisse zeigen ferner, dass der Frauenanteil bei Fraktionsvorsitzenden 15,1 % und bei Ausschussvorsitzenden 13,8 % beträgt.

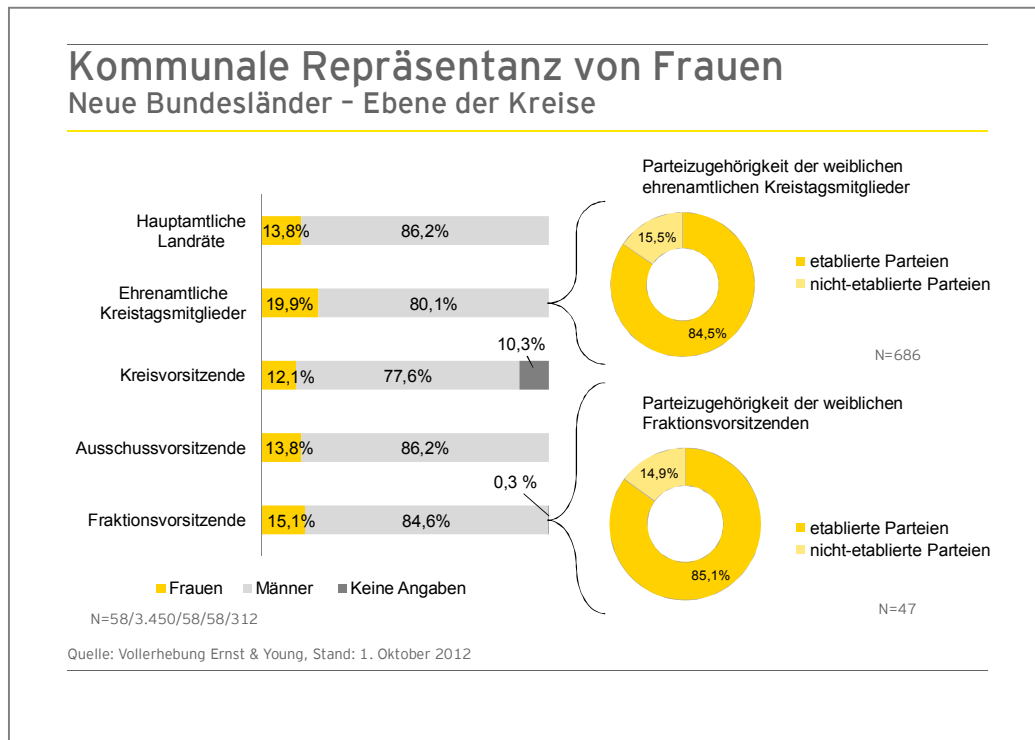
In den jeweiligen Kreistagen wurden insgesamt 3.450 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder identifiziert, unter ihnen 686 Frauen und 2.764 Männer. Der korrespondierende relative Wert beträgt 19,9 % für Frauen und 80,1 % für Männer.

Unter den weiblichen Kreistagsmitgliedern sind 84,5 % (N=580) der Frauen etablierten Parteien angehörig, weitere 15,5 % (N=106) der Frauen sind in nicht-etablierten Parteien.

Hinsichtlich der Parteilzugehörigkeit der Fraktionsvorsitzenden zeigt sich, dass 85,1 % (N=40) der weiblichen Fraktionsvorsitzenden etablierten Parteien angehören. Weitere 14,9 % (N=7) der Frauen sind nicht-etablierten Parteien zuzuordnen.

Repräsentative Aussagen zur Qualifikation, dem Alter sowie zum Familienstand der Frauen sind, aufgrund der zu geringen Fallzahlen, nicht möglich.

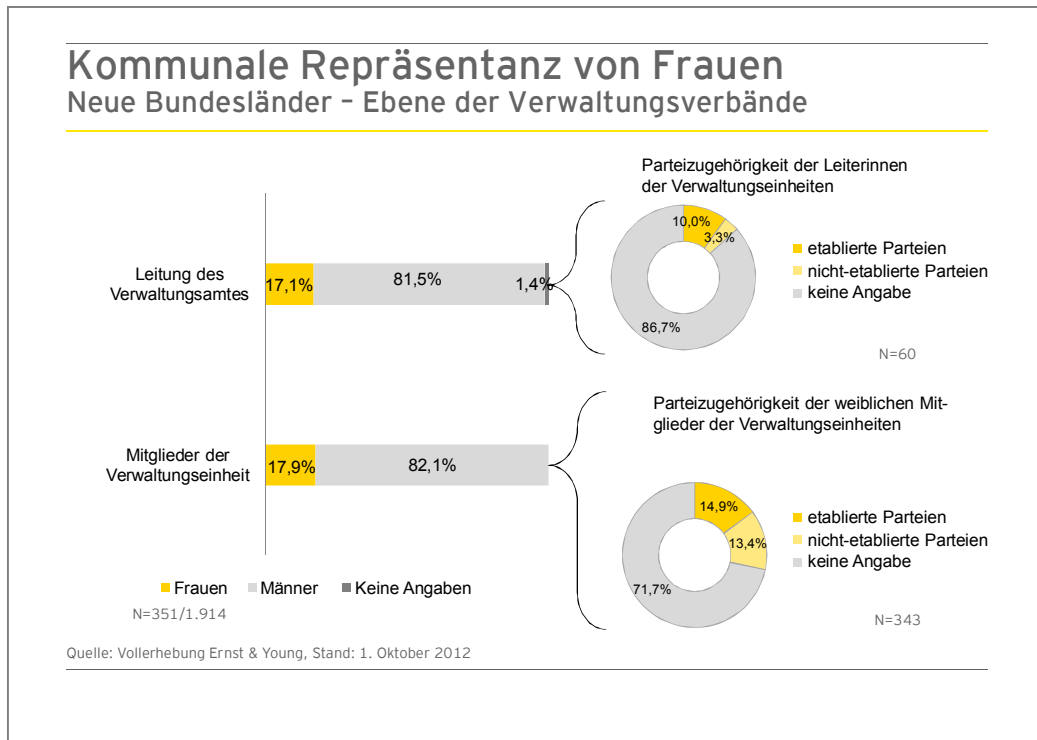
Abbildung 22: Neue Bundesländer – Ebene der Kreise



3.7.2. Ebene der Ämter/Verwaltungsgemeinschaften/Verwaltungsverbände

Für die untersuchte Ebene wurden insgesamt 351 Ämter/Verwaltungsverbände bzw. Verwaltungsgemeinschaften identifiziert. In 60 Verwaltungseinheiten werden die Verwaltungsämter von Frauen geführt. Das entspricht einem relativen Frauenanteil von 17,1 %. Als Mitglieder der Verwaltungseinheiten wurden insgesamt 1.914 Personen identifiziert. Hiervon sind 343 Mitglieder Frauen, was einem Anteil von 17,9 % entspricht. Abbildung 23 gibt einen grafischen Überblick.

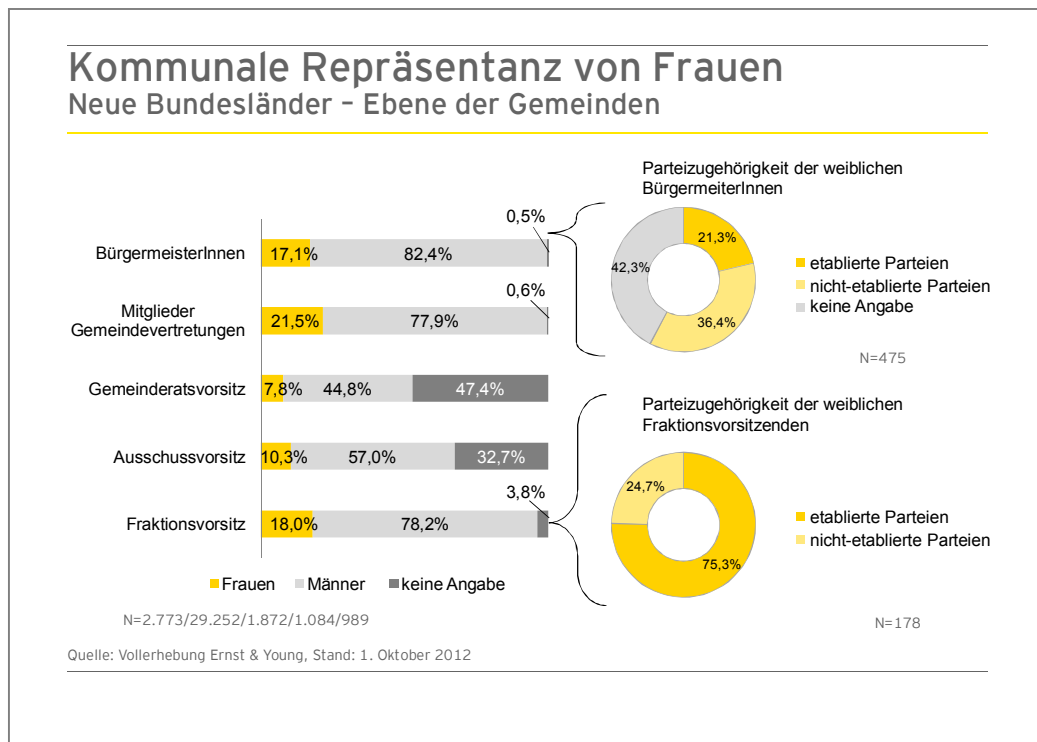
Abbildung 23: Neue Bundesländer – Ebene der Verbandsverwaltungen



3.7.3. Ebene der Gemeinden

In den Untersuchungen wurden 2.773 Gemeinden mit max. 50.000 Einwohnern identifiziert, die für die Analyse berücksichtigt wurden. Davon amtieren in 475 Gemeinden Bürgermeisterinnen. Das entspricht einem Anteil von 17,1 %. Der Anteil der Männer beträgt knapp 82,4 %. Angaben zur Parteiliche Zugehörigkeit liegen für 57,7 % (N=274) der Frauen vor: 21,3 % (N=101) der Bürgermeisterinnen sind etablierten, weitere 36,4 % (173) nicht-etablierten Parteien angehörig (siehe Abbildung 24).

Abbildung 24: Neue Bundesländer - Gemeindeebene



Hinsichtlich des Alters liegen Angaben für 99 Bürgermeisterinnen vor (siehe Tabelle 30). Die Mehrheit der Bürgermeisterinnen, d. h. 50,5 %, ist in der Altersgruppe zwischen 26 und 55 Jahren. Weiterhin sind knapp die Hälfte der Bürgermeisterinnen über 55 Jahre alt. Die jüngste Bürgermeisterin ist 33 Jahre, die älteste 73 Jahre. Der Median beträgt 54 Jahre. Aufgrund der geringen Fallzahlen von insgesamt 99 Personen können hier keine repräsentativen Aussagen gemacht werden. Vielmehr sind die Aussagen als Indikation zu sehen.

Tabelle 30: Merkmal Alter von Frauen der Gemeindeebene

Altersgruppen	N	in Prozent
Bis 25 Jahre	0	0,0
Bis 55 Jahre	50	50,5
über 55 Jahre	49	49,5
	99	100,0
Tiefstwert (absolut)	33	
Höchstwert (absolut)	73	
Arithmetisches Mittel (absolut)	54	
Median (absolut)	55	

Valide Aussagen zur Qualifikation der Frauen können aufgrund insgesamt zu geringer Fallzahlen nicht gemacht werden.

Mittels Gesamterhebung wurden weiterhin 29.252 Mitglieder von Gemeindevertretungen ermittelt. 22.801 bzw. 77,9 % sind Männer. 6.287 Personen bzw. 21,5 % aller Mandatsträger sind Frauen. Von den weiblichen Mandatsträgerinnen sind 43,6 % (N=2.741) der Frauen etablierten Parteien und 31,6 % (1.986) nicht-etablierten Parteien angehörig. Für knapp ein Viertel der Frauen liegen keine Angaben vor.¹³⁸ Angaben zum Alter bzw. Familienstand waren nicht ermittelbar.

Der Gemeinderatsvorsitz konnte für 1.872 Gemeinden ermittelt werden. 839 der Gemeinden werden von Männern (44,8 %) und 145 von Frauen (7,8 %) geführt. Für 888 Frauen (47,4 %) sind keine Angaben ermittelbar bzw. die Position des Vorsitzes ist unbesetzt. Hinsichtlich der Parteizugehörigkeit zeigt sich, dass 24,8 % (N=36) der Vorsitzenden den etablierten Parteien zuzurechnen sind, 7,6 % (N=11) nicht etablierten Parteien. Für 67,6 % (N=98) liegen keine Angaben vor.

Den Ausschussvorsitz in 1.084 untersuchten Gemeinden nehmen zu knapp 57,0 % Männer wahr (N=617) und zu 10,3 % der Frauen (N=112). Für 355 Positionen (32,7 %) liegen keine Angaben vor. Zur Parteizugehörigkeit liegen nur für 17,9 % der Personen Informationen vor: 10,7 % (N=12) sind in etablierten, 7,1 % (N=8) in nicht-etablierten Parteien tätig.

In den Gemeinden wurden 989 Fraktionsvorsitze identifiziert. In 773 Fällen werden diese von Männern besetzt. Das entspricht 78,2 %. Weitere 178 Personen bzw. 18,0 % sind weibliche Vorsitzende. Die Frauen sind zu 75,3 % (N=134) in etablierten Parteien tätig, weitere 24,7 % (N=44) sind in nicht-etablierten Parteien tätig. Die Abbildung 24 gibt einen Überblick.

3.7.4. Spitzenpositionen

Abschließend erfolgt eine aggregierte Betrachtung der jeweiligen Repräsentanzen. Die nachfolgende Tabelle 31 gibt einen Überblick. In allen Ebenen ist der Anteil der Männer in Spitzenpositionen signifikant höher. Ein Vergleich der Zusammensetzung der Spitzenpositionen zeigt für alle drei Ebenen: Kreis, Verband- und Gemeindeebene, dass der Frauenanteil in Spitzenpositionen niedriger ist als in den jeweiligen Vertretungen.

Auffällig ist, dass die Unterschiede auf Ebene der Verbunds- und Verwaltungseinheiten eher marginaler Art sind, da beide Indikatoren für den Frauenanteil bei Spitzenfunktionen mit 17,1 % und für Gremienvertreter mit 17,9 % keinen deutlichen Unterschied aufzeigen.

Der Vergleich der Spitzenpositionen über alle drei Verwaltungsebenen zu der Gesamtheit an Kommunalpolitikern zeigt klar, dass Frauen in Spitzenpositionen (13,8 %) seltener vertreten sind als in Gremien (21,1 %).

¹³⁸ Es liegen keine Angaben der statistischen Landesämter oder öffentlich zugängliche Daten (wie Homepage der Gemeinde etc.) vor.

Tabelle 31: Spitzenpositionen in den neuen Bundesländern

Zusammenfassung der neuen Bundesländer	Insgesamt		Männer		Frauen		Keine Angaben/ unbesetzte Positionen	
	N	in %	N	in %	N	in %	N	in %
Spitzenpositionen Kreisebene	486	100,0	409	84,2	70	14,4	7	1,4
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Kreisebene</i>	3.450	100,0	2.764	80,1	686	19,9	0	0,0
Spitzenpositionen Amts/ Verbundsgemeinschaftsebene	351	100,0	286	81,5	60	17,1	5	1,4
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Amts/Verbundsgemeinschaftsebene</i>	1.914	100,0	1.571	82,1	343	17,9	0	0,0
Spitzenpositionen Gemeindeebene	6.718	100,0	4.512	67,2	910	13,5	1.296	19,3
<i>Gesamt Anzahl KommunalpolitikerIn Gemeindeebene</i>	29.252	100,0	22.801	77,9	6.287	21,5	164	0,6
Spitzenpositionen	7.555	100,0	5.207	68,9	1.040	13,8	1.308	17,3
Gremien aller drei Ebenen insgesamt	34.616	100,0	27.136	78,4	7.316	21,1	164	0,5

3.7.5. Einordnung der Ergebnisse aus der Gesamterhebung

Das Forschungsprojekt hat erstmals eine Gesamterhebung zur kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den ländlichen Regionen der neuen Länder durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen auf Ebene der Kreise, Verbundverwaltungen und Gemeinden deutlich unterrepräsentiert sind. Festzustellen ist, dass die Ergebnisse vergleichbarer Studien, jedoch mit z. T. stark unterschiedlichem regionalen Bezug, den Anteil von Frauen in den kommunalpolitischen Ämtern zum Teil höher ausweisen.

In einer Literaturübersicht von Hoecker wird der Anteil von Frauen in politischen Ämtern deutscher Großstädte zwischen 30-40 % geschätzt.¹³⁹ Der 2. Atlas zur Gleichstellung des BMFSFJ (2012) weist aktuell einen Frauenanteil in den Parlamenten der Bundesländer zwischen 18 und 43 %.¹⁴⁰ Der Durchschnittswert liegt bei ca. 32 %.

Bei Betrachtung des Frauenanteils an den Mandaten in den kommunalen Vertretungen, d. h. in den Kreistagen der Landkreise, den Gemeinderäten der Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte, beträgt der durchschnittliche Wert 26 %.¹⁴¹ Die Spannweite reicht von knapp 19 % bis 42 %. Basis bildeten die amtlichen Wahlstatistiken. Der Fokus lag auch hier bei größeren Gebietseinheiten.

¹³⁹ Hoecker, 2008.

¹⁴⁰ BMFSFJ, 2012.

¹⁴¹ Ebenda.

Kletzing und Lukoschat¹⁴² geben in ihrer Studie den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern mit durchschnittlich knapp 25 % an. Basis sind hier Berechnungen, die auf Erhebungen des Deutschen Städtetags in einzelnen Städten beruhen.

Im Vergleich zu den o. g. Studien basieren die Ergebnisse dieser Studie auf einer Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern in über 3.000 Gemeinden. Gegenstand der Erhebung waren Städte und Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern. Eine solche Erhebung wurde erstmalig durchgeführt. Das Forschungsvorhaben kommt zu dem Ergebnis, dass

- ▶ auf Kreisebene der Frauenanteil in kommunalen Vertretungen und Gremien knapp 19,9 % beträgt, bei Spitzenpositionen beträgt der Anteil 14,4 %,
- ▶ auf Ebene der Verbunds- / Verwaltungsebenen bzw. Ämter beträgt der Frauenanteil in den Gremien 17,9 %, bei Spitzenpositionen, wie Amtsdirektorin, beträgt der Anteil 17,1 % und
- ▶ auf Ebene der Gemeinden beträgt der Frauenanteil in den Gremien 21,5 %, bei Spitzenpositionen, wie Bürgermeisterinnen, beträgt der Anteil 13,5 %.

Diese Ergebnisse zur kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen ordnen sich in bisherige Studienergebnisse ein. Sie untermauern und ergänzen einen bisher noch nicht untersuchten Bereich von Kommunen und Gemeinden in ländlichen Regionen und stellen daher einen bisher unberücksichtigten Aspekt heraus.

Nur wenige Studien im Themenbereich gehen explizit auf die Parteizugehörigkeit der kommunalpolitisch aktiven Frauen ein. Die Bertelsmann-Studie gibt den Anteil von Kommunalpolitikerinnen in etablierten Parteien mit knapp 81 % an; Der Anteil von Frauen, die in anderen Wählergruppen aktiv sind, beträgt 19 %.¹⁴³ Die Angaben beruhen auf Erhebungen für Gesamtdeutschland. Kletzing und Lukoschat kommen in Ihrer Studie zum Ergebnis, dass 85 % der Frauen etablierten Parteien angehören. Der Anteil von Frauen in nicht-etablierten Parteien (Sonstige Parteien) beträgt 15 %.¹⁴⁴ Basis der Untersuchung war eine Stichprobe und der Fokus lag bei größeren Gebietseinheiten.

In der gleichen Studie von Kletzing und Lukoschat untersuchen die Autorinnen auch das Alter der Kommunalpolitikerinnen. 89 % der Befragten sind über 40 Jahre alt, die überwiegende Mehrheit ist zwischen 40 und 60. Die Untersuchungen im Rahmen dieser Studie kommen zum Ergebnis, dass knapp 50 % der Frauen jünger als 55 Jahre ist. Insgesamt ist festzustellen, dass die kommunalpolitisch aktiven Frauen im Durchschnitt in der zweiten Lebenshälfte in der Kommunalpolitik aktiv sind.

3.7.6. Zusammenfassung

Erstmalig erfolgte eine Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen für die Ebene der Landkreise, der Verbunds-/Verwaltungsebenen bzw. Ämter sowie die Ebene der Gemeinden unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern.

Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen, im Vergleich zu Männern, auf kommunalpolitischer Ebene unterrepräsentiert sind.

¹⁴² Kletzing und Lukoschat, 2010.

¹⁴³ Vgl. Bertelsmann-Stiftung, 2006.

¹⁴⁴ Kletzing und Lukoschat, 2010.

Festzustellen ist, dass es regionale Unterschiede in der Repräsentanz im Vergleich der Regionen und Kreise gibt.

- ▶ Der Anteil von Frauen in den neuen Bundesländern, die die hauptamtliche Position des Landrats inne haben, beträgt 13,8 % (N=8). Der Anteil von Frauen als ehrenamtliche Mitglieder in den Kreistagen liegt deutlich höher und beträgt 19,9 % (N=686). Bei Berücksichtigung aller Führungspositionen, wie Kreis-, Ausschuss- oder Fraktionsvorsitz, haben Frauen einen Anteil von 14,4 % (N=70).
- ▶ Auf Ebene der Verwaltungsgemeinschaften/Verbände und Ämter haben Frauen mit einem Anteil von 17,1 % (N=475) die Position der Leitung inne. Hinsichtlich der Mitglieder der Verbandsgemeinden bzw. der ehrenamtlichen BürgermeisterInnen weisen Frauen einen Anteil von 17,9 % (N=343) auf.

Festzustellen ist, dass die Werte für beide Positionen zwar voneinander verschieden sind, aber nur in geringem Maße. Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Regionen.

- ▶ Der Anteil von Frauen in den neuen Bundesländern, die die Position der Bürgermeisterin ausüben, beträgt 17,1 %. Der Anteil von Frauen als Mitglieder in den Gemeindevertretungen liegt höher und beträgt 21,5 %. Ferner ist für die Ebene der Gemeinden festzustellen, dass der Anteil von Frauen in Positionen, wie BürgermeisterInnen, Gemeinderats-, Ausschuss- und Fraktionsvorsitz, 13,5 % beträgt.

Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen auf Ebene der Kreise, Verbundverwaltungen und Gemeinden deutlich unterrepräsentiert sind. Zusammenfassend ist ferner festzustellen, dass Frauen in Spitzenpositionen seltener vertreten sind als in Gremien. Je höher die Position bzw. das Mandat, desto unterrepräsentierter sind Frauen in den kommunalen Ebenen.

Ferner zeigen die Ergebnisse, dass soziodemografische Merkmale eine Rolle bei der Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik spielen. Festzustellen ist, dass Frauen, die kommunalpolitisch aktiv sind, weitgehend etablierten Parteien angehören. Je nach Ebene variieren die Werte. Auf Ebene der Kreise sind etwa acht von 10 Frauen in etablierten Parteien (N=602). Nur zwei von zehn Frauen sind hingegen in nicht-etablierten-Parteien. Festzustellen ist ferner, dass insbesondere auf Gemeindeebene der Anteil von Frauen in nicht-etablierten Parteien höher ist als auf den anderen beiden Ebenen. Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Regionen.

Hinsichtlich des soziodemografischen Merkmals Alter ist festzustellen, dass Frauen, die kommunalpolitisch aktiv sind, im Median 55 Jahre alt sind. Allerdings ist diese Aussage als Indikation zu werten, da insgesamt nur sehr wenige Fallzahlen zum Alter der Frauen vorliegen.

Valide Aussagen zur Qualifikation und zum Familienstand der Frauen sind, aufgrund der geringen Fallzahlen, nicht möglich.

Die Ergebnisse bezüglich der Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalen Gremien ordnen sich in bisherige Studien ein. Es ist ferner festzustellen, dass die Ergebnisse vergleichbarer Studien jedoch mit z. T. unterschiedlichem regionalem Bezug, einen zum Teil deutlich höheren Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Ämtern ausweisen als im ländlichen Raum.

Auf Basis der Gesamterhebung können folgende Hypothesen bestätigt werden:

- ▶ Es besteht eine deutliche Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die in den Regionen Ostdeutschlands sehr unterschiedlich ausgeprägt ist.

- ▶ Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass kommunalpolitische Repräsentanz durch parteipolitisches Engagement bestimmt wird. Das wird vertiefend in qualitativen Interviews untersucht.
- ▶ Die Daten deuten darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen dem soziodemografischen Merkmal Alter und dem kommunalpolitischen Engagement besteht. Aufgrund nur weniger Fallzahlen kann dies nicht mit Sicherheit gesagt werden. Die Hypothese wird daher in qualitativen Interviews vertiefend untersucht.

4. Ergebnisse der qualitativen Interviews und des Workshops

4.1. Erhebung der Indikatoren und Themenkomplexe

Es wurden 30 Kommunalpolitikerinnen interviewt (siehe Abschnitt 2.5.2) sowie ein Reflexionsworkshop organisiert. In diesem Abschnitt werden die erhobenen Indikatoren dargestellt, die von den interviewten Kommunalpolitikerinnen aufgezeigten Empfehlungen dokumentiert und die Ergebnisse der qualitativen Erhebungen insgesamt beurteilt.

4.1.1. Biografien und soziodemografische Merkmale

Die Ergebnisse des Desk Researchs zeigen, dass die Biografien und die soziodemographische Ressourcen bei der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen eine besondere Rolle spielen. Der Einfluss der Biografie auf das kommunalpolitische Engagement von Frauen wird in dem Themenblock „Biografie und soziodemografische Merkmale“ untersucht. Hier wird aufgezeigt, wer die Frauen sind, die kommunalpolitisch aktiv werden und welche Einflüsse in den Werdegängen von Kommunalpolitikerinnen entscheidend für ihr Engagement sind. Untersucht wurden die Indikatoren:

- ▶ Soziodemografische Merkmale,
- ▶ Erwerbsbiografie,
- ▶ Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben und
- ▶ Herkunft.

Soziodemografische Merkmale

Um die Frauen zu charakterisieren, ist zu erheben, welche kommunalpolitische Position sie innehaben und ob diese im Haupt- oder im Ehrenamt ausgeübt wird. Der Ausbildungsabschluss und der Beruf der Frauen haben ebenso Einfluss auf ihren Werdegang wie ihre familiäre Situation. Um die Werdegänge einzuschätzen, spielt das Merkmal Alter in diesem Zusammenhang eine Rolle.

Um beantworten zu können, wer die Frauen sind, die sich kommunalpolitisch engagieren, wurden im Rahmen der Interviews nachfolgende soziodemografische Merkmale erhoben:

- ▶ Kommunalpolitische (hauptamtliche oder ehrenamtliche) Position und Funktion,
- ▶ Beruf,
- ▶ Alter (für eine zusammenfassende Darstellung wurden Altersgruppen gebildet),¹⁴⁵
- ▶ Familienstand und Kinder sowie
- ▶ Ausbildungsabschluss.

¹⁴⁵ Die gewählten Altersgruppen a) Bis 30 Jahre, b) zwischen 30 und 50 Jahre und c) ab 51 Jahre orientieren sich an der tatsächlichen Zusammensetzung der befragten 30 Kommunalpolitikerinnen.

Nach der Auswertung können die Frauen mit folgenden Merkmalen charakterisiert werden:

- ▶ Von den untersuchten kommunalen Ebenen (Kreis, Verbund/Verband/Gemeinde) ist die Ebene der Gemeinden am stärksten repräsentiert. Hier wurden 16 Kommunalpolitikerinnen interviewt. Auf der Ebene der Verbundverwaltung wurden acht Kommunalpolitikerinnen befragt. Auf der Kreisebene wurden sechs Kommunalpolitikerinnen befragt.
- ▶ Es wurden 20 hauptamtlich und 10 ehrenamtlich tätige Kommunalpolitikerinnen befragt.
- ▶ Fast die Hälfte aller befragten Kommunalpolitikerinnen (14 Interviewte) und nahezu Dreiviertel aller hauptamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen sind als Bürgermeisterinnen tätig. Es folgen die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen (drei Interviewte) und die Amtsdirektorinnen (drei Interviewte). Außerdem wurden Kreisrätinnen (drei Interviewte), Stadträtinnen (zwei Interviewte) und Ortsvorsteherinnen (zwei Interviewte) befragt. Ferner wurden jeweils eine Landrätin, eine stellvertretende Landrätin und eine Kreistagsvorsitzende interviewt. Zu berücksichtigen ist, dass die befragten Kommunalpolitikerinnen sich durch Mehrfachfunktionen auszeichnen (siehe auch den nachfolgenden Punkt).
- ▶ Die befragten Frauen haben oft Mehrfachfunktionen auf verschiedenen kommunalen Ebenen. Fast alle der befragten Kommunalpolitikerinnen haben neben ihrer Position bzw. ihrem Engagement, in dem sie hauptsächlich kommunalpolitisch aktiv sind, weitere Funktionen, wie z. B. in Gemeindevertretungen und / oder in Parteien. Es gibt zwei Kommunalpolitikerinnen, die neben der kommunalpolitischen Ebene auch auf der Landesebene politisch aktiv sind.
- ▶ Die Kommunalpolitikerinnen sind zwischen 36 und 68 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt beträgt 51 Jahre.
- ▶ Mehr als Dreiviertel der befragten Frauen sind verheiratet (24 Interviewte), eine Kommunalpolitikerin lebt in einer Partnerschaft und fünf der Befragten sind ledig.
- ▶ Nahezu alle befragten Frauen haben Kinder (27 von 30 Interviewten), die mehrheitlich jedoch nicht mehr im Haushalt leben. Fünf der befragten Kommunalpolitikerinnen mit Kindern sind oder waren alleinerziehend.
- ▶ Von den befragten Kommunalpolitikerinnen hat die Mehrzahl (23 Interviewte) ein Fach- oder Hochschulstudium absolviert. Sechs der interviewten Kommunalpolitikerinnen haben eine Berufsausbildung und eine Kommunalpolitikerin hat einen Meisterabschluss.
- ▶ Über die Hälfte der Befragten (17 Interviewte) haben mehrere Ausbildungen bzw. Hochschulabschlüsse.

Erwerbsbiografie

Relevant für die Charakterisierung der Kommunalpolitikerinnen ist die Erwerbsbiografie. Der Verlauf der beruflichen Entwicklung, die Wirkung der Wiedervereinigung auf die berufliche Entwicklung und der Einfluss auf den Einstieg in die Kommunalpolitik sowie die Ausübung des kommunalpolitischen Engagements werden in den Interviews untersucht.

Nach Auswertung der Interviews ergibt sich für die befragten Frauen folgendes Bild:

- ▶ Es wird deutlich, dass sich die Erwerbsbiografien der hauptamtlich und ehrenamtlich tätigen Interviewten unterscheiden.
- ▶ Bei einer ehrenamtlichen kommunalpolitischen Tätigkeit sind etwa ¼ der Frauen hauptberuflich als Beamtin oder Angestellte des öffentlichen Dienstes tätig.
- ▶ Bei den ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen gibt es einen hohen Anteil an Selbstständigen.
- ▶ Bei den ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen ist das Engagement immer eine bewusste Ergänzung zur beruflichen Tätigkeit.
- ▶ Bei den befragten und derzeit hauptamtlich kommunalpolitisch tätigen Frauen war die Mehrzahl der Kommunalpolitikerinnen (12 Interviewte) in ihrer vorherigen Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung tätig.
- ▶ Etwa ein Viertel der Befragten kommt zuvor aus dem sozialen Bereich, wie dem Gesundheits-, Pflege- oder Fürsorgewesen.
- ▶ Zwei der hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen waren vorher in der Politik tätig.
- ▶ Eine hauptamtliche tätige Kommunalpolitikerin war zuvor Unternehmerin.

Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben

Die Auswertung einschlägiger Studien hat gezeigt, dass die Vereinbarkeit von familiären Aufgaben einerseits und Berufstätigkeit andererseits mit dem kommunalpolitischen Engagement einen wesentlichen Einfluss auf die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen hat. Wie dieser Zusammenhang von den Interviewten eingeschätzt wird, wird in diesem Themenkomplex untersucht. Es wird dabei zwischen ehrenamtlich und hauptamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen unterschieden. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Bei über Dreiviertel der Interviewten ist die hauptamtliche Tätigkeit als Kommunalpolitikerin mit dem Privatleben vereinbar. Sie wird durch die Unterstützung der Familie und des Partners ermöglicht. *„Es geht nicht ohne Unterstützung. Man muss in der Familie schon untereinander klarkommen und das unterstützen.“* Viele der Frauen geben an, die hauptamtliche Tätigkeit erst begonnen zu haben, als ihre Kinder schon älter waren, und somit nicht so stark betreut werden mussten. *„Meinen Mann sehe ich manchmal die ganze Woche nicht. Viele Termine, viel Arbeit. Mein Werdegang ging nur, weil mein Sohn aus dem Haus war (...).“*
- ▶ Bei etwa der Hälfte der Interviewten ist eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Kommunalpolitik mit dem Privatleben vereinbar, wenn die Unterstützung und das Verständnis der Familie und des Partners vorhanden sind. Auch hier spielt das Alter der Kinder eine Rolle, der Eintritt in die Kommunalpolitik erfolgte erst als die Kinder älter waren.
- ▶ Bei einem knappen Viertel der Frauen ist bzw. war die hauptamtliche Tätigkeit als Kommunalpolitikerin mit dem Privatleben nicht vereinbar, da sie viel Zeit in ihre Aufgabe investieren. Der Partner zeigte kein Verständnis für die Karriere der Frau, sie erfuhr keine Unterstützung. Einige Beziehungen sind über diese Arbeit zerbrochen.

Eine der Interviewten beschreibt das so: *„Mein erster Mann (....) hatte Probleme mit meiner Berufstätigkeit, er konnte einfach nicht mithalten. Wissen Sie, was ich meine?“*

- ▶ Bei ehrenamtlicher Tätigkeit in der Kommunalpolitik ist bei der Hälfte der Frauen diese mit dem Privatleben und vor allem dem Beruf nicht gut vereinbar, weil sehr viel Zeit in das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement investiert werden muss. Von den Interviewten wird insbesondere die mangelnde zeitliche Flexibilität in ihrem Beruf aufgeführt, die die Vereinbarkeit mit dem kommunalpolitischen Amt erschwert. Auch der zeitliche Aufwand, der betrieben werden muss, um inhaltlich mit den hauptamtlich tätigen Frauen gleichauf zu sein, ist nicht immer vollumfänglich leistbar. *„Wir (...) sagen, wie wir gestalten wollen, auch als Freizeitpolitiker. (...) Dieses gediegene Selbstbewusstsein fehlt. Sich in die kleinteiligen Strukturen der Fachexpertise einzuarbeiten ist notwendig, um mit den Hauptamtlichen mitzuhalten (...).“*
- ▶ Die Vereinbarkeit kommunalpolitischer Tätigkeit im Ehren- oder Hauptamt mit Beruf und Privatleben wird von allen befragten Frauen als große Motivation für ihr Engagement gesehen. Eine Befragte beschreibt: *„Die Herausforderung stellt sich eher für die unterstützende Kernfamilie, die mir unter die Arme greift und mich sehr entlastet. Für mich ist es einfacher als für die Menschen in meiner Umgebung, sie stellen sich auf mich ein.“*

Herkunft

Ob es Unterschiede in der Lebens- und Arbeitssituation von Frauen in Ost- und Westdeutschland gibt, wird in vielen Untersuchungen thematisiert. Das zeigt sich in den Biografien und Lebenssituationen. Ebenso zu untersuchen ist, ob und wie die Wende den Verlauf der Biografien, den Status und die Lebensumstände der Frauen beeinflusst hat. Um das kommunalpolitische Engagement von Frauen in den neuen Ländern zu untersuchen, wird auch die Herkunft der Kommunalpolitikerinnen thematisiert, d. h. ob sie aus den neuen Ländern stammen.

Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Die Mehrzahl der interviewten Frauen (27 Interviewte) kommt aus den neuen Ländern. Sie sind i.d.R. in der Region geboren, in der sie kommunalpolitisch aktiv sind. Einige wenige Frauen stammen aus anderen Regionen, sind dann aber aus beruflichen und privaten Gründen in die Region gezogen, in der sie kommunalpolitisch aktiv sind. Diese Gruppe zeichnet insgesamt aus, dass sie heimatverbunden und verwurzelt mit der Region sind.
- ▶ Für etwa Dreiviertel der Interviewten spielt die Herkunft für das kommunalpolitische Engagement eine entscheidende Rolle. Einige Kommunalpolitikerinnen beschreiben sich als *„verwurzelt mit der Scholle“*. Eine weitere Befragte gibt an: *„Die Herkunft aus der Region ist entscheidend. Die Verbundenheit mit den Leuten hat mich zu meinem kommunalpolitischen Engagement bewegt (...).“*
- ▶ Hingegen misst etwa ein Viertel der Befragten der Herkunft eine geringe oder gar keine Bedeutung bei. Der Erfolg in der kommunalpolitischen Tätigkeit basiert ihrer Meinung nach auf anderen Faktoren. *„Die Einstellung macht´s, nicht der Ort.“* Eine weitere Interviewte beschreibt das folgendermaßen: *„Ich glaube, man kann das auch machen, wenn man von außen kommt. Wenn man das Muster der Strukturen durchblickt, kann man sich auf das Besondere stürzen und gestalten, wenn man weiß, wie´s tickt.“*

- ▶ Bei den Kommunalpolitikerinnen, die über 50 Jahre alt sind und die aus den neuen Bundesländern stammen, wird die Wende als große Veränderung im Leben gesehen. Die Wende stellt einen Katalysator bezüglich der nachfolgenden Entwicklung des Werdegangs der Frauen dar. Durch die strukturellen Veränderungen war eine persönliche und berufliche Beweglichkeit notwendig. Sie haben sich ihren Weg und neue berufliche Betätigungsfelder gesucht. Den Zugang zur Kommunalpolitik verstanden sie mehrheitlich, so die Kommunalpolitikerinnen, als Chance für ihre weitere Entwicklung.
- ▶ Drei der befragten Frauen stammen aus den alten Bundesländern. Sie sind aus familiären oder beruflichen Gründen in die neuen Ländern gezogen, in denen sie kommunalpolitisch aktiv sind. Die Bindung an die Region, so die befragten Frauen, hat sich nach der kommunalpolitischen Aktivität entwickelt. Eine hauptamtliche Bürgermeisterin gibt dazu folgendes an: *„Ich thematisiere das nicht. Ich möchte Befindlichkeiten in Ost-West nicht begünstigen. Es geht nicht um Herkunft, sondern um Qualität (...).“*

4.1.2. Einflussfaktoren für kommunalpolitisches Engagement

Innerhalb dieses Themenblocks wurden die Einflussfaktoren untersucht, die die Frauen in den neuen Ländern motivieren oder hemmen, kommunalpolitisch aktiv zu sein.

Hierbei werden die Aufgaben der kommunalpolitischen Position betrachtet und eingeschätzt, welche Hemmnisse es in der Ausübung der kommunalpolitischen Position gibt. Auch der Einfluss der Parteizugehörigkeit auf das kommunalpolitische Engagement wird in diesem Zusammenhang untersucht.

Betrachtet werden weiterhin die Hindernisse und Motivationen der Frauen, in den kommunalen Strukturen aktiv zu sein. Die Zukunftsperspektiven für das kommunalpolitische Engagement werden hier thematisiert. Ein weiterer zu analysierender Faktor ist der im Desk Research identifizierte Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem und kommunalpolitischem Engagement. Im Einzelnen werden folgende Faktoren und deren Bedeutung untersucht:

- a) die kommunalpolitische Rolle,
- b) die Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei,
- c) das kommunalpolitische Engagement,
- d) Hindernisse und Motivation für ein kommunalpolitisches Engagement,
- e) Zukunftsperspektiven für das kommunalpolitische Engagement und
- f) zivilgesellschaftliches Engagement.

a) Kommunalpolitische Rolle

Befragt nach den Aufgaben in der Kommunalpolitik, ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Das Management der Kommune ist für fast alle interviewten Frauen wichtig, unabhängig davon, ob sie hauptamtlich oder ehrenamtlich kommunalpolitisch tätig sind. Dabei wird deutlich, dass es für hauptamtlich tätige Kommunalpolitikerinnen eine große Herausforderung darstellt, die Abläufe in der Verwaltung effizient zu organisieren.

Eine Befragte schildert ihre wichtigste Aufgabe wie folgt: *„Führen eines Dienstleistungsunternehmens, allem voran Haushaltsführung und Investitionen.“* In Regionen, die besonders vom demografischen Wandel betroffen sind, sprechen die Frauen oftmals vom *„Verwalten des Mangels.“* Bei den ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitikerinnen ist die Einarbeitung in die Verwaltungs- und Gremienstrukturen und erforderlichen Kenntnisse der verschiedensten spezifischen Inhalte herausfordernd.

- ▶ Fast alle der Kommunalpolitikerinnen geben an, dass sie *„das Beste“* für ihre Kommune erarbeiten wollen. Diese Aufgabe hat für fast alle der befragten Frauen Priorität. Exemplarisch steht dafür die Aussage einer Bürgermeisterin: *„Ich will meiner Gemeinde dienen.“* Aber auch eine pragmatische Sicht der Dinge wird erwähnt: *„Ich will ja, dass das Dorf vorankommt, was auf die Beine stellen (...).“*
- ▶ Bei der Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten in ihrer kommunalpolitischen Rolle wird diese in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Situation der Region und den finanziellen Möglichkeiten gesehen. Die Mehrzahl der befragten Kommunalpolitikerinnen gab an, dass sie die Situation in ihrer Region insgesamt verbessern möchten.
- ▶ Knapp ein Fünftel der Kommunalpolitikerinnen waren mit der wirtschaftlichen Situation in ihrer Region zufrieden. Sie gaben als eine Hauptaufgabe ihrer kommunalpolitischen Rolle an, dass sie den Status, also die vorhandenen Rahmenbedingungen, bewahren möchten.

Die Frage nach den Hemmnissen des kommunalpolitischen Engagements wird wie folgt beantwortet:

- ▶ Die finanziellen Rahmenbedingungen werden von allen Kommunalpolitikerinnen als Hemmnis ihrer Gestaltungsmöglichkeiten gesehen. Sie bemängeln die unzureichende finanzielle Ausstattung: *„Wir haben viele Dinge, die wir einfach nicht entwickeln können, weil wir kein Geld haben (...).“*
- ▶ Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen wird auch das zivilgesellschaftliche bzw. ehrenamtliche Engagement ausgedünnt. Es stehen nicht ausreichend Mittel zur Förderung der Tätigkeiten und Projekte zur Verfügung. Die Kommunen sind jedoch auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Eine Kommunalpolitikerin fasst das so zusammen: *„(...) für Ehrenamtliche wünsche ich mir finanzielle Unterstützung und steuerliche Vorteile.“*
- ▶ Als großes Hemmnis für das kommunalpolitische Gestalten wird von den Interviewten die Abwanderung in ihrer Region gesehen. Es fehlen Arbeits- und Ausbildungsplätze, die Infrastruktur, wie bspw. der ÖPNV, ist aufgrund der Abwanderung in Verbindung mit den finanziellen Möglichkeiten der Region zu ausgedünnt.
- ▶ Gehemmt in ihren Gestaltungsmöglichkeiten sehen sich die Befragten auch durch die zunehmende Bürokratie und Regelungsdichte in der kommunalen Verwaltung. Einerseits wird durch die Vergrößerung der Verwaltungseinheiten der Handlungsspielraum in den unteren kommunalen Ebenen viel kleiner. Andererseits werden die Aufgaben immer komplexer und viele Vorschriften müssen beachtet werden. Eine Interviewte beschreibt das folgendermaßen: *„Es gibt bürokratische Hürden, die man einhalten muss und da stößt man an seine Grenzen. Man braucht viel Geduld (...).“*
- ▶ Die Komplexität der Themen, die die Kommunalpolitikerinnen bearbeiten müssen, wird immer größer. Die befragten Kommunalpolitikerinnen gaben an, dass sie sich in viele unterschiedliche Aufgaben in kurzer Zeit einarbeiten müssten.

Der Zeitfaktor spielt hier auch eine große Rolle: *„Zeit! Man kommt in jedes Gremium rein, man kann arbeiten, aber es fehlt an Zeit in Hinblick auf Beruf und Privatleben. Man kann nicht alles machen.“*

- ▶ Ein weiterer Aspekt, der von einigen Befragten als Hemmnis für ihr Engagement angegeben wurde, ist die Politikverdrossenheit und das Desinteresse der BürgerInnen, die sie in ihrer täglichen Arbeit beobachten.

Kommunalpolitisches Engagement zeichnet sich durch Präsenzkultur aus. Durch die Mehrfachbelastung und zeitliche Bindung ist die Teilnahme von Frauen an abendlichen Sitzungen und Sitzungsvorbereitungen eingeschränkt. Die kommunalpolitischen Positionen, vor allem die Spitzenpositionen, bleiben von Männern besetzt. Eine Politikerin mit einer kommunalen Spitzenposition beschreibt das so: *„In den Führungspositionen finden Sie kaum eine Frau. Deutschland ist ein Männerland.“*

b) Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei

Der Indikator „Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei“ in den neuen Ländern ist relevant, weil ein Zusammenhang zwischen Parteizugehörigkeit und Repräsentanz von Frauen in der Politik generell, aber im Besonderen in der Kommunalpolitik, nachgewiesen wird. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Knapp zwei Drittel der Frauen, die einer Partei angehören, nutzen diese als Instrument, um gewählt zu werden. Sie sehen ihre Parteizugehörigkeit gleichzeitig als wichtig an, um Mehrheiten zu gewinnen und Interessen für ihre Kommunen durchzusetzen (z. B. Fördermittel). Dazu nutzen sie die Netzwerke innerhalb der Parteien. Zwei der Befragten sind als Parteilo-se in das Amt gekommen, haben sich jedoch während ihrer Tätigkeit für eine Partei entschieden.
- ▶ Über ein Drittel der Politikerinnen, die einer Partei angehören, hat durch die Parteizugehörigkeit zu Beginn im entscheidenden Moment ein Karriereimpuls für ihre kommunalpolitische Karriere erfahren. Sie wurden durch die Partei motiviert oder angesprochen.
- ▶ Die Interviews zeigen, dass je höher die kommunalpolitische Position ist, desto öfter die Frauen in Parteien aktiv sind. Die Interviewergebnisse bestätigen somit auch die Ergebnisse aus der Gesamterhebung¹⁴⁶. Wenn Frauen einer Partei angehören, sind sie mit ihrer Position innerhalb der Partei zufrieden.
- ▶ Fast alle befragten Kommunalpolitikerinnen gaben an, dass im Mittelpunkt ihrer kommunalpolitischen Tätigkeiten parteiübergreifende Arbeit steht. *„Es gibt eher ein kommunalpolitisches Interesse als ein parteipolitisches“*.
- ▶ Die Mehrheit der Interviewten - unabhängig ob sie einer Partei angehören oder nicht - geben an, dass sie die bestehenden Strukturen und Kulturen in den Parteien oftmals als hinderlich empfinden. So existieren bspw. informelle Netzwerke, die die Arbeit in den Parteigremien erschweren. Ebenfalls wird angemahnt, dass es aus Sicht der befragten Frauen keine ausreichende Transparenz in den Parteihierarchien gibt.

¹⁴⁶ Siehe hierzu Kapitel 3.7, S. 84 - 85.

- ▶ Die befragten parteilosen Kommunalpolitikerinnen geben an, sich bewusst gegen den Eintritt in eine Partei entschieden zu haben. Einige dieser Befragten waren zu Beginn ihres Einstiegs noch parteipolitisch aktiv. Sie sind jedoch während ihrer kommunalpolitischen Aktivitäten ausgetreten. Über die Hälfte der Befragten entscheiden sich jedoch schon zu Beginn ihres kommunalpolitischen Engagements gegen eine Parteizugehörigkeit.
- ▶ Insbesondere auf der Ebene der Gemeinden konstatieren die parteilosen Befragten, dass sie sich selbst nicht als Politikerin sehen. Parteipolitik spielt für sie keine Rolle in der Kommunalpolitik. Parteistrukturen werden als hinderlich betrachtet, um kommunalpolitisch aktiv zu sein.
- ▶ Unter den parteilosen Kommunalpolitikerinnen gibt es auch Stimmen, die ihren Verzicht auf eine Parteimitgliedschaft als nachteilig empfinden, die sich in der täglichen Arbeit auswirkt. So ist z.B. die Beschaffung von Mehrheiten für Entscheidungen im Gemeinderat schwierig, *„wenn man keine Partei im Rücken hat.“*

c) Bedeutung des kommunalpolitischen Engagements

Die Bedeutung des kommunalpolitischen Engagements für die interviewten Frauen und was sie bewegt hat, sich kommunalpolitisch zu engagieren, wird hier thematisiert. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Kommunalpolitisches Engagement ist bei allen hauptamtlichen und ehrenamtlich tätigen Frauen, bis auf eine Ausnahme, von großer Bedeutung. Sie sehen dies als ihren Beitrag für das *„gute Zusammenleben“* in ihrer Region. Sie messen dem auch persönlich eine große Bedeutung bei. Kommunalpolitisches Engagement ist besonders bei den hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen gleichzeitig *„Beruf und Berufung“*.
- ▶ Etwa drei Viertel der Frauen, die hauptamtlich kommunalpolitisch tätig sind, haben die Initiative, sich kommunalpolitisch zu engagieren, selbst ergriffen. Diese Initiative bzw. den Entschluss beschreiben sie als Mischung aus Neugier und Motivation, etwas zu bewegen. Ferner sehen sie es als Perspektive für ihre berufliche Karriere. Sie sprechen von Vorbildern in ihrer Familie oder in ihrem persönlichen Umfeld, die ihnen mit ihrer Erfahrung im Engagement den Einstieg in die Kommunalpolitik erleichtert haben.
- ▶ Die Analyse zeigt, dass der Entschluss sich kommunalpolitisch zu engagieren, durch verschiedene Wege erfolgte: etwa über die Ansprache von Parteien, aber auch von BürgerInnen in den Gemeinden. Eine Kommunalpolitikerin berichtet vom Rücktritt des Bürgermeisters und von der breiten Ansprache aus ihrem Dorf an sie, doch als Nachfolgerin zu kandidieren. Die direkte Ansprache motiviert die Frauen, einen Zugang zum kommunalpolitischen Engagement zu finden.
- ▶ Bei etwa einem Fünftel der Interviewten führte ihr vorheriges gesellschaftspolitisches und zivilgesellschaftliches Engagement, sei es in der Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR oder in Initiativen, eine wesentliche Rolle für die kommunalpolitische Karriere. Dieses Engagement war für sie ausschlaggebend, um den Schritt in die Kommunalpolitik zu wagen. Eine Interviewte wurde bspw. direkt nach einem großen Erfolg in einer Bürgerinitiative, durch die sie einen hohen Bekanntheitsgrad erlangte, hauptamtliche Bürgermeisterin in ihrer Gemeinde.

d) Hindernisse und Motivationen für ein kommunalpolitisches Engagement

Die Hindernisse und die Motivationen für ein kommunalpolitisches Engagement von Frauen, die die Kommunalpolitikerinnen nach ihren Erfahrungen und Wahrnehmungen sehen, werden hier thematisiert. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Aus Sicht der Befragten stellen wesentliche Hindernisse für ein kommunalpolitisches Engagement die regionalen Rahmenbedingungen dar. Es fehlt an Arbeitsplätzen in den Regionen. Viele, vor allem jüngere Frauen, haben ihre Stadt oder ihr Dorf aus beruflichen Gründen verlassen.
- ▶ Es fehlen die Frauen, die sich kommunalpolitisch engagieren könnten. *„Es gibt eine Abwanderung von gut ausgebildeten Frauen (...). Frauen bleiben nicht wegen eines ehrenamtlichen Engagements da, wenn sie einen Job (...) in Aussicht haben.“*
- ▶ Die geringen Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommunalpolitik, vor allem auf der Ebene der Gemeinden, werden als hinderlich betrachtet.
- ▶ Die männerdominierten Strukturen in den Parteien und in den kommunalen Gremien werden als problematisch betrachtet, da Frauen oftmals vor den informellen Netzwerken und intransparenten Prozessen zurückschrecken. Die Interviewten berichten davon, dass man *„ein dickes Fell“* braucht, um sich da durchzusetzen, und dass sich Frauen oftmals diesen Strukturen nicht aussetzen wollen. *„Man könnte etwas bewegen, wenn man sich engagiert, aber man scheitert an den Machtverhältnissen. Festgemauerte Strukturen wie in Beton. Alte Muster und Bequemlichkeiten sind stark.“*
- ▶ Insgesamt ergeben geringe Gestaltungsmöglichkeiten und hoher zeitlicher Arbeitsaufwand eine negative Motivationsbilanz bei den Frauen, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. *„Man erreicht wenig für die viel investierte Zeit und die Wertschätzung der Bevölkerung ist äußerst gering.“*
- ▶ Die Aufrechterhaltung und Reproduktion von männlich geprägten, traditionellen Strukturen („Old Boys Networks“) wird von den Interviewten auch als Hindernis für kommunalpolitisches Engagement gesehen. Eine Befragte fasst das so zusammen: *„Old Boys Network? Das können auch Frauen, wir haben bloß keine.“*
- ▶ Die fehlende Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit kommunalpolitischem Engagement wird als weiteres Hindernis für ein kommunalpolitisches Engagement von Frauen gesehen. Frauen sehen sich immer noch in einer Doppelfunktion und damit auch Doppelbelastung durch Beruf und Familie. Der hohe Organisationsgrad, den eine solche Mehrfachbelastung mit sich bringt, lässt kaum zeitlichen Spielraum für das kommunalpolitische Engagement. Lange Fahrzeiten (und auch die damit verbundenen Kosten), auch an Abendstunden zu Sitzungsterminen, werden auch als hinderlich angesehen.
- ▶ Nach Ansicht von zwei Interviewten stehen Frauen nicht gerne in der Öffentlichkeit. Dieses sei aber für eine kommunalpolitische Position entscheidend. Eine Bürgermeisterin berichtet von ihren Erfahrungen mit Männern in den Gemeindevertretungen: *„Die Männer diskutieren mit, egal worum es geht und egal, ob sie was zu sagen haben, die Frauen tun sich da schwer.“*

Wenn es um Maßnahmen zur Förderung von kommunalpolitischem Engagement geht, ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Es wird die direkte Ansprache von Frauen empfohlen, um sie für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Die Interviewten berichten, dass sie Frauen bei Veranstaltungen ansprechen. Ebenso wichtig sei es, auch auf Frauen in Vereinen oder Initiativen in ihrer Region zuzugehen, wenn es darum geht, sie für kommunalpolitische Ämter zu gewinnen. *„Ich sehe eine Aufgabe darin, den Frauen die Angst zu nehmen, in dieses Amt einzusteigen“*
- ▶ Die befragten Kommunalpolitikerinnen geben an, dass sie sich gerne als Mentorinnen für kommunalpolitischen Nachwuchs zur Verfügung stellen. Sie verweisen auf ihre eigene Unterstützung zu Beginn ihrer kommunalpolitischen Karriere und betonen, wie wichtig das eigene Vorbild für den Einstieg von jüngeren Frauen in der Kommunalpolitik ist. Eine Bürgermeisterin fasst das so zusammen: *„(...) dass man am eigenen Beispiel zeigt, man kann etwas bewegen.“*

e) Zukunftsperspektiven für das kommunalpolitische Engagement

Um die Zukunftsperspektiven für das kommunalpolitische Engagement abschätzen zu können, ist die Betrachtung des Nachwuchses von weiblichen Kommunalpolitikerinnen notwendig. Ebenso sind in diesem Zusammenhang die eigenen Zukunftsperspektiven der interviewten Kommunalpolitikerinnen zu betrachten. Ergänzend hierzu wird *die Rolle von Frauennetzwerken in der Kommunalpolitik* aus Sicht der Interviewten untersucht.

Wenn es um die Einschätzung des Nachwuchses von weiblichen Kommunalpolitikerinnen geht, geben die Interviewten folgendes an:

- ▶ Es wird ein grundsätzliches Problem gesehen, Nachwuchs (Frauen und Männer) für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Es ist jedoch, nach Ansicht der Interviewten, noch schwieriger Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Auch für die eigene Position gibt es zu wenige Frauen, die sich kommunalpolitisch engagieren wollen. Die Interviewten berichten von ihren Schwierigkeiten, Frauen vor allem für die Gremien auf Gemeindeebene zu gewinnen.
- ▶ Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und kommunalpolitischem Engagement wird vor allem unter zeitlichen Gesichtspunkten von den Interviewten als problematisch betrachtet, wenn es um den Nachwuchs von Frauen in der Kommunalpolitik geht. *„Es ist eine Frage des Leistbaren. Es scheitert an den Möglichkeiten.“*
- ▶ Die befragten Kommunalpolitikerinnen, die in der DDR sozialisiert wurden, sehen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie pragmatisch. Für sie ist Berufstätigkeit und Familie selbstverständlich. Von den Interviewten geben einige an, dass sie bei den jüngeren Frauen ein anderes Rollenverständnis beobachten, in dem sich teilweise tradierte Rollenbilder manifestieren. Sie sehen, dass es für jüngere Frauen schwerer ist, eine Vereinbarkeit herzustellen, weil z. B. Betreuungseinrichtungen fehlen. Somit ist es schwierig, jüngere Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. *„Man möchte nicht auf die jungen Frauen verzichten, aber man hat Schwierigkeiten sie regelmäßig zu kriegen. Man muss einen Partner haben, der das mitträgt.“*

Die Bedeutung von Frauennetzwerken in der Kommunalpolitik wird folgendermaßen eingeschätzt:

- ▶ Über die Hälfte der Kommunalpolitikerinnen sind nicht in formellen Netzwerken organisiert, sondern haben informelle Netzwerke in ihren Gemeinden. Diese Netzwerke bestehen meist aus Männern und Frauen. Auch Familie und Freundeskreis, als informelle Netzwerke, spielen eine große Rolle.
- ▶ Knapp die Hälfte der Kommunalpolitikerinnen ist in formellen Netzwerken organisiert, wie bspw. Bürgermeisterinnen-Netzwerke oder Parteinetzwerke.
- ▶ Insgesamt werden Netzwerke als sinnvoll betrachtet, wenn sie ergebnis- und zielorientiert sind, das heißt, dass ein konkretes Anliegen die Frauen verbindet. *„Netzwerkarbeit an sich ist nicht so toll. Viele Netzwerke gehen am Selbstzweck zugrunde und arbeiten nicht am Thema. Das sind Alibi-Netzwerke, nur noch mit sich selbst beschäftigt.“*
- ▶ Über die Hälfte der Interviewten sprechen sich für gemischtgeschlechtliche Netzwerke aus. *„Ich finde die gut und wichtig. Aber nicht nur für Frauen, sondern mit einer guten Durchmischung!“* Eine der Befragten weist auf die traditionelle Haltung in ländlichen Gebieten hin: *„Man sollte sie nicht überschätzen. Wenn man im ländlichen Bereich den feministischen Teil überbetont, dann kommt das nicht gut an.“* Spezielle Frauen-Netzwerke werden als wenig sinnvoll angesehen: *„Frauen-Netzwerke sollten nicht überschätzt werden.“*
- ▶ Aber auch der Austausch in Frauen-Netzwerken wird befürwortet: *„Das sind ganz wichtige Netzwerke, um sich auszutauschen, zum Beispiel das Unternehmerinnen-Netzwerk.“* Sie seien auch wichtig, um Erfahrungen und Befindlichkeiten auszutauschen: *„Wir haben im Stadtrat drei Männer, die können nicht mit einer Frau, wie machst Du das denn?“*

Nach ihren Ambitionen in der Kommunalpolitik befragt, geben die Frauen folgendes an:

- ▶ Knapp die Hälfte der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen will sich für eine weitere Amtszeit aufstellen lassen. Sie wollen ihre kommunalpolitische Position weiterführen oder in eine andere Funktion in der kommunalen Ebene, in der sie tätig sind, wechseln. So geben z.B. zwei ehrenamtlich tätige Bürgermeisterinnen an, dass sie nach Ende ihrer Amtsperiode in den Gemeinderat wechseln wollen. Eine Politikerin möchte sich *„(...) wieder zur Wahl stellen und gerne fortsetzen, was ich angefangen habe.“*
- ▶ Rund ein Viertel der hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen streben nach ihrer Amtszeit eine ehrenamtliche kommunalpolitische Tätigkeit an. So beschreibt eine hauptamtliche Bürgermeisterin ihre Situation, wie folgt: *„Ich bin im Amt bis 2016, dann bin ich 65 Jahre alt. Ich werde mich zukünftig als ehrenamtliche Gemeindevertreterin engagieren.“*
- ▶ Rund ein Viertel der hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen haben schon mehrere Amtsperioden absolviert, so dass sie nach Ende ihrer laufenden Amtszeit in Rente gehen wollen. Das sind die älteren Kommunalpolitikerinnen über 50 Jahre, die nach der Wende den Einstieg in die Kommunalpolitik gefunden und damit für sich eine neue Berufs- und Lebensperspektive entwickelt haben.
- ▶ Fast alle interviewten Kommunalpolitikerinnen haben keine Aufstiegsmotivation, sie wollen nicht in die höhere kommunalpolitische Ebene (so z.B. von der Gemeindeebene in die Landkreisebene) wechseln. Ebenso ist ein Aufstieg in die Landes- oder Bundespolitik für die meisten nicht reizvoll.

Sie sind zufrieden mit ihrer kommunalpolitischen Position, einen möglichen Statuswechsel beschreibt eine Interviewpartnerin folgendermaßen: „...das wäre mir zu viel Stress, da müsste ich mich nochmal neu orientieren, ich bleibe lieber Bürgermeisterin, da kann ich noch was gestalten...“ Eine Interviewte gibt an: „Ich werde immer auf die eine oder andere Art und Weise kommunalpolitisch tätig sein. Ich habe keine konkreten Pläne, ich mache meinen Job und lasse mich vom Leben überraschen. Ich plane nicht!“ Einzelne Frauen gaben aber auch persönliche Gründe an, die Karriere nicht fortzusetzen.

- ▶ Zwei der befragten Kommunalpolitikerinnen haben oder hatten den Wunsch, sich in die nächsthöhere kommunale Ebene zu entwickeln, in einem konkreten Fall von der hauptamtlichen Bürgermeisterin zur Landrätin. In dem anderen Fall sagte die Befragte: „Ich habe eine Anfrage zur Landtagswahl. Ich spiele schon mit dem Gedanken, mich zu entwickeln (...).“

f) Zivilgesellschaftliches Engagement

Welchen Einfluss zivilgesellschaftliches Engagement für das kommunalpolitische Engagement von Frauen in den neuen Ländern hat, wird hier untersucht. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Nach Aussage der Interviewten sind zivilgesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement nicht zu trennen, sie bedingen sich gegenseitig. Ihr eigenes zivilgesellschaftliches Engagement hat sie für ihre kommunalpolitische Tätigkeit motiviert und hängt damit zusammen.
- ▶ Die Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements wirkt sich stabilisierend für die Gemeinde/Region aus, ist somit auch für die kommunalpolitische Tätigkeit von Bedeutung.
- ▶ Viele der Interviewten gaben an, dass Frauen, die sich in Vereinen oder Initiativen vor Ort engagieren, auch für kommunalpolitische Posten und Gremien angesprochen werden können. Hier kann nach Ansicht der Kommunalpolitikerinnen auch die Ansprache von Nachwuchs für kommunalpolitische Mandate und Positionen erfolgen.
- ▶ Rund ein Viertel der Interviewten gaben an, zur Wahrung der Neutralität in keinem oder nur sehr wenigen Verein(en) tätig zu sein. „Eigentlich wollte ich in keinen Verein eintreten. Weil sonst die Neutralität gestört wird. Das Bildungswesen ist über diesen Verdacht erhaben.“ Eine andere sagt: „Als Bürgermeisterin bin ich ohnehin in jedem Verein.“
- ▶ Dem Einfluss, den Vereine auf die Kommunalpolitik ausüben, wird eine große Bedeutung zugemessen. Wer im Verein bekannt ist, wird von den BürgerInnen in die Kommunalpolitik gewählt. Eine Bürgermeisterin beschreibt das so: „Die Vereine bestimmen die Politik, da kommt eher einer von der Feuerwehr in den Stadtrat, hat aber ansonsten keine Ahnung. Das sind dann eher Männer, die in Männerbünden wie Fußballverein, Feuerwehr und Kegelclubs engagiert sind.“
- ▶ Zwei hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen geben an, dass sie in ihrer Amtszeit keine Zeit mehr haben, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Nach Ablauf der Amtszeit wollen sie sich wieder stärker zivilgesellschaftlich einbringen.

4.1.3. Regionale Rahmenbedingungen

Die Gesamterhebung kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede in der Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zwischen den Regionen bestehen. In einigen Regionen sind Frauen stärker kommunalpolitisch engagiert, in anderen Regionen weniger.

Eine der Hypothesen der Studie geht davon aus, dass die Ursachen hierfür in den regionalen Rahmenbedingungen liegen. Ob regionale Rahmenbedingungen eine Rolle für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen spielen, wird deshalb in diesem Themenkomplex untersucht.

Als Faktoren für die Einschätzung der regionalen Rahmenbedingungen wurden u.a. die Arbeitsmarktchancen, die Infrastruktur oder die Lebensqualität in der Region aus Sicht der befragten Kommunalpolitikerinnen erhoben. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Die Einschätzung der regionalen Rahmenbedingungen in den Gemeinden und Kommunen der befragten Kommunalpolitikerinnen fällt unterschiedlich aus. So werden in Regionen, die insbesondere von Abwanderung geprägt sind, die regionalen Rahmenbedingungen schlecht eingeschätzt. Der demografische Wandel spielt hier eine große Rolle. In der Regel werden die Arbeitsmarktchancen negativ und die vorhandene Infrastruktur als unzureichend bewertet. Die Aussage einer Befragten illustriert diese Situation: *„Ich verwalte hier den Mangel.“*
- ▶ Zwei Interviewte geben im Unterschied dazu an, dass in ihren Gemeinden entsprechende Arbeitsmarktchancen sowie eine funktionierende Infrastruktur gegeben sind. *„Wir sind finanziell gut aufgestellt, es gibt Arbeitsplätze (...), und die Stadt ist in einem guten Zustand.“* Das führt nach Ansicht der Interviewten jedoch nicht dazu, dass sich mehr Frauen kommunalpolitisch engagieren, sondern es gibt mehr Frauen vor Ort, die gezielt für ein kommunalpolitisches Amt angesprochen werden können.
- ▶ Nach Aussage aller befragten Kommunalpolitikerinnen sind die regionalen Rahmenbedingungen entscheidend für den Verbleib von Frauen in der Region und somit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik.
- ▶ Regionale Besonderheiten, wie z. B. Strukturreformen zur Vergrößerung der Landkreise oder Zusammenschlüsse von Gemeinden, werden als problematisch betrachtet. Es entstehen große Einzugs- und Verwaltungsgebiete, die Gestaltungsmöglichkeiten, vor allem auf der Ebene der Gemeinden, verringern sich.

4.1.4. Haltefaktor Kommunalpolitik

Die leitende Frage der Studie, ob kommunalpolitisches Engagement einen Haltefaktor für Frauen in den neuen Ländern darstellen kann, wurde in den Interviews direkt betrachtet. Die interviewten Kommunalpolitikerinnen wurden nach ihrer Einschätzung des Haltefaktors Kommunalpolitik in ihrer Region befragt. Auch die Frage, wie sich kommunalpolitisches Engagement zu einem Haltefaktor entwickeln kann, wurde untersucht. Nach Auswertung der Interviews ergibt sich folgendes Bild:

- ▶ Für knapp drei Viertel der Interviewten ist kommunalpolitisches Engagement kein eigener Haltefaktor an sich. Die regionalen Rahmenbedingungen und die Sicherheit eines Arbeitsplatzes (zum Teil auch für den Partner) werden als entscheidend und wesentlich eingestuft und sind im Zusammenhang mit dem Engagement zu betrachten.

Die Aussage einer befragten Kommunalpolitikerin veranschaulicht dies: *„Das hat keinen Einfluss für eine Frau. Wer weggeht, der geht nicht weg, weil er sich kommunalpolitisch nicht weiterentwickeln kann. Der geht weg, wegen der Arbeit. Die Kommunalpolitik hat hier nicht so einen starken Einfluss, die Leute sind hier einfacher gestrickt. Eine weitere Aussage: „Wenn die [Rahmenbedingungen] stimmen, dann kannst Du das machen!“*

Eine Befragte weist auf die Flexibilität der Frauen hin: *„Frauen sind flexibler, sie sind bereit aufzubrechen. Auf der Suche nach anderen Lebensformen, Arbeit. (...) Leute, die ständig unterwegs sind, können keine Kommunalpolitik machen, die können nicht verwurzeln. Nesthocker, wie mich, wird es hier bald nicht mehr geben!“*

- ▶ Für über ein Viertel der Befragten kann Kommunalpolitik zum Haltefaktor entwickelt werden, wenn die regionalen Rahmenbedingungen stimmen und es einen familiären Rückhalt gibt. Besonders häufig wird hier auf die Arbeitsmarktchancen oder auf die Infrastruktur, d.h. die Kinderbetreuung sowie familiäre Rückendeckung i.S. der Vereinbarkeit von Engagement und Privatleben verwiesen: *„Man braucht den richtigen Partner an der Seite, familiäre Unterstützung, dann schafft man das.“* Eine andere Frau meint: *(...) Es könnte durchaus erfolgreich sein; überdurchschnittliches Engagement plus Heimat-Verbundenheit! Das eine bedingt dabei das andere. Es ist eine Chance für Frauen (...).“*
- ▶ Ob Frauen in die Kommunalpolitik gehen, ist nach Ansicht einiger Interviewten abhängig von der Persönlichkeit der Frau. Es gibt ihrer Ansicht nach Frauen, die sich engagieren wollen und die den Zugang zur Kommunalpolitik finden. Es wird auch als eine Generationenfrage gesehen. Jüngere Frauen (bis 30 Jahre) sind nach Ansicht einiger der Befragten immer weniger bereit, sich in den kommunalpolitischen Strukturen zu engagieren. Sie engagieren sich eher zivilgesellschaftlich, in einem Verein oder einer Bürgerinitiative.
- ▶ Die Strukturen und Kulturen in den Parteien müssen sich ändern, damit Frauen in der Kommunalpolitik stärker partizipieren, denn kommunalpolitisches Engagement ist auch von den Strukturen abhängig. So wird die Offenheit der Parteien vor Ort angemahnt, aber auch die Transparenz in den kommunalen Gremien, um Frauen in die Kommunalpolitik einzubinden. *„Die starren Ansichten der alten Männer, erschweren Prozesse (...). Alte Männer und Seilschaften werden gewählt, (...) die miteinander können.“*
- ▶ Alle befragten Kommunalpolitikerinnen trennen nicht zwischen kommunalpolitischem und zivilgesellschaftlichem Engagement. Insgesamt wird festgestellt, dass zivilgesellschaftliches Engagement stärker anerkannt werden muss, damit auch das kommunalpolitische Engagement größeren Zuspruch erfährt.
- ▶ Kommunalpolitisches Engagement muss, nach Ansicht der befragten Kommunalpolitikerinnen, viel stärker gesellschaftlich anerkannt werden. Eine Aussage einer ehrenamtlichen Bürgermeisterin illustriert das in besonderer Weise: *„Die Leute beklagen sich, wenn etwas nicht gut läuft, aber gelobt werde ich für meine Arbeit nicht“.*

4.1.5. Identifizierte Handlungsfelder

Im Zusammenhang mit den untersuchten Themenkomplexen wurden von den befragten Kommunalpolitikerinnen Empfehlungen abgegeben. Diese Empfehlungen beziehen sich auf verschiedenste Aspekte und Ebenen des kommunalpolitischen Engagements¹⁴⁷. Alle verfolgen jedoch die gemeinsame Intention, dass sich mehr Frauen kommunalpolitisch engagieren.

Die Befragten haben bei den Anregungen nicht zwischen verantwortlichen Ebenen und Entscheidungsträgern, wie bspw. Bund, Länder oder der Verantwortung von Parteien und Kommunen selbst, unterschieden.

Die Antworten zeichnen aus, dass sie von persönlichen Erfahrungen geprägt sind.¹⁴⁸ Die Empfehlungen wurden aufgenommen und insoweit gebündelt als das sich um gleiche Argumente handelt. Die Empfehlungen werden unbewertet wiedergegeben und nicht nach Bedeutung skaliert.

Abbildung 25: Handlungsfelder aus Sicht der interviewten Kommunalpolitikerinnen



Wir haben die Empfehlungen der befragten Frauen in vier Handlungsfelder eingeteilt.

I. Handlungsfeld: Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

- ▶ Aus Sicht der befragten Frauen ist insbesondere in den öffentlichen Verwaltungen Potenzial für den Nachwuchs an Frauen, die sich kommunalpolitisch engagieren könnten, vorhanden. Bereits aktive Kommunalpolitikerinnen und auch Kommunalpolitiker sollten die Frauen aus den öffentlichen Verwaltungen für ein kommunalpolitisches Engagement werben.
- ▶ Um kommunalpolitischen Nachwuchs zu gewinnen, sollten bereits engagierte Kommunalpolitikerinnen aktiv, sowohl als Vorbilder wie auch als Mentorinnen, wirken. Ihre Aufgabe sollte sein, Frauen selbst direkt, persönlich und gezielt anzusprechen, ihnen die Bedenken vor dem Amt zu nehmen und sie zum Einstieg in das kommunalpolitische Engagement zu motivieren. Sie sollten diese Frauen in ihrem Engagement unterstützen und begleiten.

¹⁴⁷ Die befragten Kommunalpolitikerinnen haben zum Teil bei ihren Empfehlungen nicht zwischen Männern und Frauen bzgl. des Handlungsbedarfes, insbesondere beim Thema Nachwuchs und Mitwirkung, unterschieden. Wir haben darauf verzichtet wiederholt im Einzelnen hinzuweisen.

¹⁴⁸ Die Empfehlungen und Anregungen spiegeln nicht zwangsläufig die Meinung der Gutachter bzw. des BMI wider.

- ▶ Darüber hinaus wird vorgeschlagen, Informationsveranstaltungen zur Kommunalpolitik und Möglichkeiten eines Engagements bereits in Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben anzubieten. Mit Hilfe solcher Initiativen kann potentieller Nachwuchs beider Geschlechter für die Kommunalpolitik über die Aufgaben informiert und gewonnen werden. Besonders diejenigen Frauen, die durch ihr Interesse auffallen, können auf diese Weise früh und direkt gefördert werden.
- ▶ Ebenso können in Vereinen oder Initiativen vor Ort ehrenamtlich engagierte Frauen für spätere kommunalpolitische Positionen und Gremienarbeit angesprochen und als potenzieller Nachwuchs für ein kommunalpolitisches Engagement gewonnen werden. Es bieten sich aus Sicht der Befragten u. a. lokale Initiativen oder Projekte an. Hier sind die zeitliche Bindung und der Aufwand im Gegensatz zu einer kommunalen Gremientätigkeit vergleichsweise geringer.
- ▶ Zivilgesellschaftliches Engagement sollte, nach Ansicht der befragten Frauen, stärker anerkannt werden. Neben einer ausreichenden materiellen Aufwandsentschädigung sollten immaterielle Anerkennungsformen, z. B. Auszeichnungen, Urkunden und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, stärker genutzt werden. Die Wertschätzung des zivilgesellschaftlichen Engagements könnte auch durch die Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten bei Stellenausschreibungen bzw. Besetzungen im öffentlichen Dienst erhöht werden.
- ▶ Die Kommunalpolitikerinnen schlagen vor, das Instrument Öffentlichkeitsarbeit für personenbezogene Vorbild-Kampagnen stärker zu nutzen und dadurch auch den Abbau von Stereotypen zu fördern. Ein weiteres Argument für Kampagnen stellen die Gestaltungsmöglichkeiten dar, die durch kommunalpolitisches und ehrenamtliches Engagement entstehen.

II. Handlungsfeld: Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- ▶ Aus Sicht der befragten Frauen sollten ausreichend und qualitativ geeignete Betreuungseinrichtungen in den ländlichen Regionen vorhanden sein. Nur dadurch ist in ländlichen Regionen die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und kommunalpolitischem Engagement möglich.
- ▶ Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Engagement kann auch durch rücksichtsvolle Terminregelungen (Sitzungszeiten in den Abendstunden kollidieren häufig mit familiären Verpflichtungen) für kommunale Gremiensitzungen erleichtert werden. Wenn bspw. Termine etc. besser abgestimmt und koordiniert werden, können Frauen diese besser wahrnehmen, wurden hier als Beispiel genannt.
- ▶ Um den fachlichen und administrativen Anforderungen in der Kommunalpolitik gerecht zu werden, empfehlen die Interviewten geeignete Qualifizierungsmaßnahmen für das Engagement in der Kommunalpolitik anzubieten, z. B. im Rahmen von Bildungsurlaub.

III. Handlungsfeld: Organisationskultur in Kommunen und Parteien

- ▶ Aus Sicht der befragten Frauen sollten sich Parteien stärker öffnen, um Frauen über die Parteien einen Zugang zur Kommunalpolitik zu bieten. Auf Basis bestehender Erfahrungen wurde vorgeschlagen, Wahllisten für Wahlen alternierend mit Männern und Frauen zu besetzen.

- ▶ Aus Sicht der befragten Frauen ist es förderlich, Quoten für Frauen in den kommunalpolitischen Gremien oder Organen, wie z. B. den Kreistag o. ä., zu definieren, um mehr Frauen in die Kommunalpolitik zu bringen. Dort, wo bereits engagierte Frauen tätig sind und wirken, können so weitere Frauen leichter nachgezogen werden. Ihrer Meinung nach können Frauen in kommunalpolitischen Spitzenfunktionen diese Frauen unterstützen und eine ausgewogene Besetzung zwischen Frauen und Männern ermöglichen.
- ▶ Ein weiterer Vorschlag zielt darauf ab, bereits in den Nachwuchsorganisationen der Parteien schon für ein kommunalpolitisches Engagement zu werben. Darüber hinaus sind parteipolitische Frauen-Förderprogramme empfehlenswert.
- ▶ Einige Frauen können sich vorstellen, weibliche Nachwuchspolitikerinnen durch praktische Hilfestellungen im Umgang mit relevanten kommunalen Strukturen und Positionen zu unterstützen und sie in diese einzuführen.
- ▶ Im Workshop wurde darauf hingewiesen, dass die Bildung überregionaler Netzwerke hilfreich sein könnte. Die Frauen sahen sich selbst als „Einzelkämpferinnen“. Netzwerke helfen den Erfahrungsaustausch unter Kommunalpolitikerinnen zu verbessern, bieten eine Plattform für Diskussionen und können die Nachwuchsförderung fördern.

IV. Handlungsfeld: Regionale Rahmenbedingungen

- ▶ Nach Aussage aller befragten Frauen sind die jeweiligen regionalen Rahmenbedingungen entscheidend für den Verbleib von Frauen in der Region und somit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik.

Die Gestaltung der regionalen Rahmenbedingungen stellt damit ein grundsätzliches Handlungsfeld dar. Eine verbesserte finanzielle Ausstattung der Gemeinden und Kommunen wurde von allen Interviewten gefordert.

- ▶ Durch lokale Veranstaltungen oder die Gründung von Vereinen und Initiativen sollten neue Identifikationsmöglichkeiten mit den Gemeinden vor Ort geschaffen werden. Dadurch können die Menschen intensiver an einen Ort gebunden und die Bereitschaft sich kommunalpolitisch zu engagieren, erhöht werden. Solche Initiativen sind geeignet unbürokratisch und mit geringem finanziellem Aufwand Dinge vor Ort zu gestalten.
- ▶ Darüber hinaus sind auch übergreifende Initiativen der Bundesländer denkbar, um interessierte und engagierte Frauen an ihre Region zu binden.
- ▶ Aus Sicht der an der Diskussion beteiligten Kommunalpolitikerinnen besteht weiterer Bedarf, das kommunalpolitische Engagement von Frauen über diese Studie hinaus wissenschaftlich zu untersuchen.

Hier wurden Analysen zu Motivationen und Hemmnissen aus Vergleichen von Gemeinden verschiedener Größenklassen unterhalb der Schwelle von 50.000 Einwohnern gefordert. Weiterhin wird auf der Grundlage der persönlichen Erfahrungen der kommunalpolitisch aktiven Frauen eine vergleichende Betrachtung des kommunalpolitischen Engagements mit Regionen in nordeuropäischen Ländern und auch in den USA als notwendig angesehen.

Gleichzeitig dienen weitere Studien dazu, dem Thema kommunalpolitisches Engagement von Frauen eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schaffen.

4.2. Zuordnung und Bewertung der Ergebnisse zu den Thesen

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der qualitativen Interviews und des Reflexionsworkshops den Arbeitshypothesen zugeordnet und bewertet. Auf diese Weise werden die Arbeitshypothesen analysiert und qualitativ herausgearbeitet, wie nach Ansicht der interviewten Kommunalpolitikerinnen kommunalpolitisches Engagement von Frauen gefördert werden kann. Abschließend erfolgt eine zusammenfassende Bewertung der Thesen.

4.2.1. Herkunft und biografische Entwicklung der Kommunalpolitikerinnen

Die Werdegänge der Kommunalpolitikerinnen sollen Aufschluss darüber geben, wer die Kommunalpolitikerinnen in den neuen Ländern sind und welchen Einfluss ihre biografische Entwicklung auf ihr kommunalpolitisches Engagement hat bzw. hatte.

These: Frauen aus den neuen und alten Bundesländern unterscheiden sich hinsichtlich ihrer biografischen Entwicklung seit der Wende. Neben dem Alter der Frauen und ihrer Herkunft spielen der familiäre Status und die Ausbildung eine Rolle.

Die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass die Kommunalpolitikerinnen, die aus den neuen Bundesländern stammen, mit der Region, in der sie kommunalpolitisch tätig sind, verwurzelt sind. Sie beschreiben sich selbst als heimatverbunden. Sie weisen einen hohen Altersdurchschnitt auf. Fast alle der befragten Kommunalpolitikerinnen aus den neuen Ländern haben Kinder in noch jungen Jahren bekommen, eine Familie gegründet und sind verheiratet. Ihre Ausbildungs- und Erwerbsbiografie ist geprägt vom strukturellen Wandel in der Wende- und Nachwendezeit. Sie entwickelten eine große berufliche Flexibilität und nutzten den Paradigmenwechsel zur Umgestaltung, Neuorientierung oder Verbesserung der Erwerbs- und Ausbildungssituation. Die Frauen waren vor der Wende beruflich i.d.R. regulär eingebunden.

Diejenigen Frauen, die aus den alten Bundesländern kommen, hatten zu Beginn ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit keine familiären oder gesellschaftlichen Bindungen in die Region. Diese Frauen haben eine klare Vorstellung über ihre Karriere. Sie weisen einen geringen Altersdurchschnitt auf und verfügen über einen zielgerichteten Ausbildungsweg. Die Frauen kamen nach der Wende in die neuen Bundesländer. Eine berufliche Umorientierung, aufgrund des Paradigmenwechsels, war nicht notwendig. Es boten sich berufliche Möglichkeiten, abgestimmt auf den linearen Berufsweg.

Die befragten Kommunalpolitikerinnen aus den neuen Bundesländern sind im Durchschnitt über 50 Jahre alt.¹⁴⁹ Ihr Werdegang ist wesentlich von Beweglichkeit und Umorientierung in der Wendezeit geprägt. Sie haben mehrheitlich Kinder und Familie und bezeichnen sich selbst als vom Frauen- und Familienbild der ehemaligen DDR geprägt.

Die befragten Kommunalpolitikerinnen, die aus den alten Bundesländern stammen, sind im Durchschnitt jünger, also unter 50 Jahre. Sie folgen einem linearen Berufs- und Karriereweg. Die Wende spielt für ihren beruflichen Weg insofern eine Rolle, als dass vergleichsweise mehr berufliche Einsatzmöglichkeiten und Entwicklungschancen zur Verfügung stehen.

¹⁴⁹ Siehe auch Kapitel 3.7.3, S. 82 ff.

Der überwiegende Teil aller Kommunalpolitikerinnen ist verheiratet, einige leben in einer Partnerschaft. Es gibt einen Anteil lediger Alleinerziehender.

Auf Basis dieser Ergebnisse muss die These, nach der unterschiedlichen Adaption der Wende für Frauen aus den neuen und den alten Bundesländern, mehrschichtig betrachtet werden. Die Adaption der Wende ist durch das Alter der Kommunalpolitikerinnen determiniert. Die Verbundenheit mit der Region, in der sie kommunalpolitisch aktiv sind, ist für die Frauen relevant. Zusammenfassend lässt sich weiterhin feststellen, dass es bei den befragten Kommunalpolitikerinnen einen Zusammenhang zwischen Alter, Herkunft, familiärer und beruflicher Prägung besteht, der ihr kommunalpolitisches Engagement bestimmen.

4.2.2. Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben

These: Die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Familie und Beruf stellt eine wesentliche Voraussetzung zur Ausübung einer kommunalpolitischen Tätigkeit dar.

Die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass die befragten Frauen die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Familie und Beruf als entscheidende Voraussetzung für kommunalpolitisches Engagement sehen. Diese Vereinbarkeit ist durch die Rückendeckung des Partners und / oder Familie möglich. Weiterhin entscheidend für die Vereinbarkeit ist die familiäre Sozialisierung und das Rollen- und Familienbild. Das ist je nach Herkunft aus den alten und den neuen Ländern sowie Alter bei den befragten Kommunalpolitikerinnen unterschiedlich ausgeprägt. Bei den Frauen der neuen Bundesländer, die sehr früh eine Familie mit Kindern gegründet haben, waren diese zur Zeit des Strukturwechsels und während der Wendezeit schon älter.

Eine Kinderbetreuung und die Betreuungsaufteilung waren meist nicht mehr notwendig. Das sich u. a. mit Abendsitzungen, langen Anfahrtswegen und Präsenzkultur auszeichnende kommunalpolitisches Engagement konnte somit meist ohne Einschränkungen wahrgenommen werden. Die befragten Kommunalpolitikerinnen aus den neuen Bundesländern, die i.d.R. sehr verwurzelt mit der Region sind und auch dort ihr Amt ausüben, konnten sich schon vor der Wendezeit familiärer Rückendeckung zur Ausübung ihres Berufs sicher sein. Durch die zur Verfügung stehenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die Unterstützung aus der Familie und einem anderen Rollenbild war der Einstieg in den Beruf nicht problematisch.

Die befragten Kommunalpolitikerinnen sehen zum jetzigen Zeitpunkt den Nachwuchs an weiblichen Kommunalpolitikerinnen auch im Zusammenhang mit der o. g. These kritisch.

Als wesentliche Gründe werden eine unzureichende Kinderbetreuung, klassische Rollenaufteilungen, fehlende Zeit und herausfordernde Termine sowie Komplexität der Aufgaben in Ausübung bzw. in Verbindung mit dem Engagement genannt. Bei den ehrenamtlich tätigen Frauen ist neben der Familie die Erwerbstätigkeit mit dem kommunalpolitischen Engagement zu vereinbaren. Dieser Umstand verstärkt den Faktor Zeit. Präsenztermine zu bestimmten Uhrzeiten und abendliche Sitzungen können noch schlechter wahrgenommen werden, als bei den hauptamtlich Tätigen.

Hinzu kommt die Komplexität der Aufgabe in Kombination mit dem erforderlichen zeitlichen Aufwand, einschließlich der Vor- und Nachbereitung. Gremientätigkeiten erfordern eine kontinuierliche und auch wiederholte Einarbeitung in Strukturen und spezifische Inhalte.

Insgesamt werden von den befragten Kommunalpolitikerinnen die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben und die sich hieraus ergebende Herausforderung, als Motivation und Antrieb gesehen. Ihnen stehen oder standen Partner und Familie zur Seite.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die These, nach der Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Familie und Beruf als Motivation für kommunalpolitische Tätigkeiten, durch die Interviews bestätigt wird. Wenn die Strukturen in den Kommunen in Bezug auf die Kinderbetreuung ausgebaut sind, so ist die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalpolitischem Engagement eher gegeben. Dies kann förderlich für das kommunalpolitische Engagement der Frauen sein. Für die Frauen ist diese Vereinbarkeit eine ganz wesentliche Voraussetzung für kommunalpolitisches Engagement. Deshalb ist auch die Unterstützung durch Partner und/oder Familie eine notwendige Voraussetzung für das Engagement. Ohne die Unterstützung sind die Teilnahmen an den vielen und teils langen und späten Terminen, die im Rahmen ihres Engagements zu leisten sind, nicht möglich.

4.2.3. Relevanz der Zugehörigkeit zu einer Partei

Der Einfluss der Zugehörigkeit zu einer Partei auf das kommunalpolitische Engagement von Frauen wurde untersucht. Hier liegt folgende These zugrunde:

These: Es gibt eine Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik, die durch institutionelle und sozioökonomische Faktoren, wie das Wahl- und Parteiensystem, politische Kulturen in den Parteien und von zugeschriebenen Rollenmustern bestimmt wird.

Die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass das parteipolitische Engagement von Frauen einen Einflussfaktor für ihr kommunalpolitisches Engagement darstellt. Die Frauen werden über die Parteien vor Ort motiviert oder angesprochen, um in die Kommunalpolitik einzusteigen.

Die Interviews zeigen, dass eine Zugehörigkeit zu einer Partei wichtig für das Ausüben von kommunalpolitischen Spitzenämtern ist. Die erstmalige Gesamterhebung bei über 3.000 Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern zeigt, dass kommunalpolitisch aktive Frauen vorrangig etablierten Parteien angehören.¹⁵⁰ Eine Ausnahme hiervon bildet die Position der Bürgermeisterinnen auf der Ebene der Gemeinden.

Bei den Interviewten selbst ist auf der Ebene der Verbundverwaltungen und der Kreisebene eher eine Parteizugehörigkeit zu einer etablierten Partei öfter gegeben als auf der Ebene der Gemeinden. Ferner wurde ermittelt, dass die Anteilswerte - Mitgliedschaft in einer etablierten versus nicht-etablierten Partei - je nach Ebene variieren.¹⁵¹ Auf Ebene der Kreise sind etwa acht von 10 Frauen in etablierten Parteien, nur zwei von 10 Frauen sind hingegen in nicht-etablierten-Parteien.

Auf Gemeindeebene ist der Anteil von Frauen in nicht-etablierten Parteien deutlich höher: Etwa jede dritte Kommunalpolitikerin ist in einer nicht-etablierten Partei. Insbesondere auf der Ebene der Gemeinden sind in ehrenamtlichen Positionen Frauen engagiert, die parteilos sind oder aus einer nicht etablierten Partei heraus gewählt wurden.

¹⁵⁰ Siehe hierzu Kapitel 3.7, Tabelle 30ff.

¹⁵¹ Ebenda.

Die Bindung an eine Partei ist für diese Frauen nicht relevant. Sie sehen sich weniger als Politikerinnen, sondern verstehen ihr Engagement mehr als Berufung.

Die Parteizugehörigkeit ist jedoch nicht nur für den Einstieg in die Kommunalpolitik wichtig, sondern auch für die Ausübung der kommunalpolitischen Ämter. Gleichzeitig wird überparteiliches und informelles Agieren als notwendig betrachtet, um kommunale Interessen wahrnehmen zu können. Die Kommunalpolitikerinnen stellen ihr kommunalpolitisches Engagement in den Mittelpunkt. Herauszustellen ist hierbei, dass diese Trennung von kommunalpolitischem Engagement und Parteipolitik sowohl von parteizugehörigen als auch von parteilosen Kommunalpolitikerinnen gesehen wird. Die bestehenden Parteistrukturen und die damit verknüpften informellen Netzwerke (Old Boys Networks) werden für Frauen, die sich kommunalpolitisch engagieren wollen, aus Sicht der Interviewten als hinderlich betrachtet.

Abschließend ist festzuhalten, dass sich die These, dass Parteien einen Einflussfaktor für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen darstellen, bestätigen lässt. Der Zugang zu Ämtern und Positionen wird durch eine Parteizugehörigkeit ermöglicht bzw. erleichtert. Gleichzeitig wird zwischen Parteipolitik und der alltäglichen kommunalen Arbeit vor Ort unterschieden. Die Organisationskulturen in den Parteien werden als hinderlich angesehen, wenn es um den Zugang von Frauen in die Kommunalpolitik geht.

4.2.4. Organisationskulturen in kommunalpolitischen Strukturen

These: Die Organisationskultur in den kommunalen Strukturen stellt einen entscheidenden Faktor für das kommunalpolitische Engagement von Frauen dar.

Die Interviewten beschreiben kommunalpolitische Strukturen (bspw. die Zusammensetzung der Gremien) oftmals als tradiert, männlich dominiert sowie als unbeweglich. Diese Strukturen wirken auf die Kommunalpolitikerinnen¹⁵², die mehrheitlich einen großen Gestaltungswillen in ihrem kommunalpolitischen Engagement zeigen, oft demotivierend. Ebenso werden eine damit einhergehende Intransparenz sowie informelle Netzwerke in den kommunalen Gremien beschrieben.

Viele Frauen berichten von der Umstellung durch Gebietsreformen und deren Auswirkung auf das knappe Zeitbudget. Fahr- und Sitzungszeiten und Reisewege richten sich dabei unter anderem nach der jeweiligen Gebietsfläche bzw. -ausdehnung. Gebiets- und Bestandsveränderungen von Gemeinden und Landkreisen (wie z. B. die Bildung von Einheitsgemeinden, die Bildung oder Änderung von Verbundverwaltungen) nehmen Einfluss auf die zeitliche Planung der Politikerinnen. Bei den ehrenamtlich Tätigen spielt neben dem Zeitfaktor auch der Kostenfaktor eine Rolle. Die ehrenamtlich geleisteten Fahrten müssen finanziert werden.

Die meisten Politikerinnen sehen die vorliegenden Strukturen, die damit verbundene Regeldichte in Verbindung mit der erforderlichen Administration, als ein bürokratisches Hindernis. Hierfür werden entsprechende zeitliche und fachliche Ressourcen benötigt. Diese stehen den Frauen aufgrund der o.g. Umstände und hier insbesondere ehrenamtlich engagierten Kommunalpolitikerinnen nur eingeschränkt zur Verfügung.

¹⁵² Die befragten Kommunalpolitikerinnen sehen die demotivierende Wirkung solcher Strukturen auch bei engagierten jungen männlichen Nachwuchspolitikern.

Die aktuelle finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden wurde von fast allen Befragten als Aspekt benannt, welche die Gestaltungsmöglichkeiten oder die Förderung des ehrenamtlichen kommunalpolitischen Engagements von BürgerInnen erschwert.

Die Kommunalpolitikerinnen nennen im Zusammenhang mit der Organisationskultur auch die Politikverdrossenheit der BürgerInnen sowie die fehlende Anerkennung des kommunalpolitischen Engagements als Hemmnis für mehr Engagement.

Abschließend ist festzustellen, dass die These vom Einfluss der Organisationskultur in den kommunalen Strukturen für das kommunalpolitische Engagement differenziert betrachtet werden muss. Männlich geprägte Kulturen und tradierte Strukturen, die Bürokratie sowie die finanzielle Ausstattung der Gemeinden stellen Hindernisse dar.

4.2.5. Zivilgesellschaftliches Engagement

Es ist zu untersuchen, wie bedeutend zivilgesellschaftliches Engagement für das kommunalpolitische Engagement von Frauen ist.

These: Zivilgesellschaftliches Engagement kann als Motor für das kommunalpolitische Engagement angesehen werden.

Nach Aussage der Kommunalpolitikerinnen sind zivilgesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement nicht voneinander zu trennen. Vielmehr bedingen sie sich gegenseitig. Aus den Interviews ist auch die Aussage der Kommunalpolitikerinnen ableitbar, dass zivilgesellschaftliches Engagement für kommunalpolitisches Engagement motivierend und gleichzeitig nicht motivierend wirken kann.

Zivilgesellschaftliches Engagement wirkt sich stabilisierend auf Gemeinden und Regionen aus und ist somit für die kommunalpolitische Tätigkeit von Bedeutung. In den vom demografischen Wandel betroffenen Regionen ist zivilgesellschaftliches Engagement besonders relevant. In Vereinen oder Initiativen vor Ort etc. findet das öffentliche Leben statt. Die Mitwirkung bei zivilgesellschaftlichen Projekten erfordert regelmäßig eine geringe zeitliche oder nur ein befristete Bindung im Vergleich zur Ausübung eines kommunalpolitischen Mandats. Die Interviews zeigen, dass zivilgesellschaftliches Engagement insgesamt eine bedeutende Rolle für die Gemeinden und Regionen spielt.

In Vereinen oder Initiativen vor Ort können die Frauen auch für kommunalpolitische Posten und Gremien angesprochen und für ein Engagement gewonnen werden. Hier kann, nach Ansicht der Kommunalpolitikerinnen, also auch der Aufbau des Nachwuchses für kommunalpolitische Mandate und Positionen erfolgen.

Die These von der Verbindung von zivilgesellschaftlichem mit kommunalpolitischem Engagement wird durch die Interviews bestätigt. Abschließend ist festzustellen, dass zivilgesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement nicht zu trennen sind. Zivilgesellschaftliches Engagement kann für ein kommunalpolitisches Engagement motivieren und umgekehrt.

4.2.6. Regionale Rahmenbedingungen

These: Regionale Rahmenbedingungen spielen eine wesentliche Rolle für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen.

Schwerpunkte der Untersuchung waren hier die Sichtweisen der befragten Kommunalpolitikerinnen hinsichtlich der:

- ▶ Relevanz der Arbeitsmarktchancen in der Region,
- ▶ Relevanz der Angebote der Infrastruktur (Versorgung, allgemeine Verkehrsanbindung, ÖPNV, Versorgung mit Kindergärten, Schulen etc.) in der Region und
- ▶ Relevanz der Lebensqualität (Freizeit- und Kulturangebote) in der Region

für den Verbleib. Weiterhin wurde ihre Einschätzungen - ob kommunalpolitisches Engagement an sich ein Haltefaktor für den Verbleib in der Region ist - abgefragt.

Die Gesamterhebung¹⁵³ kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede in der Repräsentanz zwischen den Regionen bestehen. Eine Annahme ist, dass die Ursachen hierfür in den regionalen Rahmenbedingungen liegen. Die Ergebnisse der Interviews zeigen, dass die Einschätzung der regionalen Rahmenbedingungen in den Gemeinden und Kommunen der befragten Kommunalpolitikerinnen nur zum Teil unterschiedlich ausfällt. Hinsichtlich der Bedeutung der regionalen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement sind sich die befragten Frauen einig.

In Regionen, in denen die Arbeitsmarktchancen als gering eingeschätzt wurden, die Infrastruktur als unzureichend charakterisiert wurde, spielt der demografische Wandel in Form von Abwanderung eine große Rolle. Nach Einschätzung der Befragten gibt es zu wenige Frauen, die für ein kommunalpolitisches Engagement in Frage kämen.

Allerdings sind andere Rahmenbedingungen, wie z. B. eine geringe Arbeitslosenquote, nach Aussage der Interviewten keine Garantie dafür, dass sich Frauen in der Kommunalpolitik engagieren. Die befragten Kommunalpolitikerinnen geben an, dass Frauen gezielt für ein kommunalpolitisches Engagement angesprochen werden müssen.

Nach Aussage aller befragten Frauen sind die regionalen Rahmenbedingungen jedoch entscheidend für den Verbleib von Frauen in der Region und somit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik.

Strukturreformen, wie z. B. Zusammenschlüsse von Gemeinden, werden von den befragten Frauen als Herausforderung für die Zukunft betrachtet. Die tatsächlich entstanden Einsparungen werden vielfach bezweifelt.

Es wird befürchtet, dass sich mit den entstehenden größeren Einzugs- und Verwaltungsgebieten, die Gestaltungsmöglichkeiten vor allem auf der Ebene der Gemeinden und damit die Einflussmöglichkeiten von Kommunalpolitikerinnen weiter verringern werden. Gleichzeitig entstehen erhöhte Anforderungen an die Mobilität von Kommunalpolitikerinnen.

¹⁵³ Siehe hierzu Kapitel 3.7.5 sowie die Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer.

Abschließend lässt sich feststellen, dass die These, nach der Bedeutung der regionalen Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Engagement, grundsätzlich zu bestätigen ist. Regionale Rahmenbedingungen sind entscheidend für den Verbleib von Frauen in den neuen Ländern und somit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik. Die regionalen Rahmenbedingungen werden als primärer Haltefaktor für den Verbleib von Frauen angesehen. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, können die Frauen eher für ein kommunalpolitisches Engagement gewonnen werden. Folglich sind Unterschiede in der Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik auch durch die verschiedenen regionalen Rahmenbedingungen bestimmt.

4.3. Zusammenfassung

Auf Basis der Ergebnisse der Interviews und des Reflexionsworkshops werden die Arbeitshypothesen zusammenfassend beurteilt sowie wesentliche Hemmnisse und Motivationen dargestellt:

- ▶ Die These, nach der Adaption der Wende für Frauen aus den neuen und den alten Bundesländern und den Einfluss der biografischen Entwicklung auf das kommunalpolitische Engagement, ist differenziert zu betrachten. Die Adaption der Wende ist eher durch das Alter sowie die Herkunft determiniert. Die Verbundenheit mit der Region ist für nahezu alle Frauen relevant. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es für die von uns befragten Kommunalpolitikerinnen einen Zusammenhang zwischen Alter, Herkunft, familiärer und beruflicher Prägung gibt, die ihr kommunalpolitisches Engagement bestimmen. Die Ergebnisse zeigen, dass für fast alle hauptamtlich und ehrenamtlich Tätigen ihr kommunalpolitisches Amt eine hohe Bedeutung hat.
- ▶ Die These nach der Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Familie und Beruf als Voraussetzung für kommunalpolitisches Engagement wird bestätigt. Für die Frauen ist diese Vereinbarkeit eine wesentliche Voraussetzung für ihr Engagement. Aufgrund der Mehrfachbelastung verfügen die Frauen nur über ein eingeschränkteres Zeitkontingent im Vergleich zu Männern. Bei ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen kommt die Priorisierung des Erwerbslebens hinzu und verstärkt die zeitliche Knappheit. Die Mehrfachbelastung und die eingeschränkte zeitliche Verfügbarkeit hemmen Frauen in ihrem kommunalpolitischen Engagement. Eine funktionierende Vereinbarkeit von Kommunalpolitik mit Beruf und Familie ist motivierend für die befragten Kommunalpolitikerinnen. Die Vereinbarkeit kann insbesondere durch die Unterstützung aus dem familiären bzw. persönlichen Umfeld und eine ausgebauten Kinderbetreuung erreicht werden.
- ▶ Die These, dass Parteien einen Einflussfaktor für die kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen darstellen, wird bestätigt. Dies zeigen sowohl die Ergebnisse der Gesamterhebung als auch die Auswertungen der qualitativen Interviews. Die Repräsentanz von Frauen unterscheidet sich zwischen den drei Ebenen.¹⁵⁴ Ferner wird der Zugang zu Ämtern und Positionen durch die Zugehörigkeit zu einer Partei erleichtert. In nahezu allen Fällen stellen die Frauen das kommunalpolitische Engagement vor das parteipolitische Engagement. Gleichzeitig wird zwischen Parteipolitik und alltäglicher kommunaler Arbeit vor Ort unterschieden.

Wenn es um den Zugang von Frauen in die Kommunalpolitik geht, werden die Organisationskulturen in den Parteien als hinderlich angesehen und als tradiert bezeichnet. Die Offenheit der Organisationskulturen ist den befragten Frauen für die Ausübung ihres kommunalpolitischen Amtes wichtig. Parteien und ihre Strukturen selbst können sowohl förderlich und motivierend als auch demotivierend für das kommunalpolitische Engagement sein.

- ▶ Die These vom Einfluss der Organisationskulturen in den kommunalen Strukturen für das kommunalpolitische Engagement ist differenziert zu betrachten. Dies kann förderlich für das kommunalpolitische Engagement der Frauen sein. Die kommunalen Strukturen werden im Zusammenhang mit der zeitlichen Verfügbarkeit als Hemmnis angesehen.

¹⁵⁴ Auf Ebene der Kreise, Verbundsverwaltungen und Gemeinden.

Auch intransparente bzw. tradierte Strukturen und männerdominierte Netzwerke in den Gremien sind für die Befragten hemmend für das kommunalpolitische Engagement von Frauen. Kommunale Strukturen sind entscheidend für das kommunalpolitische Engagement von Frauen. Sie motivieren, unterstützen oder demotivieren das kommunalpolitische Engagement.

- ▶ Die These, dass zivilgesellschaftliches Engagement ein Motor für das kommunalpolitische Engagement ist, wird bestätigt. Es wurde festgestellt, dass zivilgesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement nicht voneinander zu trennen sind. Zivilgesellschaftliches Engagement kann für kommunalpolitisches Engagement motivieren und demotivieren. Zivilgesellschaftliches Engagement selbst kann ein Einstieg in die Kommunalpolitik sein und wirkt somit motivierend auf die Frauen. Sind die Frauen bereits in einer kommunalpolitischen Funktion tätig, so halten sie engen Kontakt zu den Vereinen o. ä., um sich und die Strukturen miteinander zu vernetzen und ihre eigene Position zu festigen bzw. auszubauen.
- ▶ Die These nach der Bedeutung der regionalen Rahmenbedingungen für ein kommunalpolitisches Engagement von Frauen ist grundsätzlich zu bestätigen. Die regionalen Rahmenbedingungen sind entscheidend für den Verbleib von Frauen in den neuen Ländern und somit auch für ihren Zugang zur Kommunalpolitik. Sind die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden, können die Frauen eher für ein kommunalpolitisches Engagement gewonnen werden. Die regionalen Rahmenbedingungen werden als Grundvoraussetzung für den Verbleib von Frauen angesehen, die dann auch für kommunalpolitisches Engagement angesprochen werden können. Folglich sind Unterschiede in der Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik auch durch die verschiedenen regionalen Rahmenbedingungen bestimmt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass kommunalpolitisches Engagement von Frauen in den neuen Ländern keinen eigenständigen Bleibe-/Haltefaktor für den Verbleib in der Region darstellt. Kommunalpolitisches Engagement kann in dieser Form wirken, wenn die o. g. Faktoren - insbesondere Faktoren, wie entsprechende regionale Rahmenbedingungen - gegeben sind.

5. Einordnung und Handlungsansätze

Basierend auf den durchgeführten Erhebungen zur Untersuchung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen bei über 3.000 Kommunen und Gemeinden und bei Kommunalpolitikerinnen kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass Frauen in der Kommunalpolitik in ländlichen Regionen der neuen Bundesländer deutlich unterrepräsentiert sind. Die geringe kommunalpolitische Repräsentanz von Frauen ist auf allen drei untersuchten Ebenen und bei den Spitzenpositionen festzustellen. Die Interviews mit Kommunalpolitikerinnen zeigen, dass insbesondere regionale und gesellschaftliche Rahmenbedingungen entscheidend für kommunalpolitisches Engagement von Frauen sind und um Frauen in den zumeist ländlichen Regionen der neuen Länder zu halten. Die Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen ist damit unabdingbar, um kommunalpolitisches Engagement von Frauen stärker zu fördern und zu entwickeln. Zusammenfassend lassen sich folgende wesentliche untersuchte Aspekte einordnen und einzelne Handlungsansätze hervorheben:

Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement mit Beruf und Privatleben

Geeignete Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind unabdingbar, um kommunalpolitisches Engagement von Frauen stärker zu fördern und zu entwickeln. Mögliche Handlungsansätze:

- ▶ Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und kommunalpolitischem Engagement in den ländlichen Regionen ist zu stärken, wie z. B. durch die Einrichtung geeigneter Betreuungsangebote.

Kommunale Strukturreformen können sich nachteilig auf das kommunalpolitisches Engagement von Frauen auswirken. Es besteht die Gefahr, dass sich Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten verringern. Strukturreformen stellen im ländlichen Raum erhöhte Anforderungen an die Mobilität und damit an die Vereinbarkeit von kommunalpolitischem Engagement, Beruf und Familie. Mögliche Handlungsansätze:

- ▶ Die Strukturreformen sollten zukünftig stärker die Vereinbarkeit von Familie und Beruf berücksichtigen.
- ▶ Die Organisationskulturen in kommunalen Gremien sollten den mit Strukturreformen einhergehenden Veränderungen, wie gestiegene Mobilitätsanforderungen, Rechnung tragen.

Regionale Rahmenbedingungen

Kommunalpolitisches Engagement von Frauen wird nicht als eigenständiger Haltefaktor gesehen. Vielmehr sind regionale Rahmenbedingungen entscheidend für ein kommunalpolitisches Engagement von Frauen und um Frauen in den zumeist ländlichen Regionen der neuen Länder zu halten. Mögliche Handlungsansätze:

- ▶ Die Bindung von engagierten Frauen an die Region sollte durch übergreifende Initiativen und Kampagnen intensiviert werden, um Identifikationsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen.

Zukunftsperspektiven für kommunalpolitisches Engagement

Kommunalpolitisches Engagement ist stark von der Persönlichkeit und der Biografie der sich engagierenden Frauen abhängig. Ihre Aktivitäten haben insbesondere positive Wirkungen auf die Nachwuchsgewinnung, der Stärkung von Netzwerken und der Erfahrungs- und Kompetenzvermittlung. Mögliche Handlungsansätze:

- ▶ Erfahrene KommunalpolitikerInnen sollen noch stärker als Vorbilder für den Einstieg in die Politik wirken, Nachwuchs für ein kommunalpolitisches Engagement werben sowie als MentorInnen fungieren.

Zivilgesellschaftliches Engagement

Zivilgesellschaftliches und kommunalpolitisches Engagement wirken wechselseitig. Eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements wirkt sich so positiv auf kommunalpolitisches Engagement aus. Mögliche Handlungsansätze:

- ▶ Die Anerkennung von zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Arbeit ist intensiver zu fördern und zu stärken. Dies kann in Verbindung mit einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit, aktiven Werben oder Vor-Ort-Ansprachen in Vereinen und Initiativen erfolgen.

Organisationskultur in Kommunen und Parteien

Kommunalpolitisches Engagement ist geprägt von den Organisationskulturen in kommunalen Gremien bzw. Parteien. Mögliche Handlungsansätze:

- ▶ Aus Sicht der Kommunalpolitikerinnen ist es förderlich, Quoten und/oder alternierende Wahllisten für Frauen in den kommunalpolitischen Gremien festzulegen, um den Zugang in die Kommunalpolitik zu ermöglichen bzw. zu erleichtern.
- ▶ Ferner bedarf es einer auf die Bedürfnisse der Frauen ausgerichtete Organisationskultur (z. B. adäquate Sitzungstermine) der kommunalen Gremien.

Motivation für kommunalpolitisches Engagement

Die Ergebnisse vergleichbarer Studien weisen einen höheren Anteil von Frauen in den Parlamenten der Bundesländer, an Mandaten in den Kreistagen, der Stadtkreise bzw. kreisfreien Städte sowie in Großstädten aus. Aus Sicht der Kommunalpolitikerinnen besteht:

- ▶ Bedarf kommunalpolitisches Engagement von Frauen weiter zu untersuchen. Der Vergleich mit anderen ausgewählten Regionen in Deutschland und Europa dient einem verbesserten Erkenntnistand und ermöglicht die Identifizierung weiterer Handlungsansätze.
- ▶ Untersuchungen dienen der Erhöhung und Verbreiterung der Thematik in der öffentlichen Wahrnehmung.

Anhang 1: Übersicht der Indikatoren zu Positionen in den kommunalen Ebenen

Indikatorenmatrix für die Gesamterhebung der kommunalpolitischen Repräsentanz von Frauen in den neuen Ländern:¹⁵⁵

Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
1. KREISEBENE	1. KREISEBENE	1. KREISEBENE	1. KREISEBENE	1. KREISEBENE
1.1 Landräte	1.1 Landräte	1.1 Landräte	1.1 Landräte	1.1 Landräte
1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder	1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder	1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder	1.2 ehrenamtliche Kreisräte	1.2 ehrenamtliche Kreistagsmitglieder/ Stadtratsmitglieder
1.3 Kreistagsvorsitzende	1.3 Kreistagspräsident	1.3 Kreistagspräsident	1.3 Kreistagsvorsitzende	1.3 Kreisvorsitzende/Stadtratsvorsitzende
1.4 Ausschussvorsitzende	1.4 Ausschussvorsitzende	1.4 Ausschussvorsitzende	1.4 Ausschussvorsitzende	1.4 Ausschussvorsitzende
1.5 Fraktionsvorsitzende	1.5 Fraktionsvorsitzende	1.5 Fraktionsvorsitzende	1.5 Fraktionsvorsitzende	1.5 Fraktionsvorsitzende
2. AMTSEBENE	2. AMTSEBENE	2. VERWALTUNGSVERBAND/ VERWALTUNGSGEMEINDE	2. VERWALTUNGSVERBAND	2. VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT
2.1 Mitglieder Amtsausschuss	2.1 Mitglieder Amtsausschuss	2.1 Mitglieder Verbandsversammlung/ Gemeindeversammlung	2.1 Mitglieder Verbandsgemeinschaft	2.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Bürgermeister
2.2 Amtsdirektor	2.2 Amtsvorsteher	2.2 Verbandsvorsitzende/ Versammlungsvorsitzende	2.2 Leiter des Verwaltungsamtes/ ehrenamtliche Bürgermeister der Trägergemeinde	2.2 Gemeinschaftsvorsitzender
3. GEMEINDEEBENE	3. GEMEINDEEBENE	3. GEMEINDEEBENE	3. GEMEINDEEBENE	3. GEMEINDEEBENE
3.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Oberbürgermeister/ Bürgermeister	3.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Oberbürgermeister/ Bürgermeister	3.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Oberbürgermeister/ Bürgermeister	3.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Oberbürgermeister/ Bürgermeister	3.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Oberbürgermeister/ Bürgermeister
3.2 Mitglieder der Gemeindevertretung oder der Stadtverordnetenversammlung	3.2 Mitglieder der Gemeindevertretung oder der Stadtvertretung	3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates	3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates	3.2 Mitglieder des Gemeinderats oder Stadtrates
3.3 Vorsitzende der Gemeindevertretung oder der Stadtverordnetenversammlung	3.3 Vorsitzende der Gemeindevertretung oder der Vorsteher der Stadtvertretung	3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates	3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates	3.3 Vorsitzende des Gemeinderats oder Stadtrates
3.4 Ausschussvorsitzende	3.4 Ausschussvorsitzende	3.4 Ausschussvorsitzende	3.4 Ausschussvorsitzende	3.4 Ausschussvorsitzende
3.5 Fraktionsvorsitzende	3.5 Fraktionsvorsitzende	3.5 Fraktionsvorsitzende	3.5 Fraktionsvorsitzende	3.5 Fraktionsvorsitzende

Quelle: Eigene Darstellung

¹⁵⁵ Zur besseren Übersichtlichkeit wird auf eine Genderisierung verzichtet.

Anhang 2: Daten je Ebene und Position nach Bundesländern

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick, welche Daten je Ebene und Position nach Bundesländern erhoben wurden:¹⁵⁶

INDIKATOREN	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
1. KREISEBENE					
1.1 Hauptamtliche Landräte					
Frau/Mann	x	x	x	x	x
Alter	nein	x	nein	x	x
Partei	x	x	x	x	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	x	nein
Quelle	Kreisportal	Landesportal	Kreisportal	Landesamt	Landesamt
1.2 Ehrenamtliche Kreistagsmitglieder					
Frau/Mann	x	x	x	x	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	x	x	(in Einzelfällen)	x	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle	Kreisportal	Kreisportal	Kreisportal	Kreisportal	Landesamt
1.3 Kreisvorsitzende					
Frau/Mann	x	x	x	x	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	x	x	nein	x	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	x (nicht immer)
Quelle	Kreisportal	Kreisportal	Kreisportal	Kreisportal	Kreisportal
1.4 Ausschussvorsitzende					
Frau/Mann	x	x	nein	x	x
Alter	nein	x	nein	nein	x
Partei	x	x	nein	x	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle	Kreisportal	Kreisportal		Kreisportal	Kreisportal
1.5 Fraktionsvorsitzende					
Frau/Mann	x	x	x	x	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	x	x	x	x	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle	Kreisportal	Kreisportal	Landesportal	Kreisportal	Kreisportal
2. VERBUNDVERWALTUNGSEBENE					
2.1 Hauptamtliche/ Ehrenamtliche Bürgermeister					
Frau/Mann	x	x	x	x	x
Alter	nein	nein	x	x	nein
Partei	nein	nein	x	x	x (nicht immer)
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	x	nein
Quelle	Amtsportal	Landesportal	Landesportal	Amtsportal	Vgsportal

¹⁵⁶ www.statistik-berlin-brandenburg.de
www.wahlen.brandenburg.de
www.statistik-mv.de
www.wahlen.m-v.de
www.stla.sachsen.de
www.statistik.sachsen.de
www.stala.sachsen-anhalt.de
www.wahlen.sachsen-anhalt.de
www.tls.thueringen.de/startseite.asp
www.statistik.sachsen.de

INDIKATOREN	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
3. GEMEINDEEBENE					
3.1 Ehrenamtliche/ Hauptamtliche Bürgermeister					
Frau/Mann	x	x	x	x	x
Alter	nein	nein	x	x	nein
Partei	nein	nein	x	x	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	x	nein
Quelle	Amtsportal	Amtsportal	Landesportal	Landesamt	Landesportal
3.2 Mitglieder der Gemeindevertretung oder sonstige durch die Gemeindevertretung benannte Bürger					
Frau/Mann	x	x	x	nein	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	nein	nein	x	nein	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle	Amtsportal	Amtsportal	Gemeinde- portal	Gemeindeportal	Gemeindeportal
3.3 Gemeindevertretungsvorsitzende					
Frau/Mann	x	x	nein	nein	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	nein	nein	nein	nein	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle	Amtsportal	Amtsportal	-	-	Gemeindeportal
3.4 Ausschussvorsitzende des Amtsausschusses					
Frau/Mann	nein	x	nein	nein	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	nein	nein	nein	nein	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle		Amtsportal	-	-	Gemeindeportal
3.5 Fraktionsvorsitzende					
Frau/Mann	nein	nein	nein	nein	x
Alter	nein	nein	nein	nein	nein
Partei	nein	nein	nein	nein	x
Beruf/ Qualifikation	nein	nein	nein	nein	nein
Quelle		-	-	-	Gemeindeportal
x - Daten verfügbar, nein - Daten nicht verfügbar					
Quelle: Eigene Darstellung, Datum: 4. Oktober 2012					

Quelle: Eigene Erhebung

Literaturverzeichnis

- Bauer, U. und Dähner, S. (2009): Frauen machen Neue Länder: Frauen in den neuen Bundesländern - gut positioniert in der Bewältigung der Wirtschaftskrise, Berlin, http://www.frauenmachenneuelaender.de/images/pdf/studie_lang_21.12.2009.pdf.
- Bauer, U. und Dähner, S. (2011): mehr Raum für starke Frauen. Berlin, 2011. http://www.frauenmachenneuelaender.de/images/stories/lang_111007_fmnl_studie_2011_web.pdf.
- Beauftragter der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer (2013): Demografische Situation in den ostdeutschen Ländern. http://www.beauftragter-neue-laender.de/BODL/DE/Themen/Demografie/Situation/situation_node.html, abgerufen am 28. März 2013.
- Berg, F./Möller, B. (1993): Transformationsprobleme kommunaler Verwaltungsinstitutionen und kommunaler Parteienentwicklung, Berlin.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2007): Not am Mann. Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer, Berlin.
- Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.) (2006): Wegweiser Demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh und Bonn.
- Bretzinger, O. (1994): Die Kommunalverfassung der DDR, Baden-Baden.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2012): 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2010): Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, 3. Auflage, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2008): Von Alltagsheldinnen und Lokalexpertinnen: Kommunalpolitikerinnen im Porträt, Herausgegeben vom Berlin.
- Cassens, I.; Luy, M.; Scholz, R. D. (2009): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland: demografische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Deutsches Jugendinstitut im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Gender-Datenreport, 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property%3Dpdf,bereich%3Dgenderreport,sprache%3Dde,rwb%3Dtrue.pdf>.
- Dietsche, H.(2004): Die kleineren Parteien im Zweikräftefeld des deutschen Volksparteiensystems, Frankfurt a.M. u.a.
- Eichhorn, P. (Hrsg.) (2002): Verwaltungslexikon. 3. Auflage. Frankfurt a. M.

- Eichhorn, P. (2002): Kommunale Selbstbestimmung und kommunale Unternehmen, in: Zur Reform des Gemeindewirtschaftsrechts, hrsg. von Günter Püttner, Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft, Heft 49, Baden-Baden, S. 15-22.
- Erlor, D./Dähner, S. (2008): Frauen machen neue Länder - Lebenssituation und Perspektiven junger Frauen in den neuen Bundesländern, Berlin,
http://www.frauenmachenneuelaender.de/images/pdf/studie_lang.pdf.
- Foster, H./Lukoschat, H./Schaeffer-Hegel, B. (2000): Die ganze Demokratie, Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, 2. Aufl., Herbolzheim.
- Friedrich, K./Schultz, A., (2005): Mit einem Bein noch im Osten? Abwanderung aus Ostdeutschland in sozialgeographischer Perspektive, in Dienel, C. (Hrsg.), Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland, Wiesbaden, S. 203-216.
- Geißel, B. (1999): Politikerinnen - Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene, Opladen.
- Geißler, R. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands, Zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz der Vereinigung, Wiesbaden 4. Aufl.
- Gornas, J. (1993): Funktionalreform in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin.
- Heinz, M/ Poling, S., in Koschkar, M./ Scheele, C. (Hrsg.) (2011): Die Landtagswahl 2011 in Mecklenburg-Vorpommern - Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock.
- Hesse, J. (2010): Kommunalstrukturen in Niedersachsen, www.nlt.de.
- Hoecker, B. (2008): 50 Jahre Frauen in der Politik. Späte Erfolge, aber nicht am Ziel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 24/2008.
- Holuscha, A. (1999): Frauen und Kommunalpolitik. Kommunalpolitische Partizipation von Frauen in Baden-Württemberg am Beispiel der Stadt Ludwigsburg, Konstanz.
- Holtkamp, L./Schnittke, S. (2010): Die Hälfte der Macht im Visier - Der Einfluss von Institutionen und Parteien auf die politische Repräsentation von Frauen, Heinrich Böll Stiftung, Berlin.
- Horstkötter, M. (1989): Frauen in der Kommunalpolitik. Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Frauen in kommunalen Räten - Eine Regionalstudie, Frankfurt am Main.
- Kletzing, U./Lukoschat, H. (2010): Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Berlin.
- Kletzing, U. (2009): Engagiert vor Ort: Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, in Aus Politik und Zeitgeschichte, 50/2009, Bonn, S. 22-28.
- Kluth, W. (Hrsg.) (2001): Verwaltungskultur, Baden-Baden.
- König, K. (1993): Öffentlicher Dienst und Verwaltungsaufbau, Baden-Baden.
- Kröhnert, S. (2009): Analysen zur geschlechtsspezifisch geprägten Abwanderung Jugendlicher, in: Schubarth, W./Speck, K. (Hrsg.), Regionale Abwanderung Jugendlicher, Weinheim, S. 91-110.
- Krüger, P. (2010): Stellungnahme im Rahmen der Anhörung des Innenausschusses des Landtages M-V am 11.05.2010, in: Landtag M-V (Hrsg.): Kreisstruktur- und Funktionalreform in Mecklenburg-Vorpommern, Bd. II, Schwerin.

Kühntopf, S./Stedtfeld, S. (2012): Wenige junge Frauen im ländlichen Raum. Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland, BiB Working Paper 3/2012.

Künzel, W. (2010): Kommunalpolitik in Brandenburg. In: Andreas Korst/Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern - Eine Einführung 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, Seiten 79-119.

Luy, M. (2009): Empirische Bestandsaufnahme der Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland, in: Schubarth, W./Speck, K. (Hrsg.), Regionale Abwanderung Jugendlicher, Weinheim, S. 43-67.

Martens, B. (2010): Zug nach Westen - anhaltende Abwanderung, online-Dossier für die Bundeszentrale für politische Bildung <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47253/zug-nach-westen?p=all>.

Rehfeld-Staudt, A./Rellecke, W. (2010): Kommunalpolitik im Freistaat Sachsen. In: Andreas Korst und Hans-Georg Wehling (Hrsg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern - Eine Einführung 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage, (S. 282-306).

Reiser, M. (2010): Kommunalpolitik in Sachsen-Anhalt. Wiesbaden.

Röhl, A. (2003): Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Bundesländern am Beispiel der Hansestadt Rostock, Hamburg.

Röhl, A. (2006): Konnexitätsprinzip und Konsultationsverfahren als Ausdruck kommunaler Selbstverwaltung, Frankfurt am Main.

Roesler, J. (2005): Rezension zu: Mai, Ralf: Abwanderung aus Ostdeutschland. Strukturen und Milieu der Altersselektivität und ihre regionalpolitische Bedeutung. Frankfurt am Main 2004, in: H-Soz-u-Kult.

Rowold, M. /Immerfall, S. (1997): Im Schatten der Macht, Nicht-etablierte Kleinparteien, in: Mintzel, A. / Oberreuter, H. (Hrsg.), 1997: Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Rytlewski, R./Opp de Hipt, M. (1987): Die Deutsche Demokratische Republik in Zahlen 1945/49-1980, München.

Scholz, A. (2004): Oberbürgermeisterinnen in Deutschland - Zum Erfolg weiblicher Führungspersönlichkeiten, Wiesbaden.

Schubarth, W./Speck, K. (2009): Abwanderung Jugendlicher und demografischer Wandel - was tun?, in: Schubarth, W./Speck, K. (Hrsg.), Regionale Abwanderung Jugendlicher, Weinheim, S. 253-258.

Statistisches Bundesamt (2011): Personal des öffentlichen Dienstes, Fachserie 14, Reihe 6, www.destatis.de.

Tessmann, J. (2009): Die Zukunft der Kreise in Deutschland zwischen Aufgabenkooperation und Territorialreform. Rahmenbedingungen, Herausforderungen, Reformstrategien und Personalintegration als Schwerpunkt der Reformumsetzung, Potsdam.

Van den Boom, D. (1999): Politik diesseits der Macht? Zu Einfluss, Funktion und Stellung von Kleinparteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Wehler, H.-U. (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, München.

Wollmann, H./Jaedicke W. (1993): Neubau der Kommunalverwaltung in Ostdeutschland - zwischen Kontinuität und Umbruch. In: Seibel, W./Benz, A./Mäding, H. (Hrsg.): Verwaltungsreform und Verwaltungspolitik im Prozess der deutschen Einigung. Baden-Baden.